Weg mit den Hochsicherheitstrakten Seite 7

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

RUB Bochum Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew. S2D3426

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 17 vom 24. April 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



Fast zwei Millionen im Streik. Wie die IGM mitgeteilt hat, haben sich bis einschließlich dem 14. April 1830000 Arbeiter und Angestellte an den Warnstreiks während der laufenden Tarifrunde beteiligt. Neue machtvolle Demonstrationen und Streikaktionen wird es an diesem Mittwoch geben, wenn ein bundesweiter Warnstreik in der Metallindustrie durchgeführt wird. Die Kollegen fordern unterdessen immer nachdrücklicher die Einleitung der Urabstimmung. (Unser Bild zeigt eine Demonstration von Opel-Arbeitern in Bochum).

Gegen Reallohnsenkung und lohnpolitische Wende

Jetzt Urabstimmung und Vollstreik!

FRANKFURT. — Einstimmig haben die 350 Mitglieder der IG-Metall-Tarifkommissionen für die Tarifbezirke im Nordverbund beim IGM-Vorstand beantragt, daß die Lohnverhandlungen für gescheitert erklärt und die Urabstimmung über Kampfmaßnahmen genehmigt wird. Rund zwei Millionen Metaller haben inzwischen an Warnstreiks teilgenommen. Die Zeit für einen Vollstreik ist überreif, denn anders kann den Unternehmern kein Tarifabschluß abgetrotzt werden, der die Reallöhne für dieses Jahr sichert.

Nach mehr als 60 Verhandlungen in den regionalen Tarifbezirken und einer noch nie dagewesenen Mobilisierung der Metaller in Proteststreiks und Demonstrationen beharren die Kapitalistenverbände nach wie vor auf einem Niedrigabschluß, der nicht im entferntesten die steigenden Lebenshaltungskosten ausgleicht. Wollen die Gewerkschaften nicht kapitulieren und damit dem Kapital zum Einstieg in eine lohnpolitische Wende verhelfen, so muß jetzt die einzige Sprache gesprochen werden, die von den Konzerngewaltigen wirklich verstanden wird: Vollstreik.

Das Ziel der IG Metall und des DGB insgesamt kann und darf in dieser Lohnrunde nicht darin bestehen, den Unternehmern lediglich einige Zehntelprozente mehr abzuschachern, als sie bisher in ihren Provokationsangeboten zu geben bereit sind. Das Ziel muß sein, die Teuerungsrate von mindestens 5,5 Prozent (wahrscheinlich wird sie erheblich höher liegen, denn die Preistreiber halten sich momentan aus „psychologischen Gründen" zurück) nicht nur **optisch** (d.H. brutto) sondern tatsächlich **effektiv** aufzufangen (d.h. durch einen Tarifabschluß, der auch **netto** die Preiserhöhungen ausgleicht).

Loderer und Janßen haben den Unternehmern gesagt, eine fünf vor dem Komma würde ihnen ausreichen, weil sie der Basis einen **„optisch vertretbaren"** Abschluß anbieten müßten. **Aber eine fünf reicht nicht aus!** Das wäre reine Augenwischerei! Sogar der „Spiegel" hat errechnet, daß Reallohnsicherung eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um mindestens 7,6 Prozent erfordert.

Und das kapitalistische Wirtschaftsmagazin „Wirtschaftswoche" schireb in seiner Ausgabe Nr. 13 vom 20. März 1981: **„Bei einer zu erwartenden Inflationsrate von mindestens sechs Prozent und um rund ein Prozent höheren Sozialabgaben sind nicht einmal Abschlüsse von sieben Prozent ausreichend, um den Status quo zu erhalten."**

In einem Extra-Blatt der „metall" zur Lohnrunde wurde ganz klar und offen gesagt, daß das Kapital in den kommenden Jahren rücksichtslos und offensiv unsere Löhne und Gehälter angreifen wird, falls es in dieser Lohnrunde nicht gelingt, den Angriff auf unsere Realeinkommen durch entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf zurückzuweisen.

Wenn wir uns jetzt mit einem Reallohnabbau abspeisen lassen, wird die Unternehmerforderung im nächsten Jahr heißen: Lohnpause. Und ein Jahr später werden sie wahrscheinlich schon mit Minusangeboten offene Lohnsenkungen zu erpressen versuchen. Nicht umsonst wird uns Werktätigen jetzt vor allen Seiten nur noch eine Predigt gehalten: Verzicht, Verzicht und nochmal Verzicht!

Urabstimmung jetzt! Organisierung des Vollstreiks!
Kein Tarifabschluß ohne Urabstimmung! Volle Durchsetzung der aufgestellten gewerkschaftlichen Forderungen!

Sigurd Debus ist tot

HAMBURG. — In einem Barmbeker Krankenhaus starb am 16. April Sigurd Debus, seit Tagen nur noch mit Hilfe von Maschinen und künstlicher Ernährung am „Leben" gehalten. Er ist das erste Opfer, das die Politiker, die an den unmenschlichen Haftverhältnissen in den Hochsicherheitstrakten, an der Isolationshaft politischer Gefangener festhalten, zu verantworten haben.

Die Isolationshaft führt zum langsamen Dahinsiechen und letztlich zum Tode der Häftlinge. Der Hungerstreik der Gefangenen RAF-Mitglieder ist ein verzweifelter Versuch, die Abschaffung der Isolation zu erreichen und das Überleben zu sichern.

Die Politiker aber sind zur Aufhebung der Vernichtungshaft nicht bereit. Sie lassen die Gefangenen lieber allesamt sterben.

Erst nach dem Tod von Sigurd Debus fand sich Justizminister Schmude bereit, einen bereits Mitte März von amnesty international empfangenen Brief zu beantworten. Aber welcher Zynismus spricht aus seinen Worten! Eine Überprüfung der Haftbedingungen käme erst nach bedingungslosem Abbruch des Hungerstreiks in Frage — eine Zusammenlegung mehrerer Gefangener könne es aber auf keinen Fall geben! Damit hat er nochmals grünes Licht gegeben, die Häftlinge umkommen zu lassen. Der Kampf gegen die Isolationshaft ist ein notwendiger Bestandteil des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus. (Siehe auch die Seiten 7 und 2 in diesem „Roten Morgen")

Wir fordern:
Sofortige Aufhebung der Isolationshaft!
Weg mit den „Hochsicherheitstrakts" in den Gefängnissen!
Rettet das Leben der anderen politischen Gefangenen!

Diese Woche

Hungerstreik gegen Isolationshaft
Nach dem Tod von Sigurd Debus ist auch das Leben anderer Gefangener im Hungerstreik bedroht. Seite 2 und 7.

Türkei-Solidarität
Die Protestaktionen gegen die faschistische Militärjunta in der Türkei haben positive Ergebnisse erzielt. In der Bundesrepublik hat sich ein Komitee „Freiheit für die Türkei" gegründet. Seite 3.

Tarifrunde
Berichte über den Stand der Tarifbewegung bei Metall und in anderen Branchen auf Seite 4.

Betriebsratswahlen
Die Erfolge oppositioneller Listen bei den diesjährigen Betriebsratswahlen halten an. Seite 5.

„Gesunde Geschäfte"
Das ist der Titel eines Buches, in dem kriminelle Praktiken der Pharma-Konzerne enthüllt werden. Wir stellen das Buch auf Seite 6 vor.

Zur Lage in Polen
Der RM setzt seine Serie über die jüngste Entwicklung in Polen auf Seite 10 fort.

Yilmaz Güney
Ein Interview mit dem bekannten türkischen Filmregisseur, der seit fast zehn Jahren inhaftiert ist, bringen wir auf Seite 13.

Gegen die faschistische türkische Junta

Demonstration zum Europarat

Das Komitee „Freiheit für die Türkei", das sich vor einiger Zeit gebildet hat (siehe Seite 3), ruft für die nächsten Wochen zu Aktionen gegen das faschistische Militärregime in Ankara auf.

Geplant ist eine Demonstration von Bonn nach Straßburg, wo der Europarat am 11. Mai über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei beraten wird. Wir rufen unsere Leser dazu auf, sich an der Demonstration bzw. den in ihrem Rahmen geplanten einzelnen Aktionen zu beteiligen.

25.4. Köln, Neumarkt, 11.00 Uhr Kundgebung und Abmarsch nach Bonn.
26.4. Großveranstaltung in Bonn.
27.4. Ankunft in Wiesbaden, Kundgebung und Stände.
27.4. - 30.4. Demonstration nach Frankfurt.
1.5. Teilnahme des Demonstrationszuges an der Maidemonstration in Frankfurt.
2.5. Großveranstaltung in Frankfurt.
4.5. Kundgebung in Mannheim und Abmarsch nach Kehl.
8.5. Zwischenstop in Karlsruhe; Großveranstaltung.
9.5. - 15.5. Ankunft in Kehl, verschiedene Aktionen an der deutsch-französischen Grenze.

Genau Termine der einzelnen Veranstaltungen standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Auskunft erteilt das Komitee unter der Nummer 02166/47816 in der Zeit von 16 bis 19 Uhr.

El Salvador/Guatemala

Soldaten richten Blutbad an

GUATEMALA-STADT. — 23 Bauern und ein fünfjähriges Kind sind bei einem Überfall von Soldaten des Regimes auf das Dorf San Marin Jilotepeque bestialisch mit Macheten ermordet worden. Das war der barbarische Höhepunkt einer ganzen Reihe von Terrorakten, mit denen Soldaten und zivile bewaffnete Trupps in der letzten Zeit gegen die guatemaltekischen Bauern vorgegangen sind.

Den Hintergrund für diese Terroraktionen bilden die Bestrebungen der Großgrundbesitzer, den Kampf der armen Bauern — die zur Sicherung ihrer nackten Existenz immer häufiger zumeist brachliegendes Land der Grundbesitzer besetzen — zu unterdrücken. Heute schon zeichnet sich auch in Guatemala die Entwicklung eines revolutionären Kampfes zum Sturz der Oligarchie ab, die dort wie in El Salvador von Washington unterstützt und bewaffnet wird.

Wozu die amerikanischen Waffen gebraucht werden, hatte sich vor zwei Wochen wieder einmal in El Salvador gezeigt. Mitglieder der Zollpolizei richteten ein grauenvolles Massaker an Bewohnern eines Armenviertels in der Hauptstadt an. Die Menschen wurden nachts zu Dutzenden aus ihren Betten geholt, auf die Straße getrieben und dort regelrecht abgeknallt. Binnen weniger Minuten war die Straße mit 30 Leichen übersät. Die amerikanische Waffenhilfe geht unterdessen ungemindert weiter.



Eine Mutter sucht ihren vermißten Sohn unter den Opfern des Massakers von San Salvador.

Kommentar der Woche

Unter den politischen Figuren des westlichen imperialistischen Lagers zeichnen sich die Reagan-Leute durch eine hemdsärmelige Offenheit aus, die unter ihren europäischen „Verbündeten“ oft Verblüffung auslöst und sie noch öfter peinlich berührt.

So war es denn auch, als Kriegsminister Weinberger bei seinem ersten Besuch in Bonn nicht nur eine kräftige Aufstockung der Rüstungsausgaben forderte (das hatten schon andere vor ihm bis zum Erbrechen wiederholt), sondern gleich auch noch freimütig ausplauderte, wie die Bonner das bewerkstelligen sollten: nämlich durch drastische Streichungen bei den Sozialausgaben. So etwas bezeichnet man bei uns seit den Tagen Kaiser Wilhelms mit der treffenden Formulierung „Kanonen statt Butter“.

Kanonen statt Butter

Das offizielle Bonn schwieg erst betreten und raffte sich dann zu Gegenerklärungen auf. So geht es ja auch wirklich nicht. Schließlich steht an der Spitze unserer Regierung kein alternder Hollywood-Cowboy, sondern ein gestandener Sozialdemokrat. Und der hat seine Basis nicht in religiösen Erweckungsbewegungen und auch nicht im Ku Klux Klan, sondern nicht zuletzt in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Und da ist man bekanntlich sehr hellhörig gegenüber solchen forschen Sprüchen, wie sie der Kriegsminister unserer „amerikanischen Freunde“ zum Besten gab.

Also wurde der Weinberger-Kollege Apel persönlich mit einer Erklärung an die Front geschickt: „Wir werden mit Sicherheit niemals für die Verteidigungsausgaben tief hineinschneiden in das soziale Netz.“ Wie tröstlich! Sogar Wirtschaftsminister Lambsdorff mußte sich eine Äußerung gegen den Abbau von Sozialleistungen abquetschen (obwohl er sonderbarerweise in der gleichen Woche das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsinstitute lautstark begrüßte, in dem eben ein solcher Sozialabbau die wichtigste Forderung ist).

Zu ganz großer Form lief schließlich der fast schon vergessene Egon Bahr (Exgeneralsekretär der SPD) auf, der dem mächtigen amerikanischen Besucher ein mutiges „So bitte nicht, Mr. Weinberger“ hinterherschleuderte. Liest man aber den so betitelten Artikel des Herrn Bahr im „Vorwärts“, dann sieht die ganze Sache plötzlich völlig anders aus. Es geht hier nämlich keineswegs um eine vehemente Verteidigung des sozialen Besitzstandes der Werktätigen in unserem Land gegen die immer unverschämteren Rüstungsforderungen der Amerikaner.

Bahr rechnet vielmehr ganz penibel auf, daß die Bonner Sozialdemokraten schon immer einsame Spitze in Sachen Aufrüstung gewesen wären, daß sie im vergangenen Jahrzehnt in dieser Richtung mehr (!) getan hätten als die Amerikaner selbst. Und ein kräftiges Wachstum bei den Militärausgaben — das soll auch künftig so bleiben. Diese Zusicherung jedenfalls haben alle Koalitionspolitiker mit ihrer „Kritik“ an Weinberger eilfertig verbunden.

Die Frage dabei ist doch nur: Woher soll denn das Geld dafür kommen? Gibt es für die Finanzierung der gigantischen Rüstungsprogramme denn einen anderen Weg, als den von Weinberger so freimütig offenbarten? Natürlich nicht. Und wir brauchen ja nicht einmal über die Perspektiven der Bonner Haushaltspolitik zu spekulieren. Wir erleben es schon jetzt und heute, wie bei den Rüstungsausgaben zugelegt wird, während im Sozialbereich der Rotstift wütet.

Schließlich hat uns auch der Kanzler selbst in seinem jüngsten „Bericht zur Lage der Nation“ folgende Zukunftsaussichten offenbart: „Der Beginn der achtziger Jahre stellt an die Gesellschaft Anforderungen von größerer Bedeutung und von anderer Bedeutung, anderer Qualität als der Beginn der siebziger Jahre. Die Bürger müssen sich aus dem einseitigen Anspruchsdenken befreien, das die Wachstumsgesellschaft zunächst mit sich gebracht hat (...) Ich möchte dazu ermutigen, zum Beispiel den Konsumzwang abzuschütteln (...)“ und so weiter und so fort.

Also doch: Wachstum, und zwar kräftiger denn je, gibt es für die Militärausgaben und die Profite der Rüstungskonzerne. Wir dagegen sollen gefälligst unsere berechtigten und durch harte Arbeit erworbenen Ansprüche zurückschrauben. Und das wird uns dann auch noch zynisch als Befreiung vom „Konsumzwang“ verkauft.

„So bitte nicht, Mr. Schmidt.“ Kanonen statt Butter — das läuft nicht ohne unseren Widerstand. Wir wollen keine amerikanische Politik, auch nicht, wenn sie von Bonner Sozialdemokraten gemacht wird.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsinstitute

Abbau des sozialen Netzes gefordert

BONN. — Die fünf „führenden Wirtschaftsinstitute“ in der Bundesrepublik schätzen in ihrem Frühjahrsgutachten die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr wesentlich pessimistischer ein als die Bundesregierung. Sie fordern von der Bonner Wirtschaftspolitik jedoch nur Schritte, die zu einer noch stärkeren Belastung der Werktätigen mit den Folgen der kapitalistischen Krise führen würden.

Die Institute rechnen mit einem Rückgang des Sozialprodukts um 1,5 Prozent (nach den Erwartungen der Bundesregierung sollte es „nur“ um ein Prozent sinken). Die Teuerungsrate wird auf 5 Prozent in diesem Jahr geschätzt. Am krassesten unterscheidet sich das Wirtschaftsgutachten von früheren Prognosen in der erwarteten Zahl der Arbeitslosen. Nach den Berechnungen der fünf Institute soll sie bis zum Jahresende auf 1,4 Millionen steigen. Und das ist zweifellos realistischer als die Schätzung, die dem diesjährigen Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit zugrundelag, die von einem durchschnittlichen Wert von 1,08 Millionen Erwerbslosen ausging. Selbst der Chef der Bundesanstalt, Stingl, erklärte schon vor wenigen Wochen, diese von seinem Amt getroffene Prognose lasse sich angesichts der tatsächlichen Entwicklung — im ersten Quartal 1981 lag die durchschnittliche Zahl der registrierten Arbeitslosen bereits bei 1,25 Millionen — nicht mehr halten.

Das Frühjahrsgutachten macht für diese rapide Verschlechterung auf dem „Arbeitsmarkt“ wie auch für die anderen von ihm festgestellten Erscheinungen einer Vertiefung der wirtschaftlichen Krise hauptsächlich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verantwortlich. Sie hätte zwar bei den staatlichen Investitionen kräftig gekürzt, dabei jedoch das „soziale Netz“ ausgespart. Zudem hätten die Gewerkschaften sich zu stark auf die Einkommenssicherung der Beschäftigten verlegt. Die Folge davon wäre gewesen, daß die Gewinnmargen der Kapitalisten gedrückt und ihre — durch die Hochzinspolitik der Bundesbank ohnehin schon eingeschränkte — Investitionsbereitschaft weiter gedämpft worden wäre.


1,4 Millionen Arbeitslose sagen die Wirtschaftsinstitute für Ende dieses Jahres voraus.

Die Gutachter schlagen der Bundesregierung vor, die weitere Einschränkung von sozialen Leistungen in Angriff zu nehmen. Die von Finanzminister Matthöfer in die Diskussion gebrachte Einbeziehung des Arbeitslosengeldes in das steuerpflichtige Einkommen wäre schon ein „erster Schritt“ dazu. Weiter müßte der Bonner Staat das Vertrauen der kapitalistischen Investoren auch dadurch stärken, daß er selbst mit gutem Beispiel vorangehe. Als praktischer Schritt wird hier verlangt, die Löhne und Gehälter der im öffentlichen Dienst beschäftigten Werktätigen kräftig zu senken.

Außerdem schlägt das Frühjahrsgutachten weitere Milliardengeschenke an die Kapitalisten vor, zum Beispiel durch den Abbau von Inverstitionshemmungen und durch den Ausbau von Abschreibungsmöglichkeiten.

Alles in allem haben die „führenden Wirtschaftsinstitute“ nichts inhaltlich Neues vorgebracht. Diese hochbezahlten Lakaien des Kapitals können hinter der scheinbaren Wissenschaftlichkeit ihrer „Analysen“ nur sehr schlecht verbergen, daß sie Auftragsarbeit für die Monopolherren leisten. Typisch dafür ist beispielsweise, daß in ihren Gutachten regelmäßig jeder Hinweis auf die Explosion der Rüstungskosten als krisenförderndem Element fehlt. Ihre Vorschläge laufen überhaupt in schöner Regelmäßigkeit darauf hinaus, den Staatshaushalt noch drastischer als es die Bundesregierung ohnehin tut zugunsten der Monopole und zulasten der Werktätigen umzustrukturieren. Immer wieder das alte und gleiche Lied: Lohnabbau und Kürzung der staatlichen Sozialleistungen.

Ein solches Programm würde natürlich zu einem weiteren Sinken der Kaufkraft der werktätigen Massen führen und die kapitalistische Krise weiter verschärfen. Mit Sicherheit wissen das auch die Gutachter selbst. Aber sie sehen ihre Aufgabe in Wirklichkeit ja nur darin, Vorschläge dafür auszuarbeiten, wie in der Krise die Profite der Kapitalisten gesichert und erhöht werden können. So ist es denn auch kein Wunder, daß sich alle Unternehmerverbände überaus positiv zu dem Frühjahrsgutachten ausgesprochen haben. Der BDI wies in seiner Stellungnahme ausdrücklich auf die „Notwendigkeit“ hin, in die Sozialgesetzgebung einzugreifen. Aber auch Wirtschaftsminister Lambsdorff erklärte sich grundsätzlich mit der „Analyse“ der Wirtschaftsinstitute einverstanden. In der „vorherrschenden Erwartungshaltung“ der Gesellschaft, so erklärte er, müßten tiefgreifende Änderungen vor sich gehen. Eine deutliche Kampfansage an die Werktätigen und ihren erkämpften sozialen Besitzstand.

Im Einsatzplan der Polizei vorgesehen:

Blutige Ostertage

Eine neue Terroristenhysterie wird entfacht

Kurz vor Ostern machten die Politiker in Westdeutschland und Westberlin noch einmal unmißverständlich deutlich, daß sie alle hungerstreikenden RAF-Häftlinge sterben lassen wollen. Sigurd Debus ist bereits tot. Im Hinblick auf die nach dem Tod von Gefangenen zu erwartenden „Ausschreitungen“ ordnete man in vielen Städten die Mobilmachung der Polizei an.

Der Staat will also nicht nur Tote im Gefängnis, er will auch blutige Auseinandersetzungen auf den Straßen. Er will eine neue Terroristenhysterie entfachen und mobilisiert dazu die reaktionärsten Kräfte in unserem Lande. Wieder einmal wird unter dem Deckmantel der „Terroristenjagd“ eine großangelegte Bürgerkriegsübung durchgeführt.

Voll eingestiegen ist natürlich die „BILD“-Zeitung, die in einem Artikel „die neuen Terroristen“ vorstellt und unter anderem „Antifaschistische Gruppen“ als „legalen Arm“ der RAF bezeichnet. „Ihr Ziel: ein kommunistischer Staat“. („BILD“)

Offensichtlich hofft man darauf, hier wieder ein Mittel gefunden zu haben, mit dem man Antifaschisten und Kommunisten in den Augen der Bevölkerung verleumden und isolieren kann. Wir sehen hier den Versuch, einen weiteren Rechtsruck des westdeutschen Staates durchzuführen, mit dem die Herrschenden vor allem den Massenkämpfen der kommenden Zeit begegnen wollen. Diesen Maßnahmen und der damit verbundenen demagogischen Hetze müssen alle Antifaschisten und Demokraten entschieden entgegentreten.

In der „gemeinsamen Gefahrenabwehr‘, gibt es auch wieder die große Koalition aller Bundestagsparteien. In Westberlin etwa, so teilte ein Senatssprecher mit, haben sich Vogel und Weizäcker (CDU) über das Vorgehen zu Ostern abgestimmt. Dabei waren sie sich einig, so der Sprecher, „daß Ausschreitungen in diesem Zusammenhang in einer größeren Zahl von Städten ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit der jeweiligen Städteregierung zu befürchten seien.“

Es ist dabei auch mit verstärkten Provokationen von Verfassungsschutz- und Kripo-Agenten zu rechnen.

Am 16. April starb Sigurd Debus in Hamburg. Mehrere Hungerstreikende sind akut vom Tode bedroht. Sigurd Debus war praktisch bereits seit vielen Tagen tot.

Er wurde in einem Hamburger Krankenhaus künstlich beatmet und ernährt, an eine Herz-Lungen-Maschine angeschlossen. Die Behörden hatten bisher Angst, seinen Tod bekanntzugeben, sie wollten die Öffentlichkeit langsam darauf vorbereiten — so sind die Tatsachen! Bereits am 14. April bezeichnete der Frankfurter Rechtsanwalt Reiner Koch Sigurd Debus als klinisch tot. Er ist das erste Opfer einer Haftsituation, die zu ändern der Staat nicht bereit ist.

Wie Koch ebenfalls mitteilte, haben die anderen Gefangenen ein letztes Zugeständnis gemacht: Sie fordern die Zusammenlegung von sieben bis acht Häftlingen, nicht mehr wie bisher von zehn bis fünfzehn. Weiter können die Gefangenen mit ihren Forderungen nicht zurückgehen, weil alles andere eine Fortsetzung der Isolationshaft bedeuten würde.

Die kompromißlose Haltung der Regierung, die mit allen Mitteln das beschriebene politische Spiel spielen will, wird noch an einem anderen Beispiel der letzten Tage deutlich: Ein schriftlicher Appell der Zentrale von amnesty international an Justizminister Schmude vom 13. März (!) blieb selbst nach einer am 8. April erfolgten Anmahnung bisher ohne Antwort! Es verlautete lediglich, der Brief sei am 16. März eingegangen, aber Herr Schmude sei leider in Urlaub ... Und die Urlaubsruhe eines Bundesministers ist natürlich viel wertvoller als Menschenleben!

Spiro Moisiu gestorben

Das Präsidium der Volksversammlung der SVR Albanien teilte am 13. April mit, daß der Genosse Spiro Moisiu, Mitglied des Präsidiums, am 12. April nach langer und schwerer Krankheit gestorben ist.

Genosse Moisiu war während des Nationalen Befreiungskrieges des albanischen Volkes mit der Führung des Generalstabs der Nationalen Befreiungsarmee betraut. Er gehörte auch dem Präsidium des antifaschistischen Nationalen Befreiunsrats an.

Nach der Befreiung hatte Genosse Spiro Moisiu wichtige Funktionen in der Volksarmee, in den Massenorganisationen und als Mitglied des Präsidiums der Volksversammlung inne.

Europaparlament stellt Ultimatum an Ankara

Türkei-Solidarität zeigt Erfolge

Unter dem Eindruck der anhaltenden Proteste in mehreren EG-Ländern gegen das faschistische türkische Militärregime hat das Europaparlament der Junta in der vergangenen Woche ein Ultimatum gestellt. Binnen zwei Monaten sollen in der Türkei „demokratische Institutionen und Praktiken" eingeführt werden; andernfalls würde „die Assoziation zwischen der Türkei und der EG unverzüglich außer Kraft gesetzt."

Die Resolution mit dem Ultimatum wurde knapp mit 51 zu 45 Stimmen angenommen. Vor allem die christ-demokratischen Parteien hatten sie zu verhindern versucht. Daß dieses Ultimatum vom Europaparlament verabschiedet wurde, ist sicher als Erfolg der Solidaritätsbewegung mit den verfolgten Demokraten in der Türkei zu werten. Es wäre jedoch falsch, allzu große Hoffnungen daran zu knüpfen. Die EG-Vertretung in Ankara wies gleich nach der Annahme der Resolution darauf hin, daß sie weder für die EG-Kommission, noch für den EG-Ministerrat verbindlich ist. Und das entspricht den Tatsachen.

Das Europaparlament ist ein reines Debattierorgan. Es hat keine Weisungsbefugnisse gegenüber den Exekutivorganen der EG. Und wie die über das Ultimatum denken, machte die Vertretung in Ankara deutlich. „Führende Persönlichkeiten" in der Türkei, vor allem der Juntachef Evren selbst, könnten die Resolutionen als „Ohrfeige" ansehen. Und eine — wenn auch nur moralische — Ohrfeige für den Boß eines faschistischen Terrorregimes, das ist in den Augen der EG-Exekutive eine unverzeihliche Majestätsbeleidigung.

Daß aber der türkische Ministerpräsident Ulusu diejenigen Europaparlamentarier, die für die Resolution gestimmt haben, als Söldlinge von Verbrechern bezeichnete, wird von den EG-Bossen offenbar nicht als Beleidigung aufgefaßt.

Inzwischen hat sich auch in Bonn etwas gerührt. Die Bundestagsfraktion der Koalition wollen nun die weitere Gewährung der Türkei-Hilfe von der Erfüllung einiger Bedingungen durch die Junta abhängig machen. Das Militärregime soll einen Zeitplan für die „Rückkehr zur Demokratie" bis spätestens 1982 aufstellen. Sie soll für die Respektierung der Menschenrechte sorgen und das Willkürgesetz, nachdem Menschen 90 Tage lang ohne Anklage und juristischen Beistand verhaftet werden können, abschaffen. Die Finanzhilfe soll breiten Bevölkerungsschichten und einer ausgewogenen regionalen Entwicklung in der Türkei zugutekommen. Und die Militärhilfe soll ausschließlich zur Erfüllung der NATO-Verpflichtungen verwendet werden.



Demonstration für Erdal Eren

Diese Bedingungen allerdings sind so unverbindlich gehalten, daß sie den unterdrückten Massen in der Türkei keine Hilfe bringen werden. Die Koalitionsfraktionen haben es ja noch nicht einmal für nötig gehalten, die allerdringendsten Forderungen an Ankara zu stellen: nämlich Schluß mit der Folter, Aufhebung der Todesurteile, Entlassung der politischen Gefangenen, Legalisierung der Gewerkschaften und der demokratischen politischen Organisationen, Aufhebung des Streikverbots usw. Gerade zynisch ist es, wenn die faschistischen Militärs in Ankara von Bonn bis an die Zähne bewaffnet werden und dann gesagt wird, sie möchten ihren Militärapparat doch bitte schön nur im Rahmen der NATO-Verpflichtungen einsetzen. Insgesamt ist dieser Vorstoß der Koalitionsfraktionen nur ein Versuch, die Proteste gegen die Türkei-Hilfe zu besänftigen und die Mitschuld des Bonner Staates am faschistischen Terror in der Türkei zu verschleiern.

Der Kampf für die vollständige Einstellung der Türkei-Hilfe muß also weitergehen. Solidarität mit unseren Klassenbrüdern in der Türkei ist heute dringender denn je, wo über 100000 Demokraten in den Kerkern der Junta sitzen und Hunderte von Todesurteilen ausgesprochen oder beantragt sind. Ein guter und notwendiger Schritt bei der Verbreitung dieser Solidarität ist die Bildung des Komitees „Freiheit für die Türkei", dessen Aufruf wir auf dieser Seite veröffentlichen. Wir fordern unsere Leser dazu auf, die Aktivitäten des Komitees zu unterstützen, den Aufruf — der bei der angegebenen Kontaktadresse bezogen werden kann — zu verbreiten und natürlich rufen wir auch zur Beteiligung an der ersten großen Aktion des Komitees auf, der Demonstration von Köln nach Straßbourg (siehe Seite 1).



Demonstration der Kommunistischen Jugend Kanadas(ML)

Wir laden ein:

Kommt mit nach Kanada!

Die Leser des „Roten Morgens" und die Genossen und Freunde der KPD sind herzlich eingeladen im Sommer mit der Roten Garde nach Kanada zu fahren.

Ende Juli organisieren die Kommunistische Partei Canadas/ML und ihr Jugendverband eine Propaganda-Ralley durch Kanada. Der Startschuß fällt am 24. Juli in Montreal, und dann geht es von Stadt zu Stadt, quer durch das Land, über 5000 Kilometer bis nach Vancouver am Pazifischen Ozean. Hier in Vancouver findet vom 1. bis zum 3. August ein großes Festival der Jugend statt. Organisiert von der Kommunistischen Jugendunion Canadas/ML.

Die Propaganda-Ralley ist eine Form, die die Kommunisten in Kanada wählen, um in dem großen Land über ihre Ziele zu informieren und für bestimmte Manifestationen zu mobilisieren. In diesem Jahr werden deutsche Genossen und Genossen aus anderen Ländern an dieser Ralley teilnehmen. Auch die Leser des „Roten Morgens" laden wir herzlich dazu ein.

Die Reise wird am 22. Juli beginnen und vorraussichtlich bis zum 14. August dauern (An- und Abreisetermin können sich eventuell noch um einen Tag verschieben, da bis jetzt der Flug noch nicht gebucht ist). In der Reise ist die Teilnahme an der Propaganda-Ralley und am Jugendfestival inbegriffen. Danach bleibt die Reisegruppe noch eine Woche in Kanada. Der Preis wird auf 1000 bis 1200 DM kalkuliert (der genaue Preis steht Anfang Mai fest).

Unsere Leser möchten wir weiterhin darauf hinweisen, daß 1982 das V. Internationale Jugendlager in Kanada stattfindet. Auch an diesem Jugendlager wird die Rote Garde wieder mit einer Delegation teilnehmen. Es besteht also auch dann noch die Möglichkeit, mit nach Kanada zu kommen, falls der Urlaub für dieses Jahr bereits verplant ist oder das Geld nicht reicht.

Anmeldungen für die Kanada-Reise 1981 nimmt das Zentralkomitee der Roten Garde entgegen. Sie müssen bis spätestens 15. Mai abgegeben werden.

Ich bin dabei. Ich fahre mit der Roten Garde 1981 nach Kanada. Die Fahrt findet vom 22. Juli bis voraussichtlich 14. August statt, der Preis liegt bei 1000 Mark. (Genauer Preis wird noch festgelegt).

Name: ....
Straße: ....
Wohnort: ....
Unterschrift: ....

(Bitte deutlich schreiben und einschicken an:
Rote Garde
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Aufruf des Komitees Freiheit für die Türkei!

Klaus Thüsing, Paderborn, MdB-SPD; Prof. Marie Veit, Marburg; Peter Schoendienst, Berlin, Anwalt; Karl-Heinz Hansen, Düsseldorf, MdB-SPD; Prof. Helmut Gollwitzer, Berlin, Theologe; Prof. Dr. Margherite v. Brentano, Berlin; Dr. Bernhard Heidtmann, Berlin, Privat-Dozent; Prof. Dr. Gerhard Bauer, Berlin; Cafer Cebe, Bielefeld, Vorsitzender der D.I.D.F.; Verena Krieger, Landesvorstand NRW der Grünen; Erwin Berk, Berlin, Vorsitzender der Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin; Ingeborg Drewitz, Berlin, Schriftstellerin.

Durch einen Militärputsch haben am 12. September 1980 die türkischen Generale die gesamte Macht im Lande an sich gerissen. Als erste Maßnahme nach dem Putsch löste die Junta das Parlament auf, setzte die Verfassung außer Kraft und rief in allen Provinzen der Türkei das Kriegsrecht aus. Alle Gewerkschaften mit Ausnahme der staatstreuen Türk-Is wurden ebenso verboten wie sämtliche demokratischen Organisationen, Verbände und Vereinigungen. Elementarste Grundrechte, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Versammlungs- und Oranisationsfreiheit wurden als nicht mehr gültig erklärt. Sämtliche demokratischen und antifaschistischen Publikationen wurden verboten, Zeitungen, die noch erscheinen, werden zensiert.

Armut und Elend des Volkes haben nach dem Militärputsch nie gekannte Ausmaße angenommen. Die Reallöhne der Arbeiter sind nach dem 12. September um 20 Prozent gesunken, während die Preise im gleichen Zeitraum um mehr als 100 Prozent gestiegen sind.

Als die Armee die Macht ergriff, gab sie vor, dem Terror ein Ende bereiten zu wollen. Heute hingegen übt sie selbst den wildesten Terror aus. Innerhalb der ersten drei Monate wurden in der Türkei mehr als 100000 Menschen verhaftet. Mehr als 150 Menschen wurden seit dem 12. September durch Sicherheitskräfte der Militärjunta ermordet. Bei der Polizei, in Militär- und Staatsgefängnissen wird mehr gefoltert als jemals in der Geschichte der Türkei zuvor. Vor dem Militärputsch konnten Menschen 15 Tage lang ohne Haftbefehl in Polizeigewahrsam genommen werden. Nach dem Putsch ist diese Dauer des Gewahrsams erst auf 30, später dann auf 90 Tage verlängert worden. Seit dem Militärputsch sind nachweislich mehr als 30 Menschen zu Tode gefoltert worden, das heißt die Verlängerung der Gewahrsamsdauer legalisiert de facto die Folter.

Seit dem 12. September haben die Kriegsrechtsgerichte weit über 100 Todesurteile ausgesprochen, von denen drei gegen Antifaschisten gerichtete Todesurteile bestätigt und vollstreckt wurden. Unter den Hingerichteten befindet sich auch ein gerade 18jähriger Schüler.

Kenan Evren, der Führer der Militärjunta, gibt den Terror unumwunden zu. In einer Erklärung, die er am 20. November 1980 verschiedenen Zeitungen gegenüber abgab, betont Kenan Evren: „Jeden Tag werden Hunderte, ja Tausende aus dem linken Lager entweder getötet oder in Folge unserer Operationen verhaftet. Die Gefängnisse sind voll, jetzt sind auch bald die Kasernen überfüllt. Was sollen wir denn noch machen?"

Diese Aussage Kenan Evrens ist genug Beweis für den Terror, der in der Türkei herrscht. „Die Demokratie wieder herstellen!", das war eine der Lügen der Putschisten. Tatsache ist jedoch, daß heute ein faschistisches Gesetz nach dem anderen den Nationalen Sicherheitsrat passiert. Und Tatsache ist auch, daß diese Lügen der Militärjunta von vielen europäischen Regierungen aufgegriffen werden, daß die Militärjunta von diesen Regierungen unterstützt wird. Mit Militär- und Finanzhilfen erhalten diese europäischen Regierungen die Militärjunta des Kenan Evren am Leben.

Der Kampf für Demokratie und Freiheit in der Türkei lebt dennoch. Diesen Kampf für Demokratie und Freiheit, gegen Folter und gegen Todesurteile zu unterstützen ist eine Verpflichtung für alle jene, die sich der Menschlichkeit wirklich verpflichtet fühlen.

Wir rufen alle Demokraten, Antifaschisten und fortschrittlich gesinnten Menschen auf, den Kampf und die Forderungen unseres Komitees zu unterstützen!

Kontakt über: Komitee „Freiheit für die Türkei", Postfach 1232, 4050 Mönchengladbach 1, Tel.: 02166/47816 (in der Zeit von 16.00 — 19.00 Uhr). Konto Nr. 2975498 Commerzbank Mönchengladbach 1, Bankleitzahl: 31040015

- **Schluß mit der Folter in der Türkei; einer Kommission von Demokraten und Antifaschisten soll es ermöglicht werden, die Lage in den Gefängnissen und bei der türkischen Polizei zu untersuchen.**
- **Verbot der Todesstrafe!**
- **Keine Militär- und Wirtschaftshilfe an die Militärjunta!**
- **Aufhebung des Gewerkschafts-, Streiks- und Organisationsverbots!**
- **Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

Erstunterzeichner: Martin Pilmayer, Bischöfliches Jugendamt, Regensburg; Jürgen Wermplinghof, Jugendhaus Neuhof, Evgl. Kirchengemeinde, Essen; Gerhard Burmeister, Ingenieur, Wankendorf; Lothar Pleithner, Karl Holzmann, Hansi Knidel, IG Druck und Papier, Stuttgart; Werner Stürmann, Bundesvorsitzender der SDAJ, Dortmund; Helga Spindler, Rechtsanwältin, Köln; Dr. Walter Warnach, Köln; Ulrich Leicht, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Dortmund; Stefan Collin, Bundesvorsitzender der Deutschen Schreberjugend, Berlin; Frank Hopf, Bezirksschülervertretung, Dortmund; Peter Grohmann, Journalist, Stuttgart; Dr. Roland Dartlena, Remscheid; Andreas Bach, Landesschülersprecher NRW, Dortmund; Rolf Sänger-Diestelmeier, Pastor, Bremen; Rolf Stolz, Mitglied des Bundesvorstands der Grünen, Köln; Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin; Prof. Dr. Sebastian Herkommer, Berlin; „De Schnüss", Stadtzeitung für Bonn; „Sozialismus", Zeitschrift für marxistische Theorie und sozialistische Politik, Hamburg; BIK-Zentrum, Mönchengladbach; Bund Deutscher Pfadfinder LV Hessen, Frankfurt; Hans Wiesner, Rechtsanwalt, Mönchengladbach; Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

4630 **BOCHUM**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr



Auch in Bayern demonstrierten die Metaller ihre Kampfbereitschaft. Das Foto zeigt die Massendemonstration von Metallern in München vom 8. April vor dem BMW-Hochhaus. In verschiedenen Metallunternehmen Münchens hatten rund 16 000 Kollegen für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt.

Einstündiger „General-Warnstreik"

Nächster Schritt kann nur noch Flächenstreik sein

FRANKFURT. — Auf die mächtige Welle von Warnstreiks reagierten die Unternehmer nur mit minimalen Verbesserungen ihrer Provokationsangebote. Von ihrem Ziel eines deutlichen Reallohnabbaus wollen sie um keinen Preis abgehen. Es ist nur vernünftig, daß die Mehrheit der aktiven Gewerkschafter in der IG Metall deshalb jetzt den Abbruch der Verhandlungen und die Einleitung konsequenter Kampfmaßnahmen fordert.

Alles andere kann nur auf eine Kapitulation der Gewerkschaften vor dem Lohnraub-Feldzug hinauslaufen, den das Großkapital als seine Krisenstrategie für die achtziger Jahre verkündet und in Gang gesetzt hat. Eine Kapitulation, die kein ehrlicher Gewerkschafter verantworten kann, denn sie würde der Kampfkraft und Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf Jahre hinaus schweren Schaden zufügen.

Diese Erkenntnis der Kollegen an der Basis findet inzwischen auch in Beschlüssen höherer Funktionärsebenen ihren Niederschlag. So beschlossen die 350 Mitglieder der Tarifkommissionen für die vier Tarifbezirke im Nordverbund **einstimmig** ihren Antrag an den IGM-Vorstand auf Abbruch der Verhandlungen und Urabstimmung. Auf der IGM-Vorstandssitzung vom 13. April plädierten alle Tarifbezirke außer Bayern und Baden-Württemberg dafür, diesen Antrag des Nordverbundes anzunehmen.

Der IGM-Vorstand hat jedoch die Entscheidung über den Antrag auf den 23. April verschoben. Man wolle der Unternehmerseite noch einmal eine „Chance" geben, ihr 4,1-Prozent-Angebot aufzustocken. Gleichzeitig beschloß der Vorstand einen einstündigen „Generalwarnstreik" für den 22. April. Das ist zwar eine Möglichkeit, den Unternehmern noch einmal die gewaltige Kampfkraft der IG Metall eindrucksvoll vor Augen zu führen. Jedoch eine echte „Bewegung" kann auch dadurch in der Unternehmerhaltung nicht erzeugt werden. Denn selbst eine fünf vor dem Komma kann die Reallöhne bei weitem nicht vor einem empfindlichen Abbau bewahren.

Loderer und Janßen allerdings haben klipp und klar ausgesprochen, daß sie mehr als die „magische fünf" gar nicht erreichen wollen. Ihr Gerede von Reallohnsicherung ist ganz offensichtlich nicht ehrlich gemeint. Man erinnere sich daran, daß sogar die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" zu Beginn der Tarifrunde berichtet hat, daß ein Abschluß von 5 Prozent bei einer angenommenen Teuerungsrate von 5 Prozent immer noch einen Abbau der Reallöhne um 1,6 Prozent mit sich bringt.

Die IGM-Führer wissen ganz genau, daß ein Tarifabschluß, der die Reallöhne sichert, ohne vollen Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfmittel, ohne Flächenstreik, auf keinen Fall durchzusetzen ist. Sie wollen jedoch einen solchen Streik möglichst verhindern. Sie wissen ganz genau, daß ein solcher Streik der Gewerkschaftsbewegung einen machtvollen Anstoß geben, daß er die klassenkämpferische Strömung in der Arbeiterbewegung stärken bzw. dem Einfluß der sozialpartnerschaftlichen Ideologie weiter das Wasser abgraben würde. **Das ist es, was diese Herren Bonzen fürchten wie der Teufel das Weihwasser!**

So erklärte Loderer im „Handelsblatt" vom 15. April wörtlich folgendes:

„Es gibt in der Bundesrepublik einige fragwürdige politische Kräfte, denen ein Streik ohnehin in den Kram paßte. Sie würden die Gelegenheit nützen, um sich anzubiedern und zu beteiligen. Das Klima ist ja ohnehin heiß genug. Zur Verantwortung aus der Tarifautonomie gehört auch die Bewertung solcher politischer Risiken. Und hierfür scheinen die Arbeitgeber ja nun wirklich keinen Instinkt zu haben."

Was den „Instinkt" betrifft, so irrt Loderer. Die Herren des Finanzkapitals, die bei den Entscheidungen der Unternehmerverbände die Fäden ziehen, kennen die „politischen Risiken" einer Verschärfung des Klassenkampfes sehr wohl. Sie wissen aber auch, daß diese Verschärfung unvermeidlich ist, es sei denn, sie wollten freiwillig darauf verzichten, die Arbeiterklasse für die Krise bezahlen und bluten zu lassen. Und dies ist für diese Herren überhaupt nicht denkbar. Deshalb bereiten sie sich darauf vor, in der Perspektive das Streikrecht vollends zu zertreten und der Arbeiterklasse mit nackter Gewalt ihre Profitstrategie aufzuzwingen.

Von daher gesehen wäre es für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung allerdings selbstmörderisch, vor der lohnpolitischen Kriegserklärung des Kapitals und seiner Offensive gegen die Arbeiterinteressen zu kapitulieren. Das spüren die konsequenten Gewerkschafter mit ihrem Klasseninstinkt und deshalb fordern sie konsequente Kampfmaßnahmen.

Wer heute einem Reallohnabbau zustimmt, wird es morgen sehr schwer haben, offene Lohnsenkungen abzuwehren. Das ist keineswegs in erster Linie eine Frage der finanziellen Möglichkeiten der Gewerkschaften sondern der Kampfbereitschaft und der Einheiten der Kollegen im Betrieb und an der Basis.

Umgekehrt kann die finanzielle Lage der Gewerkschaften niemals losgelöst vom Bewußtsein und der Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder und der „Noch-Unorganisierten" gesehen werden; und auch nicht unabhängig davon, wie sehr es dem Kapital eventuell gelingt, einen Lohnabbau zu erzwingen und den Lebensstandard der Arbeitermassen zu senken.

Lausig!

In ihrer Ausgabe vom 9. April berichtete die „Süddeutsche Zeitung" etwas verschreckt über den Warnstreik der Metaller in München, der am Tage zuvor stattgefunden und an dem sich 16 000 Kollegen beteiligt hatten. Zur Beruhigung ihres vorwiegend in gehobenen Kreisen angesiedelten Leserkreises konnte das Blatt den Bericht jedoch mit folgenden Zeilen abschließen:

„Und Alois Laus **(erster Bevollmächtigter der IG Metall in München — RM)** ***erklärte den Pressevertretern, die IG Metall in Bayern haben den Arbeitgebern für die heutigen Verhandlungen ‚signalisiert, daß wir weniger als 7,5 Prozent wollen, aber bedeutend mehr als drei Prozent'".***

Na also! Da wissen die Unternehmer dann wenigstens, wie ernst die IGM-Bonzen ihre Sprüche von Reallohnsicherung in Wahrheit meinen. Für die Metallarbeiter aber stellt sich die Frage, wie lange sie noch solche „Läuse" in ihrer Gewerkschaft dulden wollen.

Neue Angriffe auf das Streikrecht

„Dürfen die das eigentlich?"

„Handelsblatt" schreit nach „Staatsaufsicht"

DÜSSELDORF. — Im Zusammenhang mit dem Lohnkampf der IG Metall hat der stellvertretende Chefredakteur der Wirtschaftszeitung „Handelsblatt", Hans Mundorf, jetzt die Einschränkung der Tarifautonomie und eine „Staatsaufsicht" über das Verhalten der Tarifkontrahenten gefordert.

Unter der bezeichnenden Überschrift „Recht wird zur Willkür" veröffentlichte Mundorf am 15. April 1981 im Handelsbaltt einen Kommentar zum Verlauf der Metall-Lohnrunde. Unter anderem schreibt er darin folgendes:

„Dieser für Politik und Wirtschaft in gleicher Weise schädliche Krieg wird veranstaltet im Namen der Tarifautonomie. Beide Tarifparteien berufen sich auf dieses Recht, das ihnen das Grundgesetz ausdrücklich gewährt. Doch hat jedes Grundrecht dort seine Beschränkung, wo andere Rechte verletzt werden. Das Recht auf Tarifautonomie ist ebensowenig absolut und uneingeschränkt wie das Recht aus dem Eigentum. Und hinsichtlich der Tarifautonomie ist nun der Zeitpunkt zu der ernsthaften Frage gekommen: Dürfen die das eigentlich? (...)

Wenn das Recht auf Tarifautonomie aber zur Willkür wird, dann muß der Mißbrauch verhindert werden, entweder durch eine Staatsaufsicht oder durch vertragliche Regelungen der Tarifparteien."

Mundorf forderte ferner den Unternehmerverband Gesamtmetall auf, das seit Anfang letzten Jahres in der Metallindustrie geltende neue Schlichtungsabkommen mit der IG Metall unverzüglich aufzukündigen, weil es kein automatisches, von einer Seite allein auslösbares Schlichtungsverfahren mehr enthält. Dieses Schlichtungsabkommen — so Mundorf — *„zeichnet sich, wie wir heute wissen, durch die Naivität der Arbeitgeber aus, weshalb auch die IG Metall unter allen Umständen daran festhalten möchte".*

Mundorf und das „Handelsblatt" unterstützen im übrigen die provokatorische Behauptung der Unternehmerverbände, daß die gegenwärtigen Warnstreiks der IG Metall im Grunde rechtswidrig seien. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall Dieter Kirchner hat vor kurzem bereits angekündigt, daß sein Unternehmerverband nach dem Ende der Lohnrunde in der Metallindustrie die Rechtmäßigkeit der Metaller-Warnstreiks „gerichtlich prüfen" lassen wolle.

Die Argumentation des Herrn Mundorf richtet sich praktisch gegen jedes Recht der Arbeiter, sich gegen die Angriffe der Kapitalisten auf ihre Löhne mit einem ernsthaften gewerkschaftlichen Widerstand zu schützen. Im Namen des sogenannten „Gemeinwohls" wird hier in radikaler Weise das Streikrecht in Frage gestellt, und die Forderung nach staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Lohnkampf der Gewerkschaften erhoben.

Man muß solche Töne mit größter Wachsamkeit verfolgen und sie im Zusammenhang mit ähnlich gelagerten Provokationen gegen den gegenwärtigen Kampf der IG Metall sehen; So zum Beispiel mit dem Polizeieinsatz gegen eine Metall-Delegation in Timmendorfer Strand und den Strafanzeigen gegen zwei Ortsbevollmächtigte der IG Metall.

Man muß dies alles auch im Zusammenhang sehen mit der immer massiveren Hetze gegen die Weigerung der Metaller, einen Lohnverzicht hinzunehmen; einer Hetze, die auch aus Bonner Regierungskreisen und vom Bundeskanzler Schmidt persönlich gefördert wird und bereits ein übles gewerkschaftsfeindliches Klima erzeugt hat.

Für dieses Klima ist es zum Beispiel bezeichnend, daß der Hamburger Bezirksleiter der IG Metall, Otto vom Steeg, kürzlich telefonisch eine Morddrohung erhielt und daß in Baden-Württemberg ein Verhandlungsführer der Kapitalisten mit einer Pistole zu den Tarifverhandlungen aufkreuzte.

Banken sahnen ab wie nie zuvor

Superprofite

Während immer lauter das Geschrei an die Adresse der Arbeiter nach einem Lohnverzicht tönt, nach Opfern, die im Interesse des „Gemeinwohls" gebracht werden müßten, sahnen die eigentlichen Herren der Wirtschaft, die Finanzmagnaten der Großbanken, ab, wie nie zuvor.

So verzeichnet die größte und mächtigste von ihnen, die Deutsche Bank, für das vergangene Jahr einen absoluten Rekordprofit. Das Betriebsergebnis der Deutschen Bank stieg im vergangenen Jahr sage und schreibe um 28 Prozent. Der Nettoertrag dieser Großbank aus dem Dienstleistungsgeschäft kletterte um 15,7 Prozent auf 8,07 Milliarden Mark. Und allein der Überschuß aus dem Zinsgeschäft, den die Deutsche Bank scheffeln konnte, betrug 2,8 Milliarden Mark.

Dementsprechend haben sich auch die Aktionäre eine goldene Nase verdient. Auf die 50-DM-Aktie schüttet die Deutsche Bank jetzt 10 Mark Dividende aus. Darauf kommt noch ein Steuerbonus, so daß ein Aktionär pro 50-DM-Aktie 15,60 Mark kassiert. Das sind 31,2 Prozent! Der Vorstandssprecher Christians kündigte indessen an, die Deutsche Bank habe sich vorgenommen, dieses glänzende Ergebnis auch 1981 durchzuhalten.

Wie hieß es doch auf Spruchbändern von streikenden Metallern? „Uns predigen sie Wasser und selber saufen sie Wein!"

Forderungsempfehlung des IG-Chemie-Vorstands nicht akzeptiert

„Eigentlich müßten wir 10 Prozent fordern"

Ludwigshafener IG-Chemie-Konferenz sprach sich für 8 Prozent aus

LUDWIGSHAFEN. — Die 7-Prozent-Forderungsempfehlung des IG-Chemie-Hauptvorstands an die regionalen Tarifkommissionen stößt auf Ablehnung. Die ersten Tarifkommissionen haben inzwischen 7,5 Prozent als Forderungen aufgestellt.

Am 6. April tagte in Ludwigshafen die Vertrauensleute-Konferenz der IG Chemie. Sie verabschiedete den Antrag an die Tarifkommission von Rheinland-Pfalz, daß als Forderung für die Lohnrunde 8 Prozent mehr Lohn und Gehalt aufgestellt werden sollen. Mitte März hatte der Hauptvorstand der IG-Chemie seine Forderungsempfehlung nach 7 Prozent mehr Lohn und Gehalt ausgegeben.

Auf der Ludwigshafener Konferenz wiesen Diskussionsteilnehmer aus der BASF darauf hin, daß bei BASF viele Kollegen eine Forderung von 10 Prozent für notwendig halten.

Die regionale Tarifkommission für Rheinland-Pfanlz tagte dann am 14. April und stellte 7,5 Prozent als Forderung auf. Am gleichen Tag stellte auch die Tarifkommission für den Bezirk Hamburg der IG Chemie die Forderung auf: sie beträgt ebenfalls 7,5 Prozent. Die Tarifverhandlungen in der Chemie-Industrie sollen Anfang Mai beginnen.

RGO-Liste mit fünf Kandidaten

Massenausschlußverfahren gegen Liste „Aktive Metaller"

HAMBURG. — Bei HDW (Howaldtswerke — Deutsche Werft) in Hamburg kandidiert die der RGO angeschlossene „Kollegengruppe HDW" in diesem Jahr mit fünf Bewerbern für den Betriebsrat. Ferner stellt sich auch die von einem Teil des IGM-Vertrauensleutekörpers getragene Liste „Aktive Metaller" als Alternative zu der reaktionären alteingesessenen Clique um den Betriebsratsvorsitzenden Peters zur Wahl.

Bei der letzten Betriebsratswahl konnten drei RGO-Kollegen in den Betriebsrat von HDW/Hamburg einziehen. Seither hat sich klar erwiesen, daß diese Gruppe als einzige innerhalb des Betriebsrates eine konsequente Politik im Interesse der Belegschaft verfolgte und konsequent gegen die reaktionäre Peters-Clique opponierte:

- **Als einzige Betriebsräte stimmten die drei RGO-Kollegen gegen die Schließung des Werkes Reiherstieg und die Entlassung von 700 Kollegen.**
- **Durch ihre Aufklärungsarbeit über das arbeiterfeindliche Programmlohnsystem legte die „Kollegengruppe" die Grundlage für die Ablehnung des Programmlohns durch den Vertrauensleutekörper und den Betriebsrat.**
- **Als einzige Gruppe hat die „Kollegengruppe" die Belegschaft ständig über die im Betriebsrat anstehenden Entscheidungen informiert.**

Die Liste „Aktive Metaller" entstand aus dem Kampf im Vertrauensleutekörper gegen die völlig undemokratische Listenaufstellung durch die IGM-Bonzen und die Peters-Clique. Der Listenführer der „Aktiven Metaller", Kollege Holger Mahler, hat sich jedoch in der Vergangenheit innerhalb des Betriebsrates der sozialpartnerschaftlichen Linie des Betriebsratsvorsitzenden Peters unterworfen.

Holger Mahler und seine Gruppe haben beispielsweise der Schließung von Werk Reiherstieg und der Entlassung von 700 Kollegen zugestimmt. Ihre oppositionelle Liste begründen sie unter anderem damit, daß sie damit der RGO Stimmen wegnehmen wollen. Eine gemeinsame Kandidatur mit den RGO-Kollegen lehnten sie von vornherein ab.

In einem Flugblatt der RGO-Kollegengruppe heißt es zu der Liste „Aktive Metaller": **„Daß die Spitzenkandidaten der Aktiven Metaller nach jahrelanger Zusammenarbeit mit der Petersgruppe plötzlich zu konsequenten Kämpfer geworden sein sollen, ist mehr als zweifelhaft. Diese Liste will zwar Peters stürzen, nicht aber den Kurs ändern. Auf dieser Liste kandidieren auch programmierte Umfaller und Programmlohnbefürworter."**

Die reaktionäre Ortsverwaltung der Hamburger IG Metall hat gegen sämtliche 42 IGM-Mitglieder der Liste „Aktive Metaller", fast alles Vertrauensleute, Ausschlußverfahren eingeleitet. Das ist ein Skandal! Es zeigt, daß die Bonzen bereit sind, rücksichtslos den Weg der Spaltung der Gewerkschaft zu gehen, um dadurch jegliche Opposition, sei sie auch halbherzig und inkonsequent, gegen die Politik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten brutal zu unterdrücken.

Die RGO-Kollegengruppe hat sich gegen diese skandalösen Ausschlußverfahren mit der Liste „Aktive Metaller" sofort solidarisch erklärt. In einem Flugblatt schrieb die Kollegengruppe dazu:

„Die IG Metall muß ein einheitlicher Kampfverband sein, in dem jeder Metaller, unabhängig von Parteizugehörigkeit, Weltanschauung, Nationalität, organisiert sein kann. Es darf nicht länger so sein, daß aktive kämpferische Kollegen wegen ihrer Kritik an der Arbeit der Gewerkschaftsführung ausgeschlossen werden.

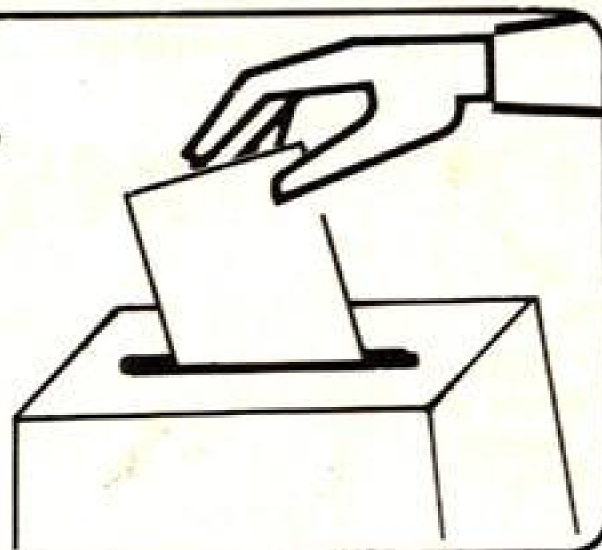
Wir wenden uns deshalb mit Empörung gegen die Ausschlußdrohungen, die jetzt zur Betriebsratswahl dutzendweise ausgestoßen werden."



Rechts am Transparent (mit Brille): RGO-Betriebsrat Wolfgang Auer von HDW/Kiel bei der Warnstreikdemonstration der HDW-Belegschaft vom 11. März.

Hinweis

Der angekündigte Bericht über die Betriebsratswahl bei Siemens-Bosch in Westberlin, wo die RGO die Mehrheit der Arbeiterstimmen erhielt, kann erst in der nächsten Ausgabe des „Roten Morgens" erscheinen.



HDW/Kiel

Geträumt haben die Bonzen

ARBEITERKORRESPONDENZ (Kiel). — Im letzten „Roten Morgen" berichteten wir über den Wahlerfolg der RGO bei HDW in Kiel. Die RGO-Liste erhielt 20,4 Prozent der Arbeiterstimmen und errang fünf Sitze im Betriebsrat. Inzwischen wurde uns aus Kiel der nachstehende Bericht eines Werftarbeiters von HDW zugeschickt.

„Die IGM-Bonzen auf der Werft hatten mit Hetze gegen die RGO nicht gegeizt. Zuerst schickten sie die DKP-Betriebsgruppe vor, die mit einer Flugblattserie die Aufstellung der RGO-Liste und das Sammeln von Stützunterschriften zu verhindern versuchten. Vergeblich. Dann tönten die IGM-Betriebsräte, die RGO habe die Persönlichkeitswahl verhindert, obwohl es genau andersherum war.

Als Höhepunkt der Kampagne gegen die RGO hatten die IGM-Gewaltigen eine Betriebsversammlung wenige Tage vor der Wahl angesetzt. Hier wollten sie der RGO nochmal Saures geben. Sie hatten dazu eigens den IGM-Ortsbevollmächtigten Prezewowsky eingeladen.

Aber die Betriebsversammlung lief ganz anders ab. In zahlreichen Beiträgen wurde die Warnstreiktaktik der IGM-Führung in der laufenden Tarifrunde kritisiert und sofortige Einleitung der Urabstimmung gefordert. Diese Forderungen wurden von RGO-Betriebsrat Rolf Kähler in einem Antrag an die Tarifkommission zusammengefaßt.

Daraufhin schrie Prezewowsky hysterisch: ‚Wir lassen uns von der RGO keine Aufträge erteilen.' Und das, obwohl klar wurde, daß die Mehrheit der ca. 3000 anwesenden Kollegen die Forderung nach Urabstimmung unterstützte.

Als die IGM-Größen ihre Felle wegschwimmen sahen, gingen sie zum Frontalangriff über. Mit dümmlichen Hetzparolen wie: ‚Die RGO will den DGB zerschlagen', versuchten sie Stimmung zu machen.

Aber auch das nützte nichts. RGO-Betriebsrat Jochen Auer, wies anhand von praktischen Beispielen der letzten drei Jahre nach, wer für die Interessen der Kollegen eingetreten ist, und wer nicht und wer den Kontakt zur Basis verloren hat und wer nicht.

Entsetzt fragte der neue Arbeitsdirektor Dr. Timke ‚Ich dachte, hier soll über die Werftsituation diskutiert werden und nicht über die Politik der RGO?'.

Aber es wurde über die Politik der RGO diskutiert. Und die Kollegen konnten sich ein Bild von der Betriebsratsarbeit der RGO machen. Sie wußten, wen sie wählten. Sie konnten vergleichen. Und die RGO-Betriebsräte schnitten gut ab bei diesem Vergleich.

Da konnten der IGM auch noch so aufwendige Flugblätter nicht helfen und auch ein übles Hetzflugblatt verfing nicht bei den Kollegen.

Die RGO-Betriebsräte wurden als Träumer hingestellt. Geträumt haben aber die IGM-Bonzen bei HDW-Kiel. Sie haben von einem Betriebsrat ohne RGO geträumt. Die Kollegen haben dafür gesorgt, daß ihre Träume wie eine Seifenblase geplatzt sind.

602 von 2946 Stimmen (Wahlbeteiligung von 57 Prozent) entfielen auf die Liste der RGO. Damit konnte die RGO ihren Stimmenanteil gegenüber 1978 um 3 Prozent steigern.

Soviele Hände von Kollegen, wie am Tag nach der Wahl hatten die RGO-Betriebsräte noch nie geschüttelt. ‚Bravo Jungs, weiter so, nächstes Mal stellt Ihr noch mehr Kandidaten auf', das war der Tenor der Kommentare auf der Werft.

Im RGO-Flugblatt, das am Tag nach der Wahl verteilt wurde, schrieben die fünf frischgebackenen RGO-Betriebsräte: ‚Wir freuen uns natürlich alle fünf ganz doll und möchten uns bei den Kollegen für ihr Vertrauen bedanken und versprechen, daß wir die in uns gesetzte Hoffnungen zu erfüllen versuchen.'"

Daimler-Benz/Harburg

28,2 Prozent für Liste „alternative"

HARBURG. — Die oppositionelle Liste „alternative" bei Daimler-Benz in Harburg bei Hamburg gewann 28,2 Prozent der Stimmen und damit vier Betriebsratssitze. Einen fünften Sitz verfehlten die Kollegen lediglich um zehn Stimmen.

Die Liste „alternative" war auch schon vor drei Jahren angetreten und hatte damals 23,6 Prozent der Stimmen erhalten. Sie hat also um knapp 5 Prozent dazugewonnen. Diese Stimmen konnte sie größtenteils der IGM-Liste abnehmen, die 1978 noch 67,2 Prozent erhielt, gegenüber nur noch 64,0 Prozent in diesem Jahr.

Farbwerke Hoechst

Ausschlußverfahren gegen 47 IG-Chemie-Mitglieder

FRANKFURT. — Gegen alle 20 IG-Chemie-Mitglieder, die im Stammwerk der Farbwerke Hoechst in Frankfurt auf der oppositionellen „Liste für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" kandidiert hatten, ist von der Verwaltungsstelle der IG Chemie beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Antrag auf Einleitung eines Ausschlußverfahrens gestellt worden.

Die „Liste für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" hatte 16 Prozent der Stimmen bekommen und sieben Betriebsratssitze errungen. Sie kandidierte in Opposition zu dem extrem unternehmerfreundlichen Betriebsratsvorsitzenden Rolf Brandt, der gleichzeitig Vorsitzender des Vertrauensleutekörpers, Vorsitzender der Frankfurter Verwaltungsstelle und Mitglied im Hauptvorstand der IG Chemie ist.

Dieser abgefeimte Bonze ist auch der Initiator des Massenausschlußantrages. Unter den betroffenen Kollegen ist auch ein Mitglied der Großen Tarifkommission der IG Chemie. Auch im Wiesbadener Zweigwerk Kalle wurde Ausschlußantrag gegen sämtliche Mitglieder der dortigen oppositionellen Liste gestellt. Dort sind es 27 Kollegen, die die IG-Chemie-Bonzen aus der Gewerkschaft feuern wollen, darunter die meisten Mitglieder der inzwischen zurückgetretenen Vertrauensleutekörperleitung bei Kalle. Insgesamt sollen also 47 Kollegen aus der IG Chemie ausgeschlossen werden.

Gerade die aktiven Gewerkschafter sind von dem Ausschlußterror der Bonzen betroffen. Kann eigentlich noch klarer werden, wer hier skrupellos die Gewerkschaftsbewegung spaltet und zerstört?

Im Hauptwerk der Farbwerke Hoechst in Frankfurt ist seit dem Amtsantritt des Rolf Brandt als Betriebsratsvorsitzender der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Belegschaft von 50 auf 30 Prozent gesunken! Jedem klassenbewußten Gewerkschafter muß angesichts dieser Tatsache klar werden, daß gegen die Hauenschild, Rappe, Brandt und Konsorten ein rücksichtsloser oppositioneller Kampf organisiert werden muß, der auf der Aufklärung und Mobilisierung der breiten Mitgliederbasis der IG Chemie aufbaut. Denn diese Bonzen sind längst darangegangen, die Gewerkschaftsbewegung zu ruinieren.

Daimler-Benz/Stuttgart-Untertürkheim

30,9 Prozent für „Plakat-Gruppe"

STUTTGART. — 30,9 Prozent der Arbeiterstimmen erhielt die oppositionelle „Plakat-Gruppe" (Hoss/Mühleisen) bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim. Damit kann die Gruppe neun Sitze im Betriebsrat belegen.

Gegenüber ihrem spektakulären Erfolg 1978 hat die „Plakat-Gruppe" damit knapp 10 Prozent an Stimmen und drei Betriebsratssitze eingebüßt. Allerdings läßt sich mit der Wahl von 1978 nicht ohne weiteres ein Vergleich ziehen. Damals hatte die „Plakat-Gruppe" 40 Prozent der Stimmen erhalten, nachdem sie einen massiven Wahlbetrug der IGM-Bonzen aufdecken konnte und die Wahl wiederholt werden mußte.

Die IGM-Liste erhielt 58,4 Prozent der Stimmen gegenüber 52,4 vor drei Jahren. Vorher hatten die Bonzen große Töne gespuckt, dieses Mal würden sie der Opposition eine entscheidende Niederlage beibringen. Davon jedoch kann überhaupt keine Rede sein. In Anbetracht dessen, daß die „Plakat-Gruppe" bei der letzten Wahl wegen des Wahlbetrugs auch viele Proteststimmen erhielt, ist das jetzige Ergebniss zweifellos gut einzuschätzen: eine weitere Niederlage für die IGM-Bonzen.

Daimler-Benz/Bremen

Vier Kollegen des oppositionellen Blockvorschlags gewählt

BREMEN. — Die oppositionelle Gewerkschaftergruppe „Kollegen von Daimler informieren" hatte bei Persönlichkeitswahl als Blockvorschlag mit sieben Kollegen auf der Grundlage eines klassenkämpferischen Programms kandidiert. Vier von ihnen sind gewählt. Das ist ein sehr guter Erfolg.

Bekanntlich ist es in Großbetrieben bei Persönlichkeitswahl für jeden sehr schwer, genügend Stimmen zu bekommen, wenn er nicht bereits weit über seine Abteilung in der Belegschaft einen Namen hat. Die vier gewählten Kollegen der oppositionellen Gruppen erreichten zwischen 1025 und 1120 Stimmen und rangieren damit bei einem 29 Personen starken Betriebsrat auf den Plätzen 21, 24, 26 und 29.

Die Stimmen, die diese Kollegen erhalten haben, sind das Votum eines bedeutenden Teils der Belegschaft für eine konsequente und klassenkämpferisch orientierte Betriebsratsarbeit.

Kalle-Werke/Wiesbaden

Acht Sitze für die Opposition

WIESBADEN. — Ebenso wie im Stammwerk der Hoechst AG in Frankfurt konnte auch bei Kalle in Wiesbaden die oppositionelle Liste einen guten Erfolg verbuchen: acht Sitze wurden eingenommen!

Gegen die oppositionelle Liste, die von aktiven IG-Chemie-Gewerkschaftern, unter anderem den meisten Mitgliedern der zurückgetretenen Vertrauenskörperleitung aufgestellt wurde, hatten die rechten Bonzen in der Betriebsratsspitze und der IG-Chemie-Verwaltungsstelle eine schmutzige Hetzkampagne entfaltet.

Listenführer Ries von der oppositionellen Liste sagte zu dem Wahlerfolg: „Die Basis hat nun gesprochen. Wir hoffen, daß die IG Chemie an den Belegschaftsmitgliedern, die für uns gestimmt haben, nicht vorbeigehen kann."

Gegen alle 27 Gewerkschafter, die auf der Liste kandidiert hatten, wurden vom Wiesbadener Verwaltungsstellenvorstand der IG Chemie beim Hauptvorstand Ausschlußverfahren beantragt.

„Gesunde Geschäfte"

Profitmedizin gründlich entlarvt

Eine sehr wichtige Buchveröffentlichung über die Pharmaindustrie

Heute, wo die ideenlose westdeutsche Filmindustrie das Wort „Schocker" für ihre primitiven Blut- und Hirnspritzmachwerke in Beschlag genommen hat, mag man es kaum noch benützen. Und dennoch: Das Buch „Gesunde Geschäfte" ist ein echter Schocker. Der Horror, der den Leser packt ist echt und geht tief. Und er ist begründet. Denn, was da auf knapp 200 Seiten zusammengepackt ist an menschenfeindlicher, krimineller und zynischer Profitjägerei, die bedenkenlos über Menschenleben hinweggeht, wurde in diesem Ausmaß bisher noch nie zusammengetragen.

Bezeichnenderweise haben die sonst so schnell tätigen Kanzleien der großen Chemiemonopole bisher keinerlei Versuche gemacht, einmal mehr über die Gerichte die Wahrheit verbieten zu lassen — zu deutlich sind die getroffenen Aussagen abgesichert. Im Gegenteil: Im Fernsehen gab es bereits halbherzige Eingeständnisse, daß so etwas „vorkommen kann".

Diese Eingeständnisse betrafen vor allem die ersten Teile des Buches, in denen die Praktiken der Konzerne enthüllt werden, mit denen sie sich, hinter einem Rauchvorhang von Forschung und Dienst an der Allgemeinheit, ihre Absatzmärkte sichern wollen.

Gestützt auf die Erfahrungen eines der vier Autoren, der sich zeitweise als Pharmaberater betätigte und auf die Mitarbeit eines leitenden Angestellten eines Konzerns, der unter einem Pseudonym am Buch mitwirkt, werden in den ersten vier Kapiteln diese Praktiken der Bestechung, des professionellen Werbefeldzuges und anderer typisch kaptitalistischer Vorgehensweisen anhand Dutzender von Dokumenten enthüllt.

Forschung als Alibi

Dabei wird als erstes mit jenem Bild aufgeräumt, das die Pharmakonzerne in der Öffentlichkeit so gerne von sich zeichnen. Nämlich das Bild von großen Unternehmen, die im Dienste der Gesundheit stehen.

„Unter den 18265 zwischen 1965 und 1973 beim Bundesgesundheitsamt in Berlin registrierten „neuen" Arzneimitteln befanden sich lediglich 309 Produkte mit neuem Wirkstoff. Das sind ganze 1,7 Prozent." (Seite 27)

Die Zahlen, die die Autoren anführen, sind schlagender Beweis für die Verlogenheit der Behauptungen der Medikamenten-Multis, ihre oft selbst in der bürgerlichen Presse kritisierten Profite stünden im Dienste der Forschung. Zum Beispiel auch die folgenden Tatsachen:

„Den 10000 Ärzteberatern in der BRD stehen auch etwa 10000 Angestellte in den Forschungsabteilungen gegenüber. Eigenartigerweise beträgt jedoch der Aufwand für Forschung und Entwicklung nur ungefähr 75 Prozent der Kosten für den Außendienst." (Seite 58)

Solche Angaben werden von den Autoren noch weiter präzisiert, wenn gesagt wird, daß die Kosten des Außendienstes in der BRD rund eine Milliarde Mark betragen — entsprechend obigem Prozentsatz bleiben dann noch 750 Millionen Mark für die Forschung. Weiter kommt hinzu, daß von den zehntausend Reisenden in Sachen Tabletten alle an der „Front" sind, während der Anteil forschender Wissenschaftler in den Laboratorien recht gering ist. So sind bei Bayer beispielsweise von einem gesamten Personalstand von fast 170000 Menschen ganze 320 Akademiker in der Forschung.

Daß diese „Pharmaberater" sich in nichts von einem ganz normalen Staubsaugervertreter unterscheiden (außer vielleicht im Einkommen), zeigt auch die Tatsache, daß lediglich 16 Prozent von ihnen eine wissenschaftliche Ausbildung haben und daß die sogenannten Informationsgespräche (von denen in Österreich jeder Arzt täglich eines hat) zwischen fünf und fünfzehn Minuten dauern.

Wie es dabei zugeht, wie der Arzt mit allen Mitteln dazu gebracht werden soll, das Medikament des betreffenden Konzerns zu verschreiben und nicht etwa das identische Produkt der Konkurrenz, das zeigen vor allem die in zwei der ersten vier Kapitel geschilderten Erfahrungsberichte.

So bei einer Bayer-Beraterschulung:

„Die Zeit ist kostbar. Vergeuden Sie sie nicht. Sie haben bei jedem Kontakt mit dem Arzt nur wenig Zeit. Nützen Sie sie optimal, so daß sie mit dem Arzt zumindest über unsere Forcepräparate sprechen."

Als Forcepräparate werden jene Medikamente bezeichnet, die für Bayer wichtige Umsatzträger sind und beim Arztgespräch besonders hervorgehoben werden sollen." (Seite 63)

Ob es nun der Arzt ist, der für Patiententests mit dem fünfzehnten identischen Produkt einen Laborhocker haben will oder ein einziger von mehreren Hundert Ärzten, der verzweifelt ist über die Beruhigungspillen-Hochkonjunktur — die Beispiele darüber, wie hier Umsatz gemacht wird mit der Krankheit von Menschen, sind eine Aneinanderreihung derartig bodenloser Zynismen, daß es hier unmöglich erscheint, einen Fall davon als Exempel darzustellen. Das muß man selbst gelesen haben, um die Wut in sich aufkeimen zu spüren, über das organisierte weiße Verbrechen, das unter dem Tarnnamen Gesundheitswesen abläuft.

Die weißen Blutrichter

In den drei folgenden Kapiteln des Buches wird die gesamte Praxis der Menschenversuche und der bewußt in Kauf genommenen Todesfälle und Schädigungen dargestellt. Und dies nicht nur anhand der allgemein bekannt und berüchtigt gewordenen Fälle wie Mexaform, Contergan und Duogynon, sondern in der Analyse der Menschenversuchspraxis insgesamt und der dazugehörigen Geheimhaltungspraxis der Konzerne.

„Man könnte annehmen, daß zumindest die Ärzte selbst glauben, mit den Versuchen den Patienten nicht zu schaden. Ein Beispiel zeigt anderes. Professor Erich Zweymüller von der Wiener Universitäts-Kinderklinik testete 1978 das Antibiotikum Mefoxitin. Das Präparat wurde im Gegensatz zu den meisten Antibiotika die in Pillenform verabreicht werden, injiziert. Eine junge Assistenzärztin bekam Skrupel: ‚Mir taten die Kinder leid, weil es sich um schmerzhafte Injektionen mit großem Flüssigkeitsvolumen drei bis vier mal täglich handelte,' gab Dr. Ulrike Zeitlhuber zu Protokoll.

Sie bat den Professor, die Studie auf schwere Fälle, die mit oral (in Pillenform) zu verabreichenden Medikamenten nicht behandelt werden können, zu beschränken. Der Herr Professor ging auf ihre Skrupel ein: ‚Er schrie mich an und berief eine Versammlung der Ärzte ein' berichtete Dr. Zeitlhuber. Sie wurde vor den Ärzten abgekanzelt. Und zog daraus die Konsequenzen.

Als durch Zufall eine Enkelin von Professor Zweymüller mit einer Infektion in die Klinik kam, wollte sie das Kind auch in die Studie einbeziehen. Sofort erschien der Klinikchef: ‚Was haben Sie gegen meine Enkelin, schrie er', schreibt Dr. Zeitlhuber. Die Enkelin des Herrn Professor wurde sofort in eine andere Abteilung verlegt." (Seite 134/35).

Doch nicht immer sind die Fälle so einfach. In der Regel herrscht auch hier der anonyme Verwaltungsapparat, bei dem sich jeder rausreden kann.

„‚Die Erfahrungen mit NT 104 252 sind,' meldete Dr. Langner nach 70 Experimentiertagen der Erzeugerfirma' in keiner Weise entmutigend.

Doch am Versuch und an der Tatsache, daß er trotz vieler Zwischenfälle nicht abgebrochen wurde, konnte er nichts finden." (Seite 137)

Welchen ungefähren Umfang diese dunklen Geschäfte haben, zeigen die Autoren in folgendem Absatz auf:

„Unseren — sicher nicht vollständigen — Unterlagen haben wir entnommen, daß allein die beiden Firmen Bayer und Sandoz in Österreich von 1973 bis 1977 352 Versuchsserien in Auftrag gegeben haben — Mit jeweils fünf bis 120 Patienten. In Österreich arbeiten sicher 20 Konzerne ähnlich. ‚forschungsintensiv' wie diese beiden, und gut weitere 80 mit etwas geringerem ‚Aufwand'". (S. 128)

So wird die einst aus anderen Veröffentlichungen so stark bezweifelte Zahl von bald 100000 jährlich getesteten Menschen in der Bundesrepublik gar nicht mehr unwahrscheinlich. Im Gegenteil.

Die Suche nach wichtigen Meinungsmachern, das Material für die Werbefeldzüge und Ähnliches ist denn auch der Hauptgrund für die sogenannten Tests an Menschen und dementsprechend werden sie auch durchgeführt und, wenn nötig, manipuliert.



Protestaktion von jungen Ärzten während des Ärztetages 1978

Solchermaßen groß getestete Neuerungen erfahren dann manchmal ein arg unwissenschaftliches Schicksal. Auf einer Vertretertagung bei Bayer über den gefährdeten Umsatz von Baypen, sagt ein Vertreter: „Die kleinen Krankenhäuser in meinem Gebiet sind teilweise auf hochwirksame Antibiotika umgestiegen. Aber seit Oktober haben sie kein Geld mehr. Jetzt greifen sie wieder zurück auf alte, billige Penicilline. Die werden sich wundern, wenn sie merken, daß sie damit genauso gut durchkommen wie mit hochwirksamen neuen Präparaten." (154)


Contergangeschädigtes Kind

Geheimstufe 1

Gegen Kritiker dieser Verhältnisse wird seit langem mit allen Mitteln vorgegangen. Dies wurde in der Öffentlichkeit nur in solchen Fällen bekannt, wo es sich um die großen Pharmaskandale handelte und auch dort nur teilweise.

Daß die Chemie Grünenthal Privatdetektive beauftragte, Ärzte, die gegen das Mittel Contergan eingestellt waren, zu überwachen und deren Privatleben auszukundschaften, kann da nicht mehr überraschen. Daß die Lobby der Chemiemonopole es immer wieder schafft, Medikamente, die wegen erwiesener schädlicher Wirkungen in einem Land verboten wurden, in anderen Ländern noch Jahre oder gar jahrzehntelang auf dem Markt zu halten, ist ebenfalls in einigen Fällen bereits bekannt geworden.

Doch das geht noch viel weiter:

„Die Firmen geben sich selbst mit sochen Druckmitteln nicht unbedingt zufrieden. Der 53jährige Stanley Adams weiß das. Er arbeitete bis 1973 als Manager in der Basler Zentrale des Pharma-Konzerns Hoffman-La-Roche. Damals stellte er den Kartellbehörden der Europäischen Gemeinschaft Unterlagen zur Verfügung, aus denen hervorging, daß La Roche durch Preisabsprachen und Ausnützung von Monopolpositionen überhöhte Gewinne bei Vitaminpräparaten erzielt hat. La Roche wurde vom Europäischen Gerichtshof zu Zahlungen in Millionenhöhe verurteilt.

Doch auch Stanley Adams wurde verurteilt. Er landete wegen ‚Industriespionage' und ‚Verrat von Staatsgeheimnissen' im Gefängnis." (S. 163)

„Beispiele, die sich beliebig ergänzen ließen und eine bestimmte Methode verschiedener Konzerne sichtbar machen. Schädliche Folgen ihrer Präparate sind oft so lange ‚unbewiesen', solange die Information den Umsatz schmälern würde. Dies läßt sich jedoch jahrzehntelang unterbinden." (Seite 169)

Dazu dient vor allem das Zusammenspiel mit den staatlichen Organen, die gerade in der Bundesrepublik die Geschäfte der Chemiemonopole und ihrer Pharmatöchter besonders gründlich schützen.

Denn: Die westdeutsche Pharmaindustrie ist die wichtigste der ganzen kapitalistischen Welt. Sie hält rund 25 Prozent Anteil am Welthandel mit Medikamenten, wobei eben die Töchter der großen Monopole den Löwenanteil der Produktion der 560 westdeutschen Pharmafabriken bestreiten.

„Für einen Strafprozeß gegen Schering verlangt die Staatsanwaltschaft aber mehr: Sie will einen unbezweifelbaren wissenschaftlichen Nachweis für die kindesmißbildende Wirkung von Duogynon. Diese, so die Staatsanwaltschaft am Berliner Landgericht, könnte jedoch gar nicht erbracht werden, weil dazu klinische Versuche notwendig und diese aus ethischen Gründen nicht mehr durchführbar seien." (Seite 185)

Das neue Arzneimittelgesetz, das im Jahre 1978 verabschiedet wurde und vor dem Hintergrund der großen öffentlichen Empörung wegen Contergan entstand, soll die Sicherheit und Unbedenklichkeit der Arzneimittel gewährleisten.

Dazu sind im Westberliner Bundesgesundheitsamt 20 Wissenschaftler beschäftigt, die für alles verantwortlich sind: für jährlich 600 Anträge auf Neuzulassungen für Medikamente ebenso wie für die Überwachung von rund 110000 (!) Medikamenten, die bereits auf dem Markt sind.

„Mit dem neuen, dem zweiten Arzneimittelgesetz, hätte sich dieser Zustand ändern sollen. Eines der zentralen Anliegen war nämlich laut Gesetzentwurf der ‚Nachweis von Wirksamkeit und Sicherheit der Arzneimittel' bevor sie in den Handel kommen dürfen.

In letzter Minute wurde dieses Erfordernis total verwässert. Statt eines epidemologischen Nachweises, daß ein Medikament zur Verbesserung des Gesamtbefindens eines Patienten beiträgt, genügen jetzt zur Marktzulassung bereits ‚therapeutische Ergebnisse ... in einer beschränkten Zahl von Fällen'. und: ‚Die therapeutische Wirksamkeit fehlt, wenn feststeht, daß sich mit dem Mittel keine therapeutischen Ergebnisse erzielen lassen.'

Das muß freilich das Bundesgesundheitsamt dem Hersteller beweisen — fast ein Ding der Unmöglichkeit. Schon aus finanziellen, aber auch aus inhaltlichen Gründen, denn: Therapeutische Ergebnisse lassen sich selbst mit schlichtem Leitungswasser erreichen, wenn man damit ein Tuch tränkt und kühlende Umschläge macht..." (Seite 187)

Daß die Pharmaindustrie-Lobby dafür gesorgt hat, daß ihre Erzeugnisse nicht daraufhin geprüft werden dürfen, ob sie wirklich positiv wirken, fällt ein vernichtendes Gesamturteil über diese „Gesunden Geschäfte".

Alles dies sind nur kurze Auszüge aus dem Buch: Langbein/Martin/Weiss/Werner „Gesunde Geschäfte — Die Praktiken der Pharma Industrie", das 288 Seiten hat und beim Verlag Kiepenheuer und Witsch erschienen ist — zum Preis von 19,80 Mark. Gut angelegtes Geld nicht nur für denjenigen, der krank ist und sich deswegen mit diesem Thema beschäftigen sollte. Sondern auch ein Lehrstück für jeden, der einen harten Teil der Wahrheit über die kapitalistische Krankheitsindustrie erfahren möchte.

Die Forderung nach Abschaffung der Hochsicherheitstrakte

Bestandteil des antifaschistischen Kampfes

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der Gefangenen der RAF und der „Bewegung 2. Juni" sind auch bei Lesern des „Roten Morgens" Fragen aufgetaucht, die wichtig sind bei der Beurteilung des Hungerstreiks und der Solidarisierung mit den damit aufgestellten Forderungen. Einige davon wollen wir hier aus unserer Sicht beantworten.

Politische Gefangene?

Die Justiz verweigert den RAF-Mitgliedern den Status von politischen Gefangenen. Die Gefangenen fordern ihn. Und diese Forderung ist berechtigt! Denn sie sind aus politischen Gründen inhaftiert, alle Maßnahmen des Staates im Zusammenhang mit dem „Haftvollzug" bei den RAF-Gefangenen sind politisch motiviert, haben weitreichende politsche Ziele. An ihnen wird ein politisches Sonderrecht praktiziert. An ihnen wird beispielhaft geprobt, wie man „Staatsfeinde" in der Haft entweder moralisch zerbrechen, zur Aufgabe ihrer politischen Identität zwingen oder, wenn das nicht funktioniert, psychisch und physisch vernichten kann.

Und es geht bei der Anerkennung des politischen Status nicht allein um die RAF.

„In der Bundesrepublik gibt es keine politischen Gefangenen!" Das ist die ständige Stellungnahme der Justizbehörden und der Politiker zu jedem einzelnen Fall, in dem dieser Vorwurf erhoben wird. Genossen unserer Partei und auch anderer Organisationen in der Bundesrepublik haben das am eigenen Leib erfahren. Bei uns wird jede politisch motivierte Tat, und sei es die Wahrnehmung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung durch das Schreiben eines Flugblatts oder das Halten einer Rede, als kriminelles Delikt gewertet, wenn es dem Staat gefährlich erscheint. „Dies ist kein politisches Verfahren!" — das ist die Standard-Schutzbehauptung der Staatsanwaltschaft und der Richter in nahezu jedem politischen Prozeß vor westdeutschen Gerichten.

Berechtigte Forderungen?

Eine neue Kommandozentrale befürchten die westdeutschen Staatsschützer angeblich, wenn man die RAF-Gefangenen zu Gruppen von 10 bis 15 Leuten zusammenlegen würde. Worum es bei dieser Forderung der Gefangenen in erster Linie geht, ist aber das reine Überleben. Denn die Isolation, auch die Kleingruppenisolation, führt zur Zerstörung des Menschen. Wir haben bereits im letzten RM entsprechende medizinische Gutachten zitiert. Das ist auch der Grund des Hungerstreiks: Die Gefangenen wollen nicht sterben, wie es die Presse von „Spiegel" bis „Stern" zynisch schreibt. Sie wollen leben, und das ist bei fortgesetzter Isolationshaft nicht möglich.

Deshalb die Forderungen der Gefangenen, die sie inhaltlich der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen entnehmen, die aber nichts anderes bedeuten als die Zusammenlegung zu überlebensfähigen Gruppen unter Aufgabe des Hochsicherheitstraktes.

Und sie fordern weiter die Kontrolle dieser Haftbedingungen durch eine internationale Kommission. Das ist eine Forderung, die man besonders bei den politischen Gefangenen unterstützen muß. Auch dabei muß man nicht allein an die RAF denken. Denn der Staat hat bei politischen Gefangenen das Interesse, sie mit allen Mitteln gefügig zu machen oder zu vernichten. Sie sind besonders gefährdet. Wie sehr der westdeutsche Staat die internationale Öffentlichkeit scheut, wurde z.B. nach dem Besuch J.-P. Sartres bei Andreas Baader deutlich. Während es im Ausland Erbitterung und Entsetzen auslöste, was der französische Schriftsteller berichtete, kam es in den bundesdeutschen Medien zu einer wütenden Hetze gegen Sartre, zu Dementis und Lügen über die Haftbedingungen in Stammheim.

Diese Forderungen sind also berechtigt, auch wenn es sich bei der RAF natürlich nicht um Kriegsgefangene handelt.

Ebenso berechtigt ist auch die Forderung, den schwerkranken kopfverletzten Günter Sonnenberg freizulassen und ihm eine medizinische Betreuung außerhalb der Haft zu gewähren, weil seine Gesundheit sonst niemals wiederhergestellt werden kann.

Solidarität mit der RAF?

Das anfangs Gesagte hat wohl schon deutlich gemacht, daß der Kampf gegen Hochsicherheitstrakte und Isolationshaft, für die Anerkennung des Status politischer Gefangener auch in der Bundesrepublik und Westberlin, ein Kampf nicht nur zur Unterstützung der RAF-Gefangenen ist, die diese Forderungen derzeit stellen. Das ist ein Kampf im eigenen Interesse jedes Demokraten. Was die westdeutsche Reaktion in ihren Gefängnissen erprobt, ist Bestandteil der Faschisierung des Staatsapparats, ist Vorbereitung massenhafter Unterdrückung und Ausschaltung politischer Führer in den kommenden Massenkämpfen. Und mit denen hat die RAF gar nichts zu tun. Wohl aber die Kommunisten, und darüberhinaus alle aktiven Antifaschisten.

Die Bundesanwaltschaft versucht zur Zeit, jeden, der eine Änderung der Haftbedingungen der RAF-Gefangenen und die Abschaffung der mörderischen Sonderbehandlung fordert, als Terror-„Sympathisanten" hinzustellen. Hier soll ein Klima der Angst geschaffen werden, das durchbrochen werden muß.

Bei all ihren Maßnahmen rechnen die Reaktionäre aber ein, daß die RAF unter der werktätigen Bevölkerung unseres Landes, vor deren Kampf die Herrschenden Angst haben, keine Sympathien hat. Auch bei uns nicht.

Der Kampf der RAF hat der Bourgeoisie nicht geschadet, sondern genutzt. Er war ein willkommener Vorwand zu Bürgerkriegsübungen und zur Faschisierung des Rechtswesens, dem aufgrund der Massenfeindlichkeit der RAF kein entscheidender Widerstand entgegengesetzt wurde, weil sich die Mehrheit der Menschen überhaupt nicht betroffen fühlte und auf die Demagogie des Staates hereinfiel. Die Folgen spüren heute bereits alle, die politisch mit dem Staat in Konflikt kommen und mit den Sondergesetzen konfrontiert werden. So etwa die 141 Festgenommenen in Nürnberg, die sich jeder einen eigenen Rechtsanwalt suchen müssen. Und vertrauenswürdige, fortschrittliche Rechtsanwälte gibt es im Bundesgebiet nicht allzuviele. Wie vieles andere wurde auch das Recht auf Merhfachverteidigung im Zuge der „Terroristenhatz" abgeschafft.

Die Kommunistische Partei als Arbeiterpartei hat mit den Kampfmethoden und der Massenverachtung der RAF nichts gemein. Unser Kampf gegen die Verschärfung des Strafvollzugs, und der Strafgesetze steht im Rahmen unseres Kampfes gegen Reaktion und Faschismus.

Wem nutzen die neuen Bombenanschläge?

Der Reaktion!

Nicht einmal den RAF-Gefangenen selbst ist damit genutzt, daß die Diskussion über die Unmenschlichkeit ihrer Haftbedingungen von dem freudigen Gebrüll der reaktionären Medien übertönt wird: Die „linken Terroristen" haben wieder zugeschlagen! Endlich kann man wieder aufhören, über die Gefährlichkeit der Neonazi-Terroristen schreiben zu müssen. Und man kann wieder versuchen, die Staatsgewalt in den Augen der einfachen Menschen als „Hüter von Recht und Ordnung" hinzustellen — und das in einem Moment, wo gerade die Werktätigen zunehmend in eine Frontstellung gegen die Kapitalisten und ihren Staat kommen, wie in der machtvollen Tarifbewegung, im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze.

Das sollte sich jeder vor Augen halten, der mit derartigen Gedanken spielt, auch wenn es sich nicht gleich um Bomben handelt.

Aber man kann mit Sicherheit davon ausgehen: Hinter diesem „linken Terror" stecken in vielen Fällen rechte Kräfte. Dabei ist nicht nur an Neonazis zu denken, sondern noch eher ans BKA. Bereits 1974 tauchten während eines Hungerstreiks in den Gefängnissen plötzlich in den Schließfächern der Bahnhöfe fast täglich Bomben auf, die meist durch „mutige" Polizisten — die manchmal schon vor der „Entdeckung" am Fundort bereitstanden — unschädlich gemacht wurden.

Wenn sich Jugendliche durch den staatlichen Terror in das vielfach beschworene „Umfeld des Terrorismus" abdrängen lassen, ist das den Verantwortlichen nur Recht. Im Zusammenhang mit den Nürnberger Massenverhaftungen kam ein geflügeltes Wort auf: Strauß schafft sich seine Terroristen. Da ist sicher etwas Wahres dran.

Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der persönliche Haß auf diesen Staat umschlägt in den organisierten Kampf für die Interessen des Volkes, in die Organisierung des Massenkampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die RAF ist gescheitert und mußte scheitern, weil sie mit den Kämpfen des werktätigen Volkes nichts gemein hat und nichts zu tun haben will. Nur diese Kämpfe sind dem imperialistischen System gefährlich. In diesen Kämpfen für ihre revolutionäre Ausrichtung zu sorgen, ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei.

Dietrich Lohse

10 000 gegen NPD-Parteitag

NÜRTINGEN. — Aufgerufen hatte der DGB-Kreis Esslingen, gekommen waren mehr als 10 000 Antifaschisten: in der kleinen Stadt Nürtingen bei Stuttgart protestierten sie gegen den Landesparteitag der baden-württembergischen NPD.

„Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten — Aktionseinheit besiegt die Faschisten!" Die DGB-Jugend Esslingen machte auf Umhängeschildern deutlich, worauf es im Kampf gegen die Nazis und die Rechtsentwicklung in Westdeutschland ankommt. Auf dem Schillerplatz, wenige Meter von der Stadthalle entfernt, in der die Faschisten ihre Versammlung abhielten, fand die Kundgebung statt. Trotz massiver Proteste hatte Oberbürgermeister Bachofer den städtischen Raum der NPD zur Verfügung gestellt. In seiner Rede sagte Lothar Zimmermann (DGB) unter anderem: „Diese Partei und dazu andere extremistische Organisationen der alten und neuen Rechten gehören verboten!"



Politisches Sonderrecht praktiziert

Nürnberger Antifaschisten verurteilt

NÜRNBERG. — Zur gleichen Zeit, in der der bayrische Staat in Nürnberg sein Modell zur Niederschlagung der Jugendproteste vorstellte, fand dort auch ein Prozeß gegen vier Antifaschisten statt, die im September letzten Jahres gegen eine NPD-Wahlkampfveranstaltung protestiert hatten. Jetzt wurden sie verurteilt: Zu insgesamt sechs Monaten und einer Woche Gefängnis (drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt) und 2 500 DM Geldstrafe.

Bei der NPD-Kundgebung war ein starkes Polizeiaufgebot zum Schutz der Faschisten anwesend. Dabei kam es zu bezeichnenden Vorfällen. Bei einem Gerangel am Absperrseil wurde ein Antifaschist von einem Polizisten gepackt und festgehalten. Ein Nazi kam hinzu, und schlug dem Wehrlosen mitten ins Gesicht und blieb später, unbehelligt von den Polizisten, in der Nähe stehen.

Derselbe Antifaschist wurde später festgenommen und von zwei Polizisten abgeführt. Wieder wird er von einem Faschisten mehrmals ins Gesicht geschlagen.

Empörte Beobachter dieses Vorgangs zwingen einen Kripomann nach einiger Zeit, die Personalien des Schlägers aufzunehmen.

Inzwischen wurden beide Faschisten zu vier bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt, was einzig und allein der Hartnäckigkeit der antifaschistischen Zeugen zu verdanken ist. Die erste Szene war auch ganz eindeutig auf dem Polizeifilm zu sehen, der während des Prozesses vorgeführt wurde.

Dieser politische Prozeß verfolgte von Anfang an die Absicht, die Antifaschisten als Gewalttäger hinzustellen und verurteilen zu lassen. So hatte das Gericht massenhaft Belastungszeugen, meist Polizisten, vorgeladen, aber nur eine Entlastungszeugin — obwohl es mehrere gab, die dem Gericht auch bekannt waren. Die Polizisten hatten ihre Aussagen abgesprochen, gemeinsam den Polizeifilm von der Aktion angesehen und kurz vor Verhandlungsbeginn ihre im September protokollierten Aussagen noch einmal gelesen. Das Gericht lobte auch noch diese „gute Vorbereitung"! Dennoch widersprachen sich die Polizisten mehrmals. Wenn es um Einzelheiten ging, die die Angeklagten hätten entlasten können, konnten sie sich an nichts mehr erinnern.

Der Staatsanwalt als Zeuge

Die Anklageführung hatte bereits in dieser ersten Instanz Oberstaatsanwalt Horn übernommen, was die Bedeutung unterstreicht, die diesem Verfahren beigemessen wird. Horn war auch im September dabeigewesen. In Nürnberg ist es seit längerem so, daß bestimmte Staatsanwälte zu derartigen Kundgebungen hingehen — besonders wenn Strauß spricht oder die Neonazis auftreten — um vorhersehbare „Störungen" gleich mitzuerleben und zur Anklage schreiten zu können (nicht etwa, um die Reden der Faschisten auf strafbare Inhalte zu überprüfen)!

Und dieser Prozeß hatte noch eine Besonderheit: Staatsanwalt Horn, der persönlich die Anklage vertrat und die ganze Zeit im Gerichtssaal war, alle Zeugenaussagen mitbekam, trat schließlich selber als Zeuge auf! Natürlich wußte er nur Belastendes gegen die Angeklagten vorzubringen. Es störte ihn auch nicht weiter, daß er auf dem Polizeifilm unmittelbar neben einem Polizisten steht, der mehrmals auf einen Antifaschisten einschlägt! Er hatte auch eine Erklärung dafür: Polizeigewalt zur Brechung des Widerstandes ist gerechtfertigt, deshalb zeigt der Film auch nichts Besonderes. Das Vorgehen der Polizei im September habe er deshalb auch nicht im einzelnen beobachtet. Mit der Vernehmung des Staatsanwaltes in der beschriebenen Form wird einmal mehr politisches Sonderrecht praktiziert.

Bei der Urteilsverkündung entrollten die Zuschauer Transparente, riefen Parolen und sangen das Moorsoldaten-Lied. Richter und Staatsanwalt verließen den Saal und riefen die Polizei, aber diese fand den Gerichtssaal leer.

Die Nürnberger Antifaschisten befürchten, daß die Staatsanwaltschaft auch noch Berufung gegen das Urteil einlegen und damit eine noch härtere Bestrafung durchsetzen will. Außerdem laufen noch Verfahren, die der berüchtigte Polizeichef Kraus gegen Kritiker des Polizeieinsatzes im September angestrengt hat!

Mit den Nürnberger Antifaschisten fordern wir:

Freispruch für alle Antifaschisten!

Einstellung aller laufenden Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Antifaschisten!

Meldungen

Polizeischutz für Faschisten

LANDSHUT. — Gegen den Landeskongreß der faschistischen „Jungen Nationaldemokraten" protestierten nach einem Aufruf der Gewerkschaftsjugend etwa 350 Menschen mit einer Demonstration. In der Stadt stieß dieser Demonstrationszug mit den marschierenden Nazis zusammen, die Polizei kam zum Einsatz und verhaftete — einen Antifaschisten! Er ist inzwischen wieder frei. Bürgerkriegswaffen gegen Jugendliche, energischer Schutz für die Faschisten — das ist der Kurs der Polizei in Bayern, und nicht nur dort.

Nazis drohen mit Terror

KASSEL. — Mit „Gegenterror" hat eine „Aktion wehrhafter Demokraten" gedroht, wenn das Verbot der NSDAP nicht aufgehoben würde.

Dennoch ist nichts über Maßnahmen der Behörden gegen diese Nazi-Terroristen bekannt!

3 000 gegen Berufsverbote

KARLSRUHE. — Gegen die Berufsverbote demonstrierten am 11. April in Karlsruhe etwa 3 000 Demokraten.

Diese Demonstration war zunächst von der Stadtverwaltung verboten worden. Die Polizei durchsuchte Taschen und Kinderwagen von Demonstranten. Auf der Kundgebung sprachen verschiedene Politiker sowie Heiner Oxfort vom Hauptvorstand der IG DruPa.

Metaller im Atlantik-Hotel

HAMBURG. — Im letzten „Roten Morgen" druckten wir eine Korrespondenz aus Hamburg ab, in der ein Kollege von einer guten Aktion von Metallarbeitern berichtete. Als sich die Tarifverhandlungskommissionen der Kapitalisten und der IG Metall im Nobelhotel „Atlantik" trafen, präsentierten sie ihnen die Forderung der Belegschaft in den Metallbetrieben: Volle Durchsetzung der 8 Prozent!

Inzwischen schickte uns ein Kollege mehrere Fotos von der Aktion, von denen wir hier einige wiedergeben.



Vor dem Nobelhotel. In der Mitte am Transparent: Kollege Törk Hansen aus Lübeck, Vorstandsmitglied der Volksfront



Die Metaller demonstrieren

Veranstaltungen der KPD zum 1. Mai

Dortmund: 29.4. UM 19.30 Uhr, Haus Umland Dortmund/Dorstfeld, Wittener Str./B 1

Hamburg: 27.4. um 19.30 Uhr, Gaststätte Jarrestadt, Jarrestr.

Karlsruhe: 30.4. um 19.00 Uhr, Ort bitte im Buchladen „Linkskurve" erfragen. Tel.: 0721/848408

Ludwigshafen: 28.4. um 19.30 Uhr, Gaststätte Weißes Lamm, Friedrichstr. 19, Ludwigshafen-Oppau

Stuttgart: 1. Mai um 17.00 Uhr, Gaststätte Friedenau, Rothenbergstr.

Westberlin: 30.4. um 19.00 Uhr, Tarantel, U-Bahn Karl-Marx-Str.

Nazis schänden Bittermark-Denkmal



DORTMUND (Volkskorrespondenz). — In der Dortmunder Bittermark ermordeten die Hitler-Faschisten noch wenige Tage vor ihrem Untergang fast 300 Antifaschisten. Jedes Jahr am Karfreitag finden an dem nach dem Kriege errichteten Mahnmal antifaschistische Kundgebungen statt. Eine Woche vor den diesjährigen Aktionen beschmierten Neonazis das Mahnmal mit Hakenkreuzen und faschistischen Parolen. Bereits im letzten Jahr war es zur gleichen Zeit zu solchen Schmierereien gekommen. Dennoch unternahm die Stadt nichts zum Schutz des Mahnmals.

Am Mittwoch, 15. April, zogen etwa 100 Antifaschisten durch die Dortmunder Innenstadt und protestierten gegen die Naziumtriebe. Die Aktion war ganz kurzfristig angesetzt worden. Nazis raus aus unserer Stadt — wir haben den Faschismus satt!" so lautete eine der Parolen. Auf der Kundgebung sprach einer der RGO-Betriebsräte von Hoesch-Union, Kollege Hartmut Siemon. Er forderte unter anderem:

„Keine Genehmigung von NPD-Auftritten in Dortmund mehr! Schließung des Büros der ‚Grauen Wölfe' in der Haydnstraße! Strenge Bestrafung der Nazi-Schmierer von der Bittermark! Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda!"

Hartmut Siemon prangerte an, daß die Dortmunder Behörden nichts tun, „um den braunen Sumpf in unserer Stadt endlich trockenzulegen."

Die Aktion wurde von den Passanten sehr aufmerksam verfolgt und begrüßt. Die KPD unterstützte diese Demonstration ebenso wie die VOLKSFRONT.



Stop der Abrißpolitik

HAMBURG (Volkskorrespondenz). — Hier ein kurzer Bericht über die gestrige „Mieterdemo" hier in Hamburg. Veranstalter waren verschiedene Mieterinitiativen.

Um 11.00 Uhr sollte die Demo losgehen. Schon ab 9.00 bzw 10.00 Uhr jedoch hatten die Bullen mobil gemacht. Dutzende von Mannschaftswagen karrten ca. 1 500 Polizisten zum Abmarschplatz und entlang der Demo-Route.

Die umliegenden U- und S-Bahnhöfe wurden von Polizei abgeriegelt, mit dem Ziel, alle Hochkommenden zu kontrollieren, ob sie Helme dabei hätten — denn dieses schützende Bekleidungsstück war amtlich verboten worden. Am Kundgebungsplatz standen sie dann aufgereiht, die Schützer der Spekulanten und Kapitalisten, mit Helmen und Schildern, Kampfstiefeln und Knüppeln bewaffnet.

Sie wollten provozieren, um dann gegen die „Terroristen", „Kriminellen" und wie die Demonstranten sonst noch genannt werden vorzugehen. Ihr nächster Schritt war die Beschlagnahme des Lautsprecherwagens mit dem Argument, er müsse durchsucht werden, ob nicht gefährliche Stoffe in den Flaschen wären oder sonstige „Waffen".

Erst 1 1/2 Stunden nach dem geplanten Abmarschtermin konnten wir losziehen, war der Lautsprecherwagen wieder freigegeben worden, nachdem von den Demonstranten die ganze Straße besetzt worden war, um der Forderung nach sofortiger Herausgabe des Lautsprecherwagens Nachdruck zu verleihen.

Flankiert von Doppelreihen von Polizisten auf jeder Seite zogen die Demonstranten in Richtung Altona. Die Parolen wurden spontan ergänzt angesichts der immer stärker schwitzenden Bullen, denen die lange Strecke und der strahlende Sonnenschein sichtlich zu schaffen machte:

„Die Bullen müssen schwitzen, um das Kapital zu schützen" oder „110" (Telefonnummer der Polizei) — riefen einige Demonstranten und im Chor schallte es zurück: „Keine Freiheit unter dieser Nummer".

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......



☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Nachlese zur Fußballbegegnung
Albanien — Westdeutschland

Korrespondenz aus Albanien

von Johannes Vetter

Daß die westdeutsche Nationalelf besser als das albanische Team ist, bedarf wohl keiner besonderen Beweisführung; und abgesehen von einigen unverbesserlichen Utopisten gab es hier in Tirana auch niemanden, der ernsthaft an einen albanischen Sieg geglaubt hätte.

Das große Zauberwort „barazim" (unentschieden) bestimmte die Szene in den Monaten und Wochen vor dem großen Ereignis, ein Zauberwort, das, je näher der große Tag, der 1. April (!) rückte, geradezu magischen Reiz ausübte.



Schuster kommt zum Schuß. Der Ball landet im Netz.



Ballzauberer Rummenigge hatte es schwer bei der konsequenten Deckung der Albaner.



Vor dem Anpfiff im ausverkauften Qemal-Stafa-Stadion

Dabei war das albanische Fußballgemüt in letzter Zeit großen Belastungsproben ausgesetzt, man denke nur an die 0:5 Niederlage des albanischen Teams in Wien, das den Fans gehörig in die Knochen gefahren war. War es schon schlimm genug, daß der albanische Torhüter fünfmal hinter sich greifen mußte, so wurde der Mannschaft vor allem ihre ärgerliche Passivität angekreidet.

Dem Wiener Drama stand allerdings eine andere Tradition gegenüber, die aufs engste mit dem Zauberwort „barazim" verknüpft ist. Das legendäre 0:0 gegen den Vizeweltmeister 1967, aus dem sich die westdeutsche Elf mit ihrer ebenso haltlosen wie arroganten „Kartoffelackertheorie" herauszureden suchte.

Am 31 März 1981 äußerte sich der Bundestrainer gegenüber albanischen Journalisten wie folgt: „Ausgezeichnet, einen besseren Rasen sieht man kaum, wenn er noch einmal geschnitten wär, wär es vielleicht noch besser, aber in einem hervorragenden Zustand."

Auch diese 0:1 Niederlage der Albaner 1971 in Tirana ist durchaus dieser ruhmreichen Tradition zuzurechnen.

Und gerade diese Tradition war es, die, sozusagen als moralischer Anreiz, einige Minuten vor dem Anpfiff in dem bis auf den letzten Platz ausverkauften Stadionrund über die Lautsprecheranlage heraufbeschworen wurde. Der Stadionsprecher hielt Publikum und Mannschaft mit Pathos in der Stimme vor Augen, schließlich habe man damals solch großen Spielern wie Beckenbauer, Schnellinger und Gerd Müller erfolgreich die Stirn geboten (...) Damit war es auch offiziell besiegelt, die Parole „barazim" war ausgegeben.

Gerüchte wollten im übrigen wissen, daß auch die mittlerweile gänzlich neu formierte albanische Nationalmannschaft das feierliche Versprechen abgegeben hätte, mit allen Kräften für das „barazim" zu kämpfen. Und gekämpft haben sie, und zwar vorbildlich, obwohl Schuster ihnen das „barazim" zertrümmert hatte, doch dazu später.

Fast noch interessanter als das Spiel selbst waren die Ereignisse am Vortag. Als nämlich die westdeutsche Auswahl vom Flughafen Rians kommend vor dem Hotel Tirana eintraf, war auf dem Skanderbegplatz der Teufel los. Insbesondere die albanische Jugend zeigte sich genauso fußballbegeistert wie ihre Altersgenossen überall auf der Welt; da war keiner, der seinen Rummenigge, seinen Hrubesch oder seinen Schuster nicht genauso gut kannte wie die deutschen Jugendlichen auch.

Ein wirklich großartiger Empfang, besonders wenn man bedenkt, daß die Fußballer immerhin aus einem Land kamen, dessen Soldaten knappe 40 Jahre zuvor sengend und mordend durch Albanien gezogen sind, aus einem Land, dessen Regierung nach wie vor nicht daran denkt, die Kriegsschäden zu bezahlen.

Doch die Szene vor dem Hotel war erst der Anfang; was sich am Nachmittag ereignete, ließ Joachim Böttcher vom Hessischen Rundfunk zu der Einschätzung gelangen, das sei wohl einmalig auf der Welt. Denn als der amtierende Europameister am Nachmittag ein kurzes Trainingsprogramm absolvierte, war das „Qemal-Stafa-Stadion" gerammelt voll, 35 000 Menschen, dabei verfügt es offiziell nur über 30 000 Plätze.

Und mit demselben frenetischen Beifall, mit dem das fußballbegeisterte Publikum die Paradeeinlagen bejubelte, etwa wenn Hrubesch einen seiner effektvollen Flugkopfbälle zum Besten gab, mit derselben Begeisterung wurde am 1. April die eigene Elf gefeiert, vor allem in den ersten 20 Minuten der zweiten Halbzeit, als es den schwarz-rot-gekleideten Skipetaren gelang, die westdeutsche Auswahl durch eine Reihe stürmisch vorgetragener Angriffe in ziemliche Verlegenheit zu bringen.

Das Glück des Europameisters bzw. das Pech der Albaner war, daß die Stärke des albanischen Fußballs nicht im Angriff liegt. So endeten beispielsweise in der ersten Hälfte der laufenden Saison von den 91 Begegnungen der ersten Liga über 38 Prozent unentschieden; 17 davon 1:1, 11 sogar 0:0; bei diesen 91 Begegnungen wurden von den 14 beteiligten Mannschaften 173 Treffer erzielt, das macht 1,9 magere Tore pro Spiel, was den Leitartikler Nexhat Gjuzi zu der bangen Frage in der Zeitung „Sporti popullor" veranlaßte: „Wo bleiben die Stürmer?"

Unglücklicherweise passierte ausgerechnet in der albanischen Sturm- und Drangperiode das, was sich in der albanischen Tageszeitung „Bashkimi" folgendermaßen liest: „...danach die dramatisch Szene, als Pernaska ganz dicht vor dem Tor im Sechzehnmeterraum der Westdeutschen von Dietz festgehalten wird. Elfmeter? Der tschechoslowakische Schiedsrichter Wenzel blieb stumm in dem Augenblick, als uns schien, daß er pfeifen müßte!?..."

Was hier wirklich sehr vornehm ausgedrückt ist, war in der Tat eine handfeste skandalöse Fehlentscheidung, die die 30 000 albanischen Fußballfans zu Recht auf die Barrikaden brachte.

Sonderlob verdient die albanische Abwehr, vor allem Berisha, der Mannschaftskapitän, und Hysi, beide „Partizani Tirana"; sie machten Rummenigge bzw. Hrubesch durch harte kompromißlose Manndeckung das Leben schwer; solche Spieler können sich durchaus mit Bundesligaverteidigern messen.

Man kann Jupp Derwall guten Gewissens zustimmen, der direkt nach dem Spiel gegenüber albanischen Journalisten äußerte, verglichen mit den Spielen 1967 und 1971 in Tirana habe man es diesmal mit der stärksten albanischen Elf zu tun gehabt.

Schuster, der zweifache Torschütze, meinte nach dem Abpfiff: „Es ist genauso, wie ich gesagt habe, die Mannschaft von Albanien hat es uns schwer gemacht, und man hat es gesehen, wir haben nach dem 1:0 immer noch Schwierigkeiten gehabt, uns gegen die Albaner zu wehren..."

Nach dem Spiel herrschte eine gewisse Katerstimmung im Land, vermengt mit Wut auf den Schiedrichter; das Spiel aber hat gezeigt, wenn die Mannschaft kompromißlos kämpft, ist sie ein Gegner, den man ernstnehmen muß.

Jupp Derwall vor dem Spiel

Auf die Frage, ob die bundesdeutsche Mannschaft schon einmal einen solchen Empfang erlebt hat:

„Nein, nicht in dem Maße wie es hier gewesen ist, muß ich sagen. Das ist einmalig und das werden die Spieler auch so schnell nicht vergessen."

Zu seiner Meinung über die albanische Nationalmannschaft gefragt:

„Wir schätzen den albanischen Fußball sehr, weil er von der Technik her getragen ist, vom Spielerischen her; und schon von daher kann man hoffen, daß es vielleicht sogar zu einem sehr guten Spiel kommen wird."

Bernd Schuster, der zweifache Torschütze

„Ich fand es toll hier, vor allem die vielen Leute hier."

Nach dem Anpfiff meinte Schuster:

„Es ist genauso, wie ich gestern gesagt habe. Die Mannschaft von Albanien hat es uns schwer gemacht. Und man hat es gesehen: wir haben nach dem 1:0 immer noch Schwierigkeiten gehabt, uns gegen die Albaner zu wehren..."



Einen großen Empfang bereitete die Bevölkerung der bundesdeutschen Nationalelf in Tirana.



Bis auf den letzten Platz ist das Stadion gefüllt. Fußball ist auch in Albanien sehr populär.

Zur Lage in Polen (3)

Die polnische Arbeiterklasse geht einen schweren Weg

In dieser Ausgabe bringen wir die abschließende Folge unserer Serie über Polen. In der letzten Folge wurde unter anderem dargestellt, welche Folgen ein sowjetischer Überfall auf Polen hätte: Ende der sogenannten Entspannungspolitik; Einfrieren der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen; Stärkung der amerikanischen Hegemonie im westlichen Lager und Auftrieb für die Revanchisten in Westdeutschland; Verlust des bereits stark angekratzten Ansehens der Sowjetunion in der „Dritten Welt“.

Das alles ist den Herren im Kreml bekannt. Doch befinden sie sich in einer Zwangslage. Was sollen sie tun? Eine Zerschlagung der revisionistischen Herrschaftsstrukturen des polnischen Staates, ein Abdriften Polens in Richtung Westen, ein Ausscheren aus dem Warschauer Pakt würden und könnten sie nicht hinnehmen. Wären doch dadurch die Verbindungswege zur DDR unterbrochen, bestünde doch die Gefahr, daß das polnische Beispiel bei ihren Satelliten in Osteuropa Schule machen könnte. Deshalb ihre Politik von Zuckerbrot und Peitsche: Einerseits die neuen sowjetischen Milliardenkredite an Polen, die Tag für Tag laufenden Lebensmittellieferungen und Rohstoffe für die industrielle Produktion sowie der Druck auf die anderen Satelliten, wie die DDR, von ihrem Konsumgüterangebot Sonderlieferungen nach Polen abzuzweigen. Andererseits indirekte Drohung durch die Manöver, die Stationierung weiterer Truppen auf polnischem Boden, die Kommentare der sowjetischen Presse die ihren Ton gegen die „Solidarität“ verschärften. So warf die Nachrichtenagentur Tass der Gewerkschaft vor, sich in eine „dem Sozialismus feindlich gesinnte politische Partei“ verwandeln zu wollen, der es um die Durchsetzung antisozialistischer Forderungen gehe. Dem KOR wird vorgeworfen, nach der Macht zu greifen. Die dort organisierten Konterrevolutionäre hätten die Kontrolle über die „Solidarität“ übernommen. Was ja bedingt richtig ist, aber eben nur bedingt. Nur, daß es einem Antisozialisten schlecht ansteht, einen Antisozialisten Antisozialist, daß es einem Revisionisten schlecht ansteht einen anderen Revisionisten Revisionist oder auch Konterrevolutionär zu nennen.

Hoffnung auf Kania

Die Sowjetunion hofft — wie schon gesagt — daß es den Kania und Jaruzelski selbst gelingen möge, die polnische Krise zu meistern und daß — wenn schon eingegriffen werden muß — erst einmal polnische Truppen gegen polnische Arbeiter marschieren, Das hofft der Westen, das hoffen die Bundesrepublik und Frankreich auch. Nicht gerade, daß die polnischen Truppen marschieren, aber doch, daß es nicht zum sowjetischen Eingreifen kommt. Eben zum Teil aus den gleichen Gründen wie die Sowjetunion.

Denn damit wäre die so hoch gepriesene sogenannte Entspannungspolitik, die „neue Ostpolitik“ der SPD/FDP-Koalition im Eimer, und Strauß wie Kohl würden jubeln. Diese Politik des westdeutschen Imperialismus, vor allem der Kreise der Montan- aber auch der chemischen und anerer Industrien beruht darauf, sich einmal die Absatzmärkte des Ostens zu erschließen, durch Kapitalinvestitionen an der Ausbeutung der Arbeiterklasse dieser Länder teilzunehmen und sich zum anderen neue Rohstoffquellen zu sichern. Das geplante Erdgasgeschäft, die Lieferung von Röhren in einer Größenordnung von über 20 Milliarden Mark gegen den Bezug von Erdgas ist ein typisches Beispiel hierfür. Würde es doch langfristig dem Mannesmann-Konzern große Gewinne sichern, zum anderen die Abhängigkeit vom Erdöl, von der Diktatur der amerikanischen Ölmultis verringern, was natürlich nicht in deren Interesse liegt.

Politisch bauten und bauen die westdeutschen Imperialisten auf eine innere Zersetzung der Länder des Ostens, versuchen sie ihren Einfluß auf die Satelliten der Sowjetunion zu verstärken und deren vielfältigen Bindungen an Moskau zu schwächen. Die zahlreichen Besuche hoher westdeutscher Politiker in diesen Ländern sprechen hierfür. Insofern kam Bonn die derzeitige Entwicklung in Polen gelegen aber nur insoweit, als daß sie nicht zu einem militärischen Eingreifen der Sowjetunion führte.

Schon heute bangen die westdeutschen Banker um ihre in Polen investierten Milliarden und befürchten, angesichts der offenkundigen polnischen Zahlungsunfähigkeit Auswirkungen auf die westlichen Geldinstitute. Diese und wahrscheinlich auch die anderen im Osten investierten Milliarden könnten sie in den Wind schreiben, käme es zu einer sowjetischen Invasion in Polen mit all ihren heute schon seitens der USA und der NATO angedrohten Strafmaßnahmen wie: Ende der Abrüstungsverhandlungen, Embargo für alle bereits zugesagten Lieferungen an die Sowjetunion, Ende der innerdeutschen Verhandlungen, verstärkte amerikanische Waffenlieferungen an den Moskau-Feind China und möglicherweise Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Moskau.

NATO-Generalsekretär Joseph Luns warnte: „Ein sowjetisches Eingreifen in Polen würde die Entspannung in Europa für lange Zeit beenden.“ Und man hat den Eindruck, Washington, das Pentagon sehne diesen Zustand, die Rückkehr zum sogenannten kalten Krieg lieber heute als morgen herbei. Liest man die amerikafreundliche Springer-Presse, reaktionäre scharfmacherische Boulevardblätter wie „Bild“, „Bild am Sonntag“ oder auch die „Welt“, so hat man ständig den Eindruck, morgen, spätestens übermorgen ginge es los:

„1 Million Russen einmarschbereit“

21.9.80: „Sowjetischer Truppenaufmarsch an den polnischen Grenzen! Moskau hat in Westrußland und an der ‚DDR‘-Grenze zu Polen in den letzten Tagen 30 Elitedivisionen in Alarmbereitschaft versetzt... seit Dienstag sowjetische Pandereinheiten und Truppenverbände Nacht für Nacht unterwegs... übereinstimmende Marschrichtung: die polnische Grenze.“

9.12.80: „Polen. Die Welt in Angst. 1 Million Russen einmarschbereit. Ziel: 60 Flugplätze, 3 Häfen. Carters letzte Warnung. Weihnachtsurlaub für NATO-Flotte gestrichen. US-Regierung: ‚Die Vorbereitungen für eine sowjetische Intervention in Polen sind offenbar abgeschlossen‘. Es ist möglich, daß der Einmarsch als ‚Manöver‘ getarnt wird... Die Landstreitkräfte dringen aus Brest (UdSSR), Frankfurt/Oder (‚DDR‘), und Ostrau (CSSR) gegen Warschau und Kattowitz vor.“

10.2.81: „Washington rechnet mit Einmarsch der Russen. Im amerikanischen Außenministerium verstärkt sich der Eindruck, daß die Sowjets die anhaltenden Unruhen in Polen mit einer militärischen Intervention beantworten werden. Das State Department gründet seine Analyse auf die Annahme, daß der kommunistische Machtapparat Polens die Gewalt über die Ereignisse verloren hat.“

23.3.81: „Das Schicksal Polens entscheidet sich in den nächsten 36 Stunden.“ 29.3.81: „US-Präsident Reagan sagte den Urlaub ab. Geheimdienste: Heute droht Russen-Invasion! Die dramatische Nachrichten jagen sich: Der Luftraum über Polen wurde in der Nacht zum Sonntag gesperrt... Alle sowjetischen Verbände in und um Polen sowie ‚DDR‘-Panzerdivisionen erhielten Befehl: ab Sonntag morgen 4.30 fertig zum Abmarsch! 20000 sowjetische Elite-Fallschirmjäger stehen in Ostpreußen einsatzbereit an den Maschinen... Am Freitag erklärte der Papst spontan: ‚Ich muß sofort nach Polen!‘ Alle Versuche des Heiligen Vaters, mit Breschnew telefonisch zu sprechen, scheiterten...“

6.4.81: „NATO warnt Moskau vor Einmarsch. Die ‚Washington Post‘ behauptet unter Berufung auf US-Geheimdienst-Informationen, daß die Sowjets 12 bis 15 Divisionen zum Einmarsch in Polen bereithalten. Moskau soll damit begonnen haben, eine ungenannte Zahl von Transportflugzeugen auf sowjetischen Luftstützpunkten innerhalb Polens zu verlegen,“ usw., usf.

Wozu diese Sensationsmache, dieses ständige Anheizen der Stimmung? Es soll ein Klima sowohl in den USA als auch in Westeuropa geschaffen werden, das es den Scharfmachern und Kriegstreibern im Weißen Haus, den Reagan, Haig, Weinberger erleichtern soll, ihre Politik der Aufrüstung, der Militarisierung und der Rückkehr zum kalten Krieg durchzusetzen. Eine Politik, die den Rüstungskonzernen, deren Mann Reagan ist, Milliarden- und Abermilliardenprofite verspricht.

Am liebsten wäre es den US-Imperialisten, sie könnten diese Politik und die angedrohten Strafmaßnahmen gegen die Sowjetunion wie das Ende der Abrüstungsverhandlungen, der Politik der sogenannten Entspannung, ihren europäischen Verbündeten gegenüber bereits heute schon durchsetzen, ohne auf den erwünschten, doch sich ständig verzögernden Einmarsch der Sowjets in Polen warten zu müssen. Dabei stießen sie jedoch auf deren Widerstand.

Dieser verhaltene Widerstand der SPD/FDP-Regierung wäre jedoch nicht mehr aufrechtzuerhalten, käme es zum sowjetischen Einmarsch in Polen. Das wäre dann die Stunde der CDU/CSU-Opposition, des Erzreaktionärs und Reagan-Freundes Strauß, die ja bereits heute der Regierung das Scheitern ihrer Ost-, ihrer „Entspannungspolitik“ vorwerfen, und die wie die Reagan-Regierung an einer verstärkten Militarisierung und Faschisierung interessiert sind.

Übereinkommen der Supermächte

Womit jedenfalls nicht zu rechnen ist, daß es im Falle eines sowjetischen Einmarsches in Polen zu einem heißen Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt käme. So erklärte NATO-Generalsekretär Luns, daß ein Einschreiten der Sowjetunion zur Beendigung des polnischen Strebens nach Pluralismus zu keiner militärischen Reaktion des westlichen Bündnisses führen würde. Und US-Kriegsminister Weinberger antwortete auf die Frage, ob ein sowjetischer Einmarsch eine militärische Reaktion des Westens nach sich ziehen würde: „Es gibt keine sogenannte militärische Antwort. Wenn wir von Reaktion sprechen, meinen wir wirtschaftliche, politische und diplomatische Aktionen.“

Schon lange besteht ein stillschweigendes Übereinkommen zwischen den USA und der Sowjetunion, was ein militärisches Eingreifen in deren jeweilige direkte Interessenssphäre betrifft: für die Sowjetunion das Gebiet der Warschauer-Pakt-Länder, für die USA Mittel- und Lateinamerika. Hier lautet die Devise: tust Du mir nichts, tu ich Dir nichts, was sich beispielsweise anläßlich des Einmarsches von Sowjettruppen in die CSSR zeigte.

Solche Aggressionsakte im eigenen direkten Einflußgebiet schließen jedoch nicht aus, daß die andere Supermacht die günstige Gelegenheit wahrnimmt, um in ihrem Gebiet etwaige Schwierigkeiten auszuräumen. Z.B. im Falle einer Sowjetinvasion in Polen läge ein verstärktes militärisches Eingreifen der USA in El Salvador, Nicaragua oder eine Neuauflage der Schweinebuchtaktion gegen Cuba nahe. Ein direktes militärisches Eingreifen der USA gegen Cuba, wie es kürzlich der Oberbefehlshaber der amerikanischen Atlantikflotte, Admiral Harry D. Train androhte, dürfte dagegen schwierig sein, denn immerhin besitzt die Sowjetunion das Faustpfand der „Insel“ Westberlin.

Sicher würden solche Aggressionen der Supermächte den Widerstand der Bevölkerung der überfallenen Länder hervorrufen. Polen ist nicht die Tschechoslowakei und auch in Nicaragua würden einfallende USA-Truppen oder -Söldner blutig empfangen. Ein großer Krieg zwischen den Supermächten würde sich jedoch eher dort entzünden, wo sei keine klar abgegrenzte Interessensspähre haben, wo jeder den anderen zurückdängen beziehungsweise in dessen Interessengebiete einzudringen versucht wie z.B. in den Regionen des Nahen- und Mittleren Ostens, Afrikas und Asiens.

Die klassische revolutionäre Situation

Doch wie nun weiter in Polen? Es stehen sich unversöhnlich gegenüber das polnische Proletariat mit seinen Bündnispartnern, das nicht mehr so leben will wie bisher und die polnische neue Bourgeoisie, die herrschende Klasse,die nicht mehr so herrschen kann wie bisher. Die klassische revolutionäre Situation, die sich — wenn es den Herrschenden nicht gelingt sie in den Griff zu bekommen — noch weiter verschärfen wird. Und dafür spricht die wirtschaftliche Lage Polens.

Trotz Rationalisierung und Ausgabe von Lebensmittelkarten besteht die Knappheit an Grundnahrungsmitteln fort. Der schwarze Markt, auf dem sich die Wohlhabenden eindekken, blüht nach wie vor. Daran können auch die Razzien der Polizei nichts ändern, zumal diese nur einen kleinen Teil der beschlagnahmten Waren abliefert. Polen steht am Rande einer Hungersnot. Nach vertraulichen Analysen rechnet Warschau damit, daß es der Bevölkerung in den kommenden Jahren noch erheblich schlechter gehen wird als bisher. Nicht umsonst warnte Ministerpräsident Jaruzelski vor dem polnischen Parlament: Die wirtschaftliche Lage sei schlimmer, als er sich das je vorgestellt habe. Der Inlandsmarkt sei zusammengebrochen, und man müsse alles tun, damit die Nation ohne Hunger überleben könne.

Doch wie das geschehen soll, darüber sind sich die Herrschenden recht uneinig. Selbst in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei herrschen diesbezüglich verschiedene Auffassungen. Da sind einmal die „Gemäßigten“, Parteichef Kania, Ministerpräsident Jaruzelski, sein Stellvertreter Rakowski und andere. Sie, die derzeit noch die Rückendeckung der Sowjetunion genießen (was sich schnell ändern kann, wenn sie mit der Lage nicht fertig werden) zielen auf eine Politik des Kompromisses mit den Führern der „Solidarität“ wie Lech Walesa und der katholischen Kirche.

Dabei wenden sie die Taktik aller Kapitalisten an, die sich in Schwierigkeiten befinden. Sie benutzen die Krise, um den Arbeitern einzureden, in solch einer Situation dürften sie keinesfalls zu Kampfmaßnahmen wie Streiks etc. greifen, da dies ihre Lage nur verschlimmern könnte. Im Volk versuchen sie die These zu verbreiten, Schuld an der gegenwärtigen katastrophalen Wirtschaftslage seien eben jene radikalen Kräfte in der „Solidarität“, im KOR, die Polen in Anarchie und Chaos stürzen, die sich nicht mit dem, was erreicht worden sei, begnügen wollten. Sie werden dabei nach dem Motto aller Handlanger des Kapitals in den Gewerkschaften „in der Krise darf man nicht streiken“, Kapital und Arbeiterschaft müßten jetzt zusammenhalten, um Schlimmeres zu vermeiden, von Leuten wie Walesa unterstützt.

Dann gibt es da jene in der PVAP, die Olszowski, Grabski u.a., die ein härteres Vorgehen gegen die Arbeiterklasse für angebracht halten. Sie stützen sich dabei auf jene Hunderttausende mittlerer und höherer Parteifunktionäre, Staatsbürokraten, Polizeibeamte, Geheimdienstleute, Privilegierte des Regimes aller Schattierungen, die um ihre Privilegien, ihre Sonderrechte zittern. Sie fürchten sich am meisten vor den Arbeitern der „Solidarität“, die die Rolle der Aufdeckung von Mißständen, Korruption, Vetternwirtschaft, Bestechung, übernommen haben. Die den Rücktritt dieses oder jenes Funktionärs oder Amtsträgers fordern und die dazu dessen Verfehlungen öffentlich bekanntmachen.

In der Aussicht, selbst vielleicht der Nächste zu ein, üben sie einen starken Druck auf die Parteiführung um Kania aus, kritisieren deren Langmut und fordern, das Treiben der „Solidarität“ endlich zu stoppen. Hier ist es vor allem der Polizei- und Geheimdienstapparat, der, wenn die Entwicklung so weiter geht, seine Herrschaft gefährdet sieht. Er, der über direkte Kontakte zur sowjetischen Führungsmacht verfügt, versucht durch Provokationen wie die von Bydgoszcz u.a. deren Eingreifen zu provozieren. Grabski war es, der anläßlich des 8. Plenums des ZK der PVAP die Sache umzudrehen versuchte und sagte:

„Die von ‚Solidarnosc‘ organisierten Streiks mit politischem Charakter und politischen Zielen haben nichts mit der Gewerkschaftsarbeit gemein und stellten eine krasse Provokation dar.“ Sicher, für Schieber, Betrüger, Verbrecher stellt das Aufdecken ihrer Verbrechen gegen das Volk eine Provokation dar, erst recht aber ein Streik, um ihre Absetzung zu erzwingen.

Der Meinung sind offensichtlich auch jene 1,5 Millionen PVAP-Mitglieder, die sich entgegen aller Warnungen ihrer Warschauer Parteizentrale, fast ausnahmslos als Mitglieder der „Solidarität“ an dem vierstündigen Warnstreik gegen die Vorfälle von Bydgoszcz beteiligten. Ihre Haltung drückte anläßlich einer Diskussion im ZK der PVAP das Mitglied Janina Kostrzewska — Monteurin im Computerzentrum „Mera-Elwor“ folgendermaßen aus:

„Unsere Parteiorganisation hat die Ereignisse von Bydgoszcz als klare Vergewaltigung der Verfassung sowie der bürgerlichen Freiheiten und Rechte angesehen... Es ist unverständlich, warum viele Stimmen der Vernunft die Führung unserer Partei nicht überzeugen können.... Meine Parteiorganisation hat an dem Streik vom Freitag teilgenommen. Sie war sich darüber klar, daß wir gegen die Parteidisziplin verstoßen. Aber wir sind ein Teil der Arbeiterklasse und treten niemals gegen diese Klasse auf.“

Arbeiter und Parteimitglieder waren es, die Parteichef Kania anläßlich einer Debatte auf der Lenin-Werft fragten, warum abgelöste Parteisekretäre weiter Mitglieder des ZK seien und die eine Besetzung von Führungspositionen in der Partei mit völlig neuen Leuten forderten. Nur wird das schwer möglich sein. Eher geht ein Ka-

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

mel durch ein Nadelör, als daß die revisionistischen Bonzen auf ihre Stellung und ihre Privilegien verzichten. Und doch zeigen uns diese Diskussionen, wie tief der Wille zur Veränderung, zur Schaffung neuer gerechterer Verhältnisse die polnische Arbeiterklasse bis hinein in die Reihen der Partei erfaßt hat.

Das bekam auch Lech Walesa — von dem westliche Geheimdienste befürchten, daß seine Stunden als Gewerkschaftvorsitzender gezählt sind — auf der Warschauer Sitzung der Führung von „Solidarität“ zu spüren, als er den Streikverzicht anläßlich der Ereignisse von Bydgoszcz durchzusetzen versuchte. Jan Rulewski, einer der drei bei den Zusammenstößen mit der Polizei schwerverletzten Gewerkschafter, warf ihm „Verrat an den Interessen der Gewerkschaft“ vor. Erst durch die Drohung mit seinem Rücktritt gelang es Walesa eine Mehrheit zu finden.

Dennoch bestehen die Spannungen innerhalb der „Solidarität“ fort. Ihr Sprecher, Karol Modzelewski, erklärte seinen Rücktritt, Der Sekretär des Landeskoordinierungs-Ausschusses, Andrzej Cielinski, wurde ausgeschlossen. Ebenso die „Solidaritäts“-Vorsitzende von Gdansk, Anna Walentynowcz, deren Entlassung aus der Lenin-Werft im Sommer vergangenen Jahres die großen Streiks ausgelöst hatte. Man warf ihr vor, „die Autorität von Lech Walesa zu untergraben“. Es mehren sich die Stimmen in der „Solidarität“, die sich gegen die selbstherrliche, kompromißlerische Haltung wenden. Der Grund hierfür ist klar. Bisher wurde nur, obwohl fast ein Jahr vergangen ist, ein Teil der Forderungen des 21-Punkte-Prokommens von Danzig erfüllt.

Das polnische Dilemma

Die Lage in Polen ist kompliziert. Innerhalb der Gewerkschaft „Solidarität“ gibt es verschiedene Strömungen. Da sind einmal die Millionen und Abermillionen polnischer Arbeiter, die nicht mehr so leben wollen wie bisher. Sie haben die ganze Unfähigkeit und Korruptheit des polnischen revisionistischen Systems in langen Jahren erlebt. Sie haben erlebt, daß weder die Absetzung Gomulkas noch Giereks einen Änderung ihrer Lage bewirkt haben. Und sie trauen auch Kania nicht über den Weg. Sie haben sich in einem ersten, bewußten Schritt wie viele Arbeitergenerationen vor ihnen, in ihrer Gewerkschaft organisiert. Und es ist nur verständlich, daß sie neben den wirtschaftlichen auch politische Forderungen erheben, daß sie die Mißstände angreifen dort, wo sie sie sehen. Soll man ihnen zurufen: Das dürft ihr nicht, euer Streik gegen Übergriffe der Polizei, gegen den korrupten Wojwoden oder Parteisekretär, für die Belegung von Prominentensanatorien mit Arbeitern, könnte das Eingreifen der Sowjetunion provozieren und damit den USA in die Hände arbeiten? Das kann man nicht.

Das Dilemma in Polen, das Dilemma in allen revisionistischen Ländern ist, daß die herrschenden Cliquen, die neue Bourgeoisie, dadurch, daß sie ihr Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem als sozialistisch, als marxistisch-leninistisch ausgeben, diese Begriffe in den Augen der Werktätigen in einem großen Ausmaß diskreditiert haben. Der polnische Arbeiter lehnt in seiner übergroßen Mehrheit den „Sozialismus“, das, was er darunter versteht, was er tagtäglich sieht, entschieden ab. Nur ein sehr kleiner, bewußter Teil sieht den Unterschied zwischen dem, was uns der Marxismus-Leninismus lehrt und dem, was in Polen existiert. Dieser Umstand wird von antisozialistischen Kräften sowohl in der Führung von „Solidarität“ als auch außerhalb ausgenutzt, um die Arbeiter vom ostkapitalistischen Regen in die westkapitalistische Traufe zu führen.

Es ist unverkennbar, daß sich in Polen, begünstigt durch die Entwicklung, die übelsten reaktionären Kräfte regen. So, wenn man liest, daß sich in Warschau 5000 Menschen zum Gedenken an den faschistischen Marschall Pilsudski, seines Sieges über die Rote Armee vor 60 Jahren versammelten. Das ist blanker Chauvinismus und hat nicht das geringste mit dem berechtigten Zorn der polnischen Arbeiter über die heutige sowjetische Unterdrückung zu tun. Es ist blanker Chauvinismus, wenn die katholische Kirche Polens zu einer Totenmesse für eben diesen Faschisten Pilsudski einläd und ihn als den Vater der polnischen Unabhängigkeit feiert. Und das geschieht offiziell mit Billigung der Regierung. Da spricht kein Grabski, kein Kania von konterrevolutionärer Tätigkeit wie bei der „Solidarität“.

Die polnische Arbeiterklasse wird sich ihre Partei schaffen

Die polnische Arbeiterklasse geht einen schweren Weg. Es herrscht in ihren Reihen eine große politische wie ideologische Verwirrung. Es gibt nur wenige Marxisten-Leninisten, es gibt keine marxistisch-leninistische Partei, die allein in der Lage wäre, die polnische Arbeiterklasse zum Sieg, zur Wiedererrichtung der proletarischen Diktatur zu führen. Das hat nichts damit zu tun, daß es sehr wohl eine nicht unbeträchtliche Zahl revolutionärer polnischer Arbeiter bis hinein in die Reihen der PVAP gibt. Und auch der Verrat der modernen Revisionisten kann auf die Dauer nicht verhindern, daß es seitens der Arbeiterklasse ein spontanes Streben zu einer neuen für sie gerechten Gesellschaftsordnung, zum Sozialismus gibt.

Wenn es der Kania-Jaruzelski-Führung nicht gelingt, die katastrophale wirtschaftliche Lage in Polen in den Griff zu bekommen, die „Solidarität“ zu zersetzen, ist es durchaus möglich, daß es zu weiteren größeren Streiks, zu einem Aufbegehren der polnischen Arbeiterklasse kommt, die sie gezwungen sein wird mit eigenen Streitkräften oder durch ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion niederzuschlagen. Selbst eine die herrschende Klasse kontrollierende Gewerkschaft, kann die Sowjetunion auf die Dauer nicht dulden, soll das Beispiel nicht in anderen revisionistischen Ländern Schule machen.

Die revolutionäre polnische Arbeiterklasse aber wird ihren schweren Weg durch Siege und Niederlagen gehen müssen. Sie wird Erfahrungen sammeln und sich von prokapitalistischen Führern und Verrätern wie Lech Walesa u.a. trennen. Sie wird sich in den kommenden Kämpfen aus ihren Reihen die eigene Vorhut schaffen, die neue kommunistische Partei, ohne deren Existenz ein Sieg in der Sozialistischen Revolution nicht möglich ist.

Martin

Die Sowjetunion nach dem 26. Parteitag

Eine katastrophale Bilanz der Revisionisten

Eigentlich, ginge es nach den Erklärungen der sowjetischen Revisionisten, müßte sich die UdSSR heute bereits im Kommunismus befinden. So ließ es Nikita Chruschtschow 1961 in das damalige Parteiprogramm schreiben, das schließlich auch von den Politbüro-Mitgliedern Breshnew, Suslow und wie sie alle heißen, befürwortet wurde. Gemessen an der Realität erweisen sich diese Versprechungen heute als dermaßen lächerlich, daß man es vorzog, dieses Parteiprogramm, seit Jahren verschwiegen, jetzt zu ändern.



Luxusleben der neuen Bourgeoisie in Moskau

Denn das Bild, das Breshnew und Tichonow in ihren Berichten von der heutigen Lage zeichnen mußten, ist dermaßen eindeutig und katastrophal, daß der „Kommunismus“ für die Völker der UdSSR entfernter denn je in den letzten 25 Jahren erscheinen muß, und genau so ist es auch. Für die Moskauer Herren Anlaß der Kritik an ihren Untergebenen, ist dieser Zustand für die westliche Propaganda eine neue Quelle der Hetze gegen den Sozialismus. Denn so bezeichnen sie das System der Diktatur der neuen Bourgeoisie in der UdSSR ebenso wie die dortigen Machthaber.

Kein einziges der Ziele des zehnten Fünfjahrplanes wurde erreicht. Die Industrieproduktion wuchs um ein Drittel weniger, die landwirtschaftliche sogar um die Hälfte weniger als geplant. Lohnerhöhungen wurden einmal mehr nicht gewährt, und die Getreideernte erforderte erneut Importe.

Nun ist dies nichts Neues, seit vor 25 Jahren Nikita Chruschtschow die Macht einer neuen Ausbeuterklasse errichtete, um dann selbst abserviert zu werden. Der erste Plan Chruschtschows beispielsweise, der laut damaligem Parteitag seine Genialität zeigte, sah von 1959 bis 1965, in sieben Jahren also, eine Steigerung der Landwirtschaftsproduktion um 70 Prozent vor — erreicht wurden knappe 14 Prozent. Und: Kossygin versprach auf dem 23. Parteitag 1966 die Einführung eines Mindestlohns von 70 Rubel bis 1970. Auf dem nächsten Parteitag, 1971, versprach derselbe Kossygin die Abschaffung der Besteuerung für alle Löhne **unter** 70 Rubel...

Daß die Pläne der Verbrauchsgüterindustrie „in Keinem Jahr erfüllt werden“ wie Breshnew eingestand, ist für die sowjetischen Werktätigen seit langem spürbar. Neu an dieser wirtschaftlichen Entwicklung aber ist, daß auch in zentralen, strategischen Bereichen die Planung bei weitem nicht erfüllt wurde.

Der neue Plan sieht für das Jahr 1985 die Förderung von 640 Millionen Tonnen Erdöl vor — was vor fünf Jahren für 1980 auch schon geplant war. Erreicht wurden lediglich 603 Millionen Tonnen. Ebenfalls mehr als fünf Prozent unter Plan blieb die Kohleförderung mit 719 Millionen Tonnen statt geplanter 757 Millionen.

Jagd nach Rohstoffen

Mit diesen Zahlen ist die UdSSR aber trotzdem der weltgrößte Erzeuger von Erdöl und Kohle, wie auch von Erdgas. Bei den 25 wichtigsten Metallen und Mineralien der modernen Industrie liegt das Riesenland stets unter jenen fünf Staaten, die die größte Produkton aufweisen. Die Vorkommen und Reserven sind enorm und auf dem gewaltigen Territorium werden noch große Bodenschätze entdeckt werden; zwischen dem Ural und Sachalin ist die Erforschung noch längst nicht am Ende.

Im Jahr 1978 lieferte die UdSSR 21 Prozent der Weltproduktion an mineralischen Rohstoffen, die USA hatten 14 Prozent Anteil, Südafrika 11 Prozent und Kanada 7 Prozent.

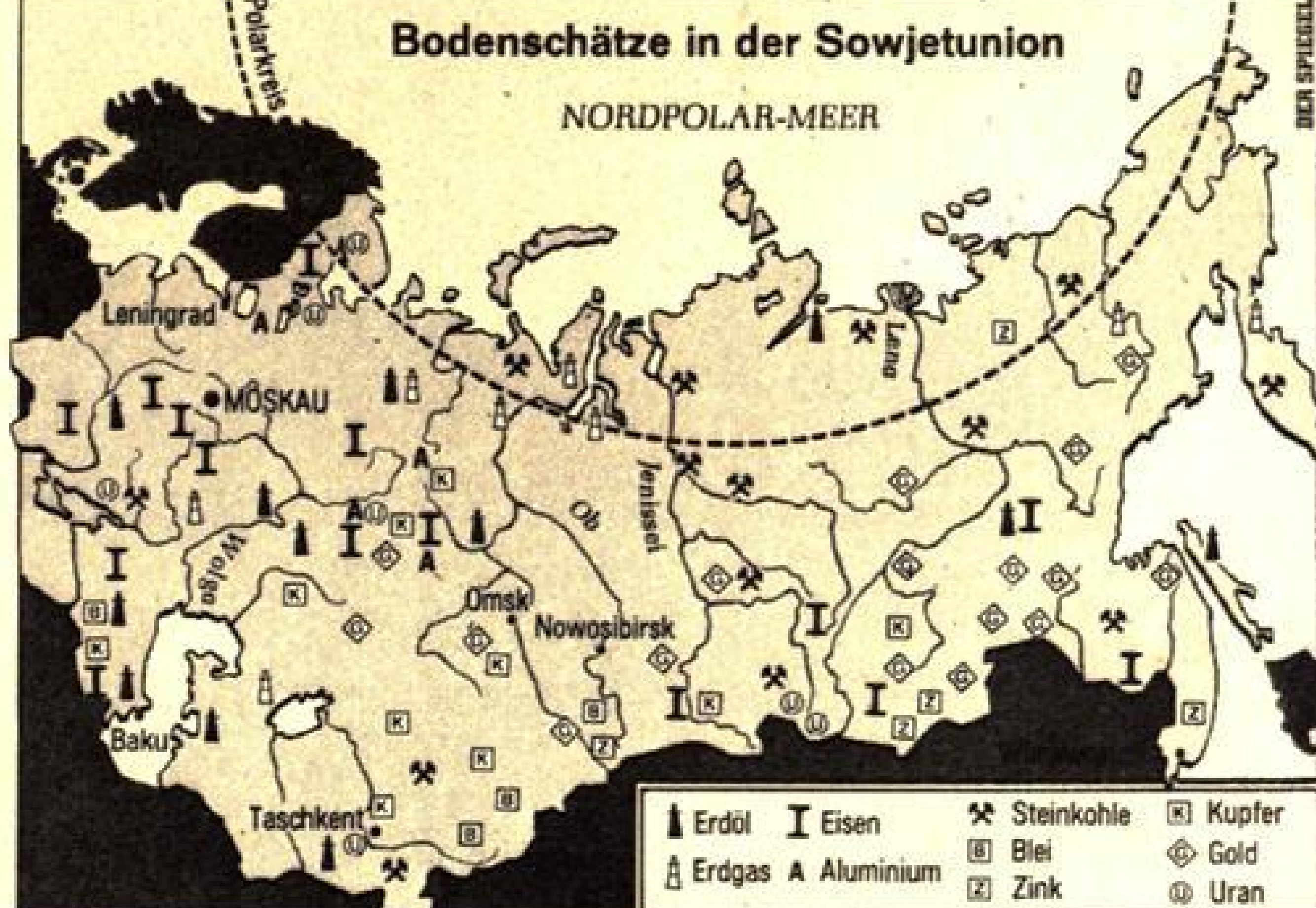
Warum also?

Warum ist die Wirtschaft eines so reichen Landes in einem dermaßen erbärmlichen Zustand; warum ist die UdSSR nach Polen mit seiner Westschuld von 14 Milliarden Dollar der zweithöchst verschuldete Staat innerhalb des RGW?

Manchem mag es nun vereinfacht klingen, wenn man darauf mit einem Wort antworten will: Revisionismus. Die grundlegende Änderung des Systems und des Ziels der sowjetischen Wirtschaft nach dem Machtantritt der Chruschtschowianer ist aber tatsächlich die Ursache für den heutigen Zustand. Und dies kann man leicht nachvollziehen.

Drei Maßnahmen traf die neue Parteiführung unmittelbar nach ihrer illegalen Machtergreifung. Zuerst wurde ein Gesetz erlassen, das die gesamte Erzeugung von Rohstoffen, deren Umfang und Ort unter Geheimhaltung stellte — dies diente nach Chruschtschows eigenen Worten der Sicherung der sowjetischen Atomstreitmacht. Dann wurde damit begonnen, diese Mineralien in die westlichen imperialistischen Länder zu exportieren. Der exportierte Anteil an der Erzeugung stieg von 1950 bis 1970 bei Eisen von 8 auf 21 Prozent, bei Aluminium von 5 auf 44 Prozent, bei Kupfer von 10 auf 22 Prozent und bei Phosphaten von 20 auf 36 Prozent.

Vor allem: mit dem 22. Parteitag von 1961 wurde das ursprüngliche sowjetische Ziel der Selbstversorgung aufgegeben und begonnen zu importieren. Die ersten Leidtragenden waren Ungarn und Kuba. Diese mußten ihre sämtlichen Bauxit- und Nickelvorkommen an die UdSSR verkaufen, um die verarbeiteten Erzeugnisse in typisch kolonialer Manier zurückzukaufen.



Mit der ökonomischen „Reform“ von 1965, mit der die Rentabilität der Betriebe einziger Maßstab wurde (und von der die Prawda am 28.9.65 ausdrücklich versicherte, dies habe nichts mit Marktwirtschaft zu tun) wurde dieser Prozeß abgeschlossen.

Nun wurde es für die Profitjagd der neuen Herren der UdSSR immer wichtiger, daß die reichsten Vorkommen an Bodenschätzen zuerst abgebaut worden waren, daß der Erzgehalt des Gesteins im Durchschnitt allmählich absank, bei einigen wichtigen Eisenmetallen beispielsweise von über 50 auf unter 40 Prozent. Im gewaltigen Kohlengebiet Donbass sank die Leistung pro Arbeiter von 526 Jahrestonnen 1974 auf 470 Jahrestonnen im Jahre 1978. Und von nun an ist die sowjetische Rohstoffpolitik identisch mit derjenigen etwa der USA. Im eigenen Lande vorhandene Rohstoffe bleiben liegen, weil sie im Ausland billiger zu haben sind. Seit 1970 sank die Exportrate der eisenhaltigen Metalle, seit 1974 sank auch jene der Nichteisenmetalle wieder. Jetzt wurden Erdöl und Erdgas zum Devisenbringer.

1978 wurde hier ein bezeichnendes Jahr. Rund 30 Schürfrechtsverträge wurden mit sogenannten Entwicklungsländern abgeschlossen. 6000 sowjetische Geologen zogen in die Welt hinaus auf der Jagd nach Rohstoffen. Mit dem König von Marokko schloß man den bis dahin und heute größten Vertrag über den gemeinsamen Aufbau von Phosphatwerken und späteren Lieferungen ab — 9 Milliarden Dollar Umfang hatte dieses einzige Geschäft. Im Jahr 1979 wurden abermals über 10 verschiedene Verträge zur Rohstofferforschung und -förderung mit solchen Länder abgeschlossen.

Ebenso wurde nach dem 25. Parteitag der KPdSU im Rahmen des zehnten Fünfjahrplans bis 1980 die Linie der gemeinsamen Projekte mit den europäischen Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), der seinen Namen längst nicht mehr verdient, eingeführt. Diese Staaten, die zusammen nur über 3 Prozent der mineralischen Rohstoffe der Welt verfügen, wurden dadurch zu Zulieferern vor allem des sowjetischen Transportwesens gemacht, einschließlich des Baus von Pipelines in den Westen.

Die Klagen dieser Staaten über die immer kostspieligere Energie sind weltbekannt (— die Bezugsquelle für Öl und Gas ist für alle RGW-Länder mit Ausnahme Rumäniens die Sowjetunion). Während man diese Länder aussaugt, von ihnen oft Bezahlung in Dollar verlangt (nach verschienden Angaben bei bis zu einem Viertel aller Geschäfte), verlangt man gleichzeitig von ihnen, Geld für sowjetische Minen und Bohrtürme bereitzustellen. Und: das afghanische Erdgas, für das es im Lande selbst keine Verwendung gibt, wird seit dem Putsch der sowjetischen Agenten Taraki, Amin und Karmal in die UdSSR geleitet...

Wird im nächsten RM fortgesetzt.



Krieg im Weltraum?

„Die amerikanische Nation jubelt über die Bilderbuchlandung der Raumfähre Columbia!" So und ähnlich kommentierten Presse, Funk und Fernsehen den Abschluß des ersten „Spaceshuttle"-Fluges, das geglückte Experiment mit einem wiederverwendbaren Raumgleiter.

Dabei haben weder die Bevölkerung der USA noch die Bevölkerung irgendeines anderen Landes Grund zum Jubel. Das „Space-Shuttle"-Projekt, das die amerikanische Bevölkerung mit Milliarden Dollar Steuergeldern finanziert hat, markiert eine neue Qualität im imperialistischen Wettrüsten, ist die Vorbereitung des Weltkrieges im Weltraum.

„Unsere Freunde und unsere Widersacher haben heute gesehen, daß wir zu großen Taten fähig sind", freute sich Präsident Reagan. Und sein Kriegsminister Weinberger führte aus: „Dieser Raumflug hat die Führungsrolle unseres Landes deutlich gemacht."

Gemeint ist die Führungsrolle in der Nutzung des Weltraums für militärische Zwecke. Dabei sind die USA in der Tat ihrem Rivalen Sowjetunion mit diesem Programm um einiges voraus.

„Die ‚space shuttle' ist absolut nicht der erste Versuch, den Weltraum für militärische Zwecke zu nutzen", schreibt „Unite!", die Zeitung unserer amerikanischen Bruderpartei CPUSA/ML. „Im Verlaufe der letzten 24 Jahre veranstaltete der US-Imperialismus 1030 Raumflüge, von denen 596 militärische Ziele hatten. Die Sowjetunion hat 1776 Flüge durchgeführt, wovon 1154 militärischen Zielen dienten."

Eine große Rolle spielt dabei die Militärspionage über Satelliten.

Ein von beiden Seiten bereits getestetes Waffensystem sind die sogenannten Killer-Satelliten, mit denen feindliche Satelliten zerstört werden können. Am 18. März führte die Sowjetunion einen Test mit einem solchen Satelliten durch.

Besonders in den USA werden Unsummen für die Entwicklung von Weltraum-Schußwaffen ausgegeben, besonders zur Entwicklung von Laser-Kanonen. 1,5 Milliarden Dollar hat das Militär in die Laser-Forschung gesteckt! Und zur Zeit arbeitet es an Laser-Waffen mit einer Leistung von 2,5 bis 5 Megawatt.

Selbst bürgerliche Zeitungen müssen zugestehen, daß die Aufgaben der „space shuttle" vor allem im militärischen Bereich liegen.

Die „Süddeutsche Zeitung" vom 13.4. bringt einen Artikel zum Flug von „Columbia", den wir wegen der guten Zusammenfassung der Fakten hier zitieren. Es heißt darin:

Es besteht kein Zweifel daran, daß die Nutzungsmöglichkeiten für die Generäle weitaus größer sind als für die an wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen ausgerichteten Manager der NASA-Programme. Das Pentagon widmete den bemannten Raumfahrtunternehmen von Anfang an seine ganze Aufmerksamkeit. Es stellte seine erfahrensten Luftwaffen- und Marinepiloten für die Mercury-, Gemini-, Apollo- und Skylab-Flüge zur Verfügung. Nach dem erfolgreichen Abschluß des Höhenflugprogrammes mit dem Raketenflugzeug X 15, mit dem am 22. August 1963 eine Höhe von 108 Kilometern und eine Geschwindigkeit von Mach 6,7 erreicht wurde, lancierte die Luftwaffe die X 20. Das nach dem Prinzip des Dynamic Soaring (dynamischer Gleitflug) benannte Dyna-Soar-Programm sollte zwei Mann in einem Raumgleiter von der Erde zu einer Raumstation transportieren. Es wurde ebenso wie das 1965 gestartete Projekt eines Manned Orbiting Laboratory (bemanntes Laboratorium in einer Erdumlaufbahn) aus Finanzierungsgründen nicht zu Ende geführt.

Von Beginn an nahm das Pentagon auch an der Entwicklung des Raumtransporters lebhaften Anteil. **Ohne Rücksicht auf die erheblichen Mehrkosten bestanden die uniformierten Raumfahrer auch darauf, auf ihrem Raketenstartplatz Vandenberg in Kalifornien eigene Abschußplattformen für den Space Shuttle zu errichten.** Von hier aus werden die militärischen Raumflüge nach Norden gestartet, um eine polare Umlaufbahn zu erreichen. Dies geschieht im Gegensatz zu den üblicherweise nach Osten auf ihre Bahn getragenen Satelliten und Raumschiffe, die dabei den Umstand ausnützen, daß sie die gegen sie gerichtete Kraft der Erdumdrehung ausnützen. **Die polare Bahn gestattet es, innerhalb eines Zeitraums von 24 Stunden jeden Punkt der Erdoberfläche zu überfliegen, so daß eine lückenlose Überwachung aller interessierenden Aktivitäten möglich ist.**

Die Starteinrichtungen in Vandenberg sind jedoch erst zu 20 Prozent fertiggestellt, so daß die ersten militärischen Flüge bis 1984 noch von Kap Canaveral aus starten müssen. Hier wie im Kontrollzentrum Houston in Texas sind streng abgeschirmte Kontrollräume errichtet worden, um die geplanten Missionen zu überwachen. Geplant ist jedoch der Bau eines eigenen Raumfahrt-Operationszentrums auf dem Luftstützpunkt Peterson in den Cheyenne-Bergen von Colorado. Das 450 Millionen Dollar kostende Projekt wird in der Nähe der bereits vorhandenen Satelliten-Bahnverfolgungsstation der Luftwaffe in Colorado Springs entstehen.

Weitere 500 Millionen hat die Luftwaffe im Haushaltsplan 1982 für Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsprogramme im Zusammenhang mit dem Space Shuttle angefordert.

Der Schreiber dieses Artikels irrt allerdings, wenn er im folgenden schreibt: „die amerikanischen Bemühungen, Satelliten von einem Flugzeug aus zu zerstören, zeigen, daß die häufig zitierte Laser-Kanone als neue Superwaffe des Weltraums **noch lange nicht einsatzfähig** ist. (...) Vorerst sind es nur passive Waffen, die im Weltraum mit Hilfe des ‚Space Shuttles' stationiert werden können."

Abgesehen von den oben beschriebenen ungeheuren Anstrengungen in der Entwicklung der Laser-Waffen wurden auch bereits erfolgreiche Tests durchgeführt. Im letzten Herbst schoß die Air Force mit einem Carbon-Dioxyd-Laser (Leistung: 1 Million Watt) von einem umgebauten Flugzeug aus eine Rakete ab. Das „vorerst" im obigen Zitat dürfte nur für einen relativ kurzen Zeitraum gelten.

Somit ist auch die „Space Shuttle" ein Bestandteil der Weltkriegsvorbereitungen der USA. Die Kriegsgegner in den USA haben zum Kampf gegen dieses Projekt aufgerufen.



Aberglaube und Geschäftssinn

In Nordchina hungern die Bauern. Um das schlimmste zu verhüten, müssen die Pekinger Führer im Ausland um Hilfe bitten. Wenn sie schon ihre Untertanen nicht ernähren können, so sorgen sie doch zumindest für deren seelisches Heil. Die Kirchen aller Richtungen haben schon lange freie Betätigungsmöglichkeiten in China, neuerdings werden dort auch wieder Priester ausgebildet.

Neben dieser Entwicklung treibt auch der Aberglaube neue Blüten im Reich der Hua und Deng — selbst unter Parteifunktionären. Aus der Stadt Guilin wurde kürzlich folgender Vorfall gemeldet. Der Vater von Shen Baoshu, der stellvertretenden Leiterin des Parteikomitees war gestorben. Und er sollte nach den alten Riten unter die Erde gebracht werden. Dazu ließ die Tochter neben dem örtlichen Krankenhaus eine kleine Totenhalle errichten. Pro Tag wurden mehrere hundert Arbeiter aus den Betrieben zur Kondolenz ins Krankenhaus abgeordnet, wo der Verstorbene vorerst aufgebahrt war. Daß dadurch die Patienten erheblich gestört wurden, kümmerte die Funktionärin nicht.

Schließlich bekamen 21 Arbeiter auch noch den Auftrag, eine standesgemäße Grabstätte in unwegsamem Gelände bei Guilin zu errichten. Material und Transportmittel ließ sich Shen Baoshu natürlich kostenlos zur Verfügung stellen. Nach fristgerechter Vollendung der Grabstätte konnte dann die Beerdigung in Angriff genommen werden. Vor dem Sarg her wurde ein lebendiger Hahn getragen, der dann über dem frischen Grab geopfert wurde. Auch andere Sitten aus der chinesischen Feudalzeit wie das Verbrennen von Papiergeld fehlten nicht. Man mußte die Götter ja gnädig stimmen.

So ganz von gestern war jedoch die stellvertretende Vorsitzende des Parteikomitees nicht. Nach einem opulenten Trauermahl (300 Gäste) rechnete sie Ausgaben und Einnahmen (durch Geschenke) gegeneinander auf. Und siehe da: Es blieben umgerechnet 1000 Mark Reingewinn.

Studentenprotest an der Wäscheleine

Bonn friert BAFöG ein

20000 Unterschriften, an einer langen Wäscheleine aufgehängt, übergaben studentisIhe Mitglieder der GEW in der vergangenen Woche dem Bonner Bildungsminister Engholm.



Ihre Proteste richten sich gegen die brutalen Kürzungen im Bildungswesen. Mit der Unterschriftenaktion wurde der Forderung Nachdruck verliehen, die Sätze der Ausbildungsförderung von 620 auf 750 Mark und die Elternfreibeträge von 1270 auf 1500 Mark anzuheben. Engholm jedoch setzte sich über diese berechtigten Forderungen hinweg.

Einen Tag später verabschiedete das Bundeskabinett den von ihm vorgelegten Entwurf für die 7. Novelle vom Bundesausbildungsförderungsgesetz. Darin ist eine Anhebung der Bafög-Sätze um nur 5,5 bis 6,5 Prozent vorgesehen. Auf den ersten Blick nimmt sich das ganz ordentlich aus, wenn man es etwa mit dem angepeilten Abschluß um 5 Prozent in den Tarifrunden vergleicht. Aber ein solcher Vergleich hinkt, weil die letzte Bafög-Anhebung schon vor drei Jahren erfolgt ist. Und was den Studenten und Schülern jetzt zugestanden wird, kann natürlich nicht annähernd die durch die Teuerung verursachten Verluste in diesen drei Jahren ausgleichen.

Darüber hinaus wird die Erhöhung der Bafög-Sätze auch noch um ein halbes Jahr hinausgeschoben und erst am 1. April 1882 in Kraft treten. Engholm selbst sprach davon, daß den Studenten eine „vorübergehende Durststrecke" zugemutet würde und daß die Bafög-Anhebung insgesamt nur „unzureichend" wäre. Aber angesichts der „schwierigen finanziellen Situation" wäre eben nicht mehr drin gewesen.

Sicher — das Geld wird ja anderswo dringender gebraucht: für Panzer und Raketen zum Beispiel.

Tips

Sonntag, 26. April
11.15 Uhr ARD
Lieber instandbesetzen als kaputtbesitzen. Noch ein Film über Hausbesetzungen und Jugendproteste, aber wohl nicht von der üblichen Machart. Denn das Team des WDR ist vor Ort gegangen und hat die Hausbesetzer und ihre Nachbarn selbst zu Wort kommen lassen.

***

Sonntag, 26. April
21.05 Uhr ARD
Exil. Die ARD beginnt die Ausstrahlung einer siebenteiligen Serie von Robert Müller und Egon Günther, der der gleichnamige Roman des demokratischen Schriftstellers Lion Feuchtwangers zugrunde liegt. „Exil", geschrieben 1940, ist der letzte Teil der sogenannten Wartesaal-Triologie, in der Feuchtwanger das Aufkommen und die Herrschaft des Faschismus gestaltete. Im Mittelpunkt von „Exil" steht ein von den Faschisten aus Deutschland vertriebener Künstler, der sich in der Emigration zu einer politisch aktiven Haltung durchringt.

***

Montag, 27. April
20.15 Uhr ARD
Exil. Zweiter Teil der Fernsehserie nach dem Roman von Feuchtwanger.

***

Sonntag, 27. April
22.50 Uhr ZDF
Nur Euch zum Trotz. Sendung zum 85. Geburtstag von Walter Mehring, der neben Tucholsky und Kästner zu den besten Vertretern der linksbürgerlichen Satire gehört. In seinen Gedichten, Glossen und Chansons hat er in den zwanziger Jahren vor allem vor dem Aufstieg des Faschismus gewarnt.

***

Dienstag, 28. April
16.15 Uhr ARD
Die Steppenwölfin von Rom. Noch ein Geburtstag. Die Schriftstellerin Luise Rinser wird 70 Jahre alt. Aus diesem Anlaß sendet die ARD einen Film von Gisela Reich über „Fünf Tage im Leben der Luise Rinser".

***

Mittwoch, 29. April
22.00 Uhr ARD
Schlacht um Algier. 1965 hat G. Pontecorvo diesen Film gedreht, in dem er die Perioden des algerischen Befreiungskrieges darstellt. Mit Brahim Haggiag und Jean Martin.

***

Mittwoch, 29. April
22.40 Uhr ZDF
Das Nest. Film von Franz Xaver Kroetz über eine Arbeiterfamilie, die Opfer eines Umweltskandals wird. Um Geld für die bevorstehende Geburt eines Kindes heranzuschaffen, übernimmt Kurt einen Sonderauftrag. Er kippt Giftfässer in einen See, in dem seine Familie oft badet. Die Folge: Der Sohn Stefan erleidet beim Baden schwere Verbrennungen.

***

Freitag, 1. Mai
18.15 Uhr ZDF
Drum links, zwei, drei ... Ein Film von Bernd Wiegmann über die Arbeitersportbewegung. Es ist übrigens der einzige Beitrag auf allen Kanälen, der daran erinnert, daß der heutige Tag etwas mit der Arbeiterklasse und ihrem Kampf zu tun hat.

Der Kulturzeitschrift „linkskurve“ ist es gelungen, ein Interview mit dem türkischen Filmregisseur Yilmaz Güney zu machen, der seit fast zehn Jahren aufgrund fingierter Vorwürfe im Gefängnis sitzt (siehe dazu auch Artikel auf Seite 12). Mit freundlicher Genehmigung der „linkskurve“ veröffentlichen wir im folgenden einen Ausschnitt aus dem in der Nr. 1/81 der Zeitschrift erschienenen Interview.

Filme schreiben im Gefängnis

Interview mit dem türkischen Regisseur Yilmaz Güney

„Linkskurve“: Sie sind seit 1972 im Gefängnis und haben in dieser Zeit die Drehbücher für „Sürü“ und „Düsman“ geschrieben. Woher nehmen Sie die Kraft, woher die genaue Kenntnis der Realität außerhalb der Gefängnismauern? Wie nehmen Sie die Veränderungen in der türkischen Gesellschaft wahr?

Güney: Ich bemühe mich, nicht nur die Veränderungen in der Türkei, sondern auch die Veränderungen auf der ganzen Welt zu begreifen. Die ganze Welt erlebt die Schwankungen einer Umwälzung. Von Asien nach Afrika, von Lateinamerika bis nach Australien. Mein Land wurde in den letzten Jahren zu einem Brennpunkt dieser Schwankungen. Die Ereignisse im Iran, der Krieg zwischen Iran und Irak, die Besetzung von Afghanistan, die Restauration in China, die Beziehungen zwischen Libyen und dem Tschad, die Wahl von Reagan zum US-Präsidenten, die Vergrößerung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern usw. Dies alles müssen wir begreifen, um den Prozeß, in dem wir uns befinden, richtig beurteilen zu können. Die Reaktion greift an, und zur Zeit ist sie auch erfoglreich. Wenn ein Künstler sich nur mit den Problemen der Kunst beschäftigt oder seine Tätigkeiten auf die künstlerische Arbeit begrenzt, dann wird er von dieser begrenzten Praxis ertränkt. Zum Beispiel beschäftigt sich in dieser schwierigen Lage meines Landes ein großer Teil der Künstler mit der Diskussion über die Homosexualität. Es gibt viele Wege, sich vor den Aufgaben zu drücken. Unsere kleinbürgerlichen Künstler können das ebenso gut wie ihre Gesinnungsgenossen überall auf der Welt.

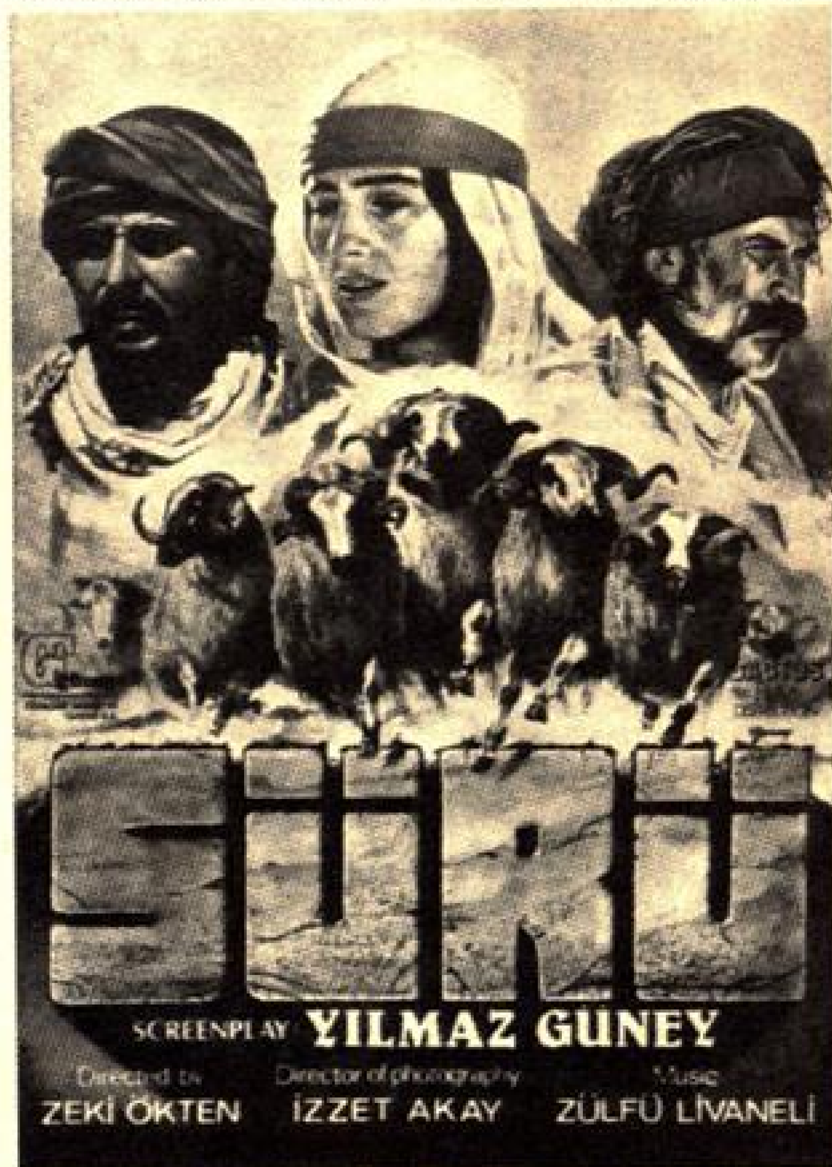
Um das Leben zu begreifen, muß man von den Tatsachen des Lebens ausgehen. Jedes Problem trägt in sich die Kräfte, die zur Lösung führen. Es gibt kein Problem, das nicht die eigene Lösung in sich trägt. Ich sitze im Gefängnis, aber ich begreife die Veränderungen, den Veränderungsprozeß besser als manche andere Menschen draußen. Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen, Zeitschriften, Gespräche mit anderen Menschen, der Preis des Brotes, die Erhöhung der Benzinpreise, eine Rede von Reagan, die Verhaftungen, Erklärungen wie „Wir werden tun, wir werden schaffen, wir werden sie vernichten“ usw. sind genügend Angaben für einen denkenden Menschen, um vieles — zumindest grob — zu begreifen. Es ist eine Frage der Methode. Wenn man die richtige Methode zum Begreifen hat und einen Kompaß besitzt, der in die richtige Richtung führt, dann findet man das Richtige heraus. Ich bemühe mich, daran festzuhalten. Ich habe schon vor den Wahlen 1977 festgestellt, daß mein Land in die heutige Lage kommen wird. Und heute kann ich mir denken, was morgen kommen kann.

Wie schreibe ich meine Drehbücher? Zuerst muß ich betonen, daß meine Schwierigkeit nicht darin liegt, Drehbücher zu schreiben, sondern darin, die Zeit dafür zu finden. Um ein Beispiel zu geben: „Sürü“ wurde im Gefängnis von Izmit geschrieben, in einem Raum mit achtzig Personen. Stellen Sie sich vor, wie schwer es in einer solchen Situation ist, ununterbrochen konzentriert nachzudenken. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich irgendwann drei Stunden ununterbrochen nachdenken konnte, während ich das Drehbuch schrieb. Irgend etwas kommt immer dazwischen. Um die Zusammenhänge aufzubauen, um die Beziehungen zu vertiefen zu können, versuche ich mich durch tiefe innere Einkehr mit einem Panzer gegen die Geräusche und das Gedränge der Außenwelt abzuschirmen.

Wenn ich meine Drehbücher schreibe, verlasse ich mich in erster Linie auf meine eigenen Beobachtungen und Erkenntnisse. Ich gege von den Ereignissen und Personen aus, die ich näher kenne und erlebt habe. Ein Drehbuch wird in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren in meinem Kopf geformt. Zum Beispiel liegen die ersten Keime von „Sürü“ weit zurück. Zum ersten Mal habe ich 1973 im Gefängnis in Selimiye daran geschreiben, und ich beendete das Drehbuch im Jahre '78 im Gefängnis von Izmit. Die Menschen in „Sürü“ sind Menschen, die ich kenne. Die Menschen in „Düsman“ kenne ich auch. Trotzdem verlange ich von meinen Freunden draußen Hilfe. Sie fahren dahin, wo die Geschichte spielt und wo der Film aufgenommen wird. Von dort bringen sie mir Bilder, Kassetten voller Stimmen, Musik und Dokumente mit.

Ich gebe ihnen eine Liste mit Hunderten von Fragen. Die Antworten auf diese Fragen werden gesammelt und kommen dann zu mir. Ich vergleiche die Fakten, die mir meine Freunde übergeben, mit meinen früheren Erfahrungen. Davon ausgehend bemühe ich mich, die Veränderungen in der dazwischenliegenden Zeit, die Geschwindigkeit der Veränderungen zu begreifen. Davon ist es abhängig, zu sehen, wie sich die Gefühle und der Verstand der Menschen verändern konnten. Ich bemühe mich, mich der Produktionsbedingungen, der ökonomischen und sozialen Lage, der geografischen Eigenschaften des Aufnahmeortes zu erinnern, vergleiche das mit den heutigen Fakten und versuche, das alles zu begreifen. Denn der Mensch kann nicht unabhängig von den Bedingungen, in denen er lebt betrachtet werden. Seine soziale Existenz ist die Grundlage seines Bewußtseins. Ich bemühe mich, die Menschen auf der Basis der Produktion zu begreifen.

Während ich meine Person forme, während ich sie mit Fleisch und Knochen umhülle, versuche ich, ihre Rollen — ob Mann oder Frau — bis ins kleinste Detail zu spielen und ihren Gemüts- und Gefühlszustand zu erleben. Während ich schreibe, gehe ich nicht von einem bestimmten Plan, der zu irgendeinem bestimmten Ziel führt, aus, sondern ich versetze mich in ihre Beziehungen und Gefühle und mache davon die Entwicklung der Geschichte abhängig. Ich erlebe und schreibe es. Vieles wird am Ende anders, als meine Vorstellungen waren. Viele Ereignisse, die ich geplant hatte, können durch die eigenständige Entwicklung der Geschehnisse in der Geschichte nicht vorkommen, neue Ereignisse treten hervor. Vieles, das ich vorher nicht geplant hatte, woran ich nicht einmal gedacht hatte, behauptet sich aber während ich schreibe und kommt ins Drehbuch rein. Einerseits schreibe ich, andererseits aber fühle und erlebe ich, und das ist das Ausschlaggebende ist die fühlende und erlebende Seite. Das Drehbuch zu schreiben ist nur eine technische Angelegenheit.



Plakat zum Film „Sürü“ (Die Herde)

Über Yilmaz Güney

Der türkische Filmemacher Yilmaz Güney ist einem breiteren Publikum in unserem Land erst durch seine beiden Filme „Die Herde“ und „Der Freund“ bekannt geworden, die im vergangenen Sommer vom ZDF ausgestrahlt wurden. Die Sendungen waren damals begleitet von einer wüsten Hetzkampagne in der reaktionären türkischen Presse. Sogar die Bonner Botschaft des damaligen Demirel-Regimes schaltete sich ein und beschuldigte das ZDF, es würde mit der Ausstrahlung der Güney-Filme seine Zuschauer „gegen unser Land aufbringen.“

Tatsächlich jedoch sind gerade diese beiden Filme in hervorragender Weise geeignet, uns ein realistisches Bild von der heutigen Türkei zu vermitteln und unter anderem auch die Ursachen bewußt zu machen, warum Millionen Menschen dieses Land verlassen mußten, um sich als Arbeiter in den Betrieben Westeuropas zu verdingen.



Yilmaz Güney

Es ist wohl das hervorstechendste Merkmal des Güneyschen Filmwerks, daß es insgesamt eine mit unerbittlicher Konsequenz vorangetriebene Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Türkei darstellt. Güney packt diese Analyse aber nicht mit der unbeteiligten Kälte eines Außenstehenden an, sondern mit der Leidenschaft eines Beteiligten, eines revolutionären Künstlers, der auf der Seite der Unterdrückten und ihrer Kämpfe steht.

Ein großer Teil der Filme von Yilmaz Güney gestaltet die elenden Lebensbedingungen der Werktätigen in den östlichen Regionen der Türkei, den rückständigsten Gebieten des Landes. Im Mittelpunkt seiner ersten Filme „Hungrige Wölfe“ (1969) und „Seyyit Han“ (1968), die in ihrer Dramaturgie noch Konzessionen an den Italo-Western erkennen lassen, steht die verheerende Sitte der Blutrache. In „Hoffnung“ (1970) wird die Geschichte des Droschken-Kutschers Cabbar erzählt, der sich in der osttürkischen Stadt Adana kaum der Konkurrenz durch die Auto-Taxis erwehren kann und der vollends ruiniert wird, als sein Pferd auf der Straße überfahren und getötet wird.

Durch den ganzen Film zieht sich die Hoffnung Cabbars auf das große Glück, eine Hoffnung, die sich zuerst an einen möglichen Lotteriegewinn knüpft und dann an einen Schatz, von dem es heißt, ein weiser Hodscha (Prediger) könne ihn finden. In ruhigen und kargen Bildern zeigt Güney, wie Cabbar, ein Freund und der Hodscha entlang der ausgedörrten Ufer des Ceyhan-Flusses auf Schatzsuche gehen. An der enttäuschten Hoffnung zerbricht der Kutscher schließlich. Er hat den wirklichen Ausweg aus seiner elenden Lage, nämlich den organisierten Kampf, nicht erkennen können. Diese Perspektive kommt in „Hoffnung“ nur kurz ins Bild, wenn gezeigt wird, wie die Droschken-Kutscher in Adana eine Demonstration für ihre Forderungen durchführen.

Bemerkenswert an dieser bitteren Polemik gegen die illusionären Hoffnungen ist die Tatsache, daß Güney gegenüber seinem Helden Cabbar (den er übrigens selbst spielt) niemals eine Haltung des Hochmuts, der intellektuellen Besserwisserei einnimmt. Bezeichnend ist für diesen Film, wie für alle Werke Güneys, daß die Gestalten aus dem Volk — auch wenn sie von rückständigen Verhaltensweisen geprägt sind — mit Liebe und großer Geduld gezeichnet werden und daß die Ursachen ihrer Schwächen in den sozialen Verhältnissen aufgedeckt werden.

In „Unruhe“ (1974) steht dann der Widerstand selbst, ein Streik von Baumwollpflückern, im Vordergrund. In die Geschichte von der Vorbereitung und Durchführung des Streiks wird eine andere verwoben: Wieder ist dabei Blutrache im Spiel. Um sich von ihr loszukaufen und die dazu notwendige Kaution aufzubringen, wird einer der Arbeiter schließlich zum Streikbrecher. Hier zeigt Güney in aller Schärfe, wie die alten reaktionären Gebräuche der Feudalgesellschaft zu Waffen in den Händen auch der modernen Ausbeuter werden, indem sie die Geschlossenheit des Streikkampfes zerstören.

Im gleichen Jahr wie „Unruhe“ drehte Güney auch den „Freund“, der in einer völlig anderen sozialen Schicht angesiedelt ist. Erzählt wird die Geschichte zweier ehemaliger Studienfreunde, von denen der eine an den revolutionären Idealen der Jugend festgehalten hat, während der andere in die Istanbuler Bourgeoisie aufgestiegen ist. Güney demaskiert das Parasitenleben dieser Klasse, ihren Egoismus und ihre Dekadenz. „Der Freund“ ist eine Kampfansage an die sogenannte moderne Türkei. Eindringlich stellt Güney dar, daß diese Modernität nur in der Entwicklung neuer Formen der Ausbeutung und der Übernahme fremder amerikanischer Lebensweisen besteht.

Azem, der Held des Films, (auch von Güney selbst gespielt), ist der Prototyp eines revolutionären Intellektuellen, der die enge Bindung zu dem Dorf, aus dem er stammt, nie verloren hat und seine Beziehungen zu den Werktätigen ständig weiter vertieft. Gerade dieser Aspekt nimmt in „Der Freund“ — mit dem Güney wohl vor allem der türkischen Intelligenz eine richtige Perspektive weisen wollte — einen breiten Raum ein. Beispielhaft dafür sind etwa die Gespräche, die Azem mit einem Jugendlichen führt und in denen er ihn davon überzeugt, sich seine nach westlicher Mode langen Haare abschneiden zu lassen und sich auch im Äußeren seinem Volk anzupassen.

Wie in den meisten anderen Güney-Filmen, so spielt auch hier die Gewalt eine große Rolle. Es ist in „Der Freund“ jedoch nicht so sehr die alltägliche Gewalt, die aus der Unterdrückung erwächst, sondern vielmehr die bewußte revolutionäre Gewalt, symbolisiert in der Pistole, die Azem ständig bei sich trägt und von der er weiß, daß er sie eines Tages gegen die Unterdrücker richten wird. Diese Schlußfolgerung ist nicht aufgesetzt, sie ergibt sich aus dem ganzen Film, vor allem aus der Gegenüberstellung zwischen der bürgerlichen Welt Istanbuls und der Dorfwelt. In dieser Gegenüberstellung hat Güney den Klassenwiderspruch dargestellt und zugleich deutlich gemacht, daß er nur durch die revolutionäre Gewalt zu lösen ist.

Yilmaz Güney ist in „Der Freund“ nicht der Versuchung unterlegen, das dörfliche Leben gegenüber der von Dekadenz und Korruption gekennzeichneten Welt der Großstadt-Bourgeoisie zu idealisieren. Es gibt für ihn keinen Weg zurück in eine angeblich heile Welt der alten Feudalgesellschaft. Es gibt nur den revolutionären Weg nach vorn. In seinem im Gefängnis geschriebenen Drehbuch zu dem Film „Die Herde“ (Regie: Zeki Ökten) hat er die Summe der Erfahrungen aus seinen früheren Werken gezogen und überzeugend den objektiv notwendigen Zerfall dieser alten Welt beschrieben.

Themen wie die brutale Ausbeutung der Bauern, die Blutrache, die Unterdrückung der Frau usw. sind hier in einer Fabel von großer Überzeugungskraft zusammengefaßt. Eine Schafherde, das einzige Eigentum einer ostanatolischen Bauernfamilie, und ihr Transport auf den Markt von Ankara machen das Zentrum dieses Films aus. Als Hamo, das patriarchalische Familienoberhaupt, die Herde schließlich für einen erbärmlichen Preis verkauft hat, muß er feststellen, daß seine Familie zerbrochen ist. Die Söhne gehorchen ihm nicht mehr, er hat keine Macht mehr über sie.

In dem Auseinanderbrechen der scheinbar festgefügten Familie Hamos zeigt Yilmaz Güney die Zerstörung der gesellschaftlichen Bindungen, die über Jahrhunderte hinweg das Leben der Menschen bestimmt haben. Und er macht zugleich auch deutlich, daß diese Bindungen Fesseln darstellen, die gesprengt werden müssen, um den Weg für eine Revolutionierung der Gesellschaft und der Menschen freizumachen.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 17 24 Nisan 1981 Yıl: 15 1 DM



Her hafta Cuma günü çıkar

Yaklaşık iki milyon işçi greve gitti!

IG Metall sendikasının bildirdiğine göre toplu sözleşme görüşmeleri başladığından 14 Nisan'a kadar 1830 000 işçi ve memur uyarı grevlerine katıldı. Metal endüstri sanayiinde Federal Almanya çapında geniş bir uyarı grevine gidilecek olursa, bu hafta Çarşamba günü güçlü yürüyüşler ve grev eylemleri yapılacak. Bunun yanı sıra metal sanayii emekçileri hergün daha etkili bir biçimde grev oylaması yapılmasını talep etmektedirler. (Yukardaki resim; bundan iki hafta önce Bochum'daki Opel işçilerinin yaptığı yürüyüşü göstermektedir.)

Gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı

Grev oylaması ve süresiz grev!

Yüzde beş ücret zammı, ücretlerin düşürülmesidir

FRANKFURT. — Kuzey bölgesindeki (Nordverbund) toplu sözleşme komisyonlarının 350 üyesi, oybirliğiyle aldıkları bir kararla IGM merkez yönetim kuruluna başvurarak, toplu sözleşme görüşmelerinin kesilmesini ve grev genel oylamasına gidilmesini talep ettiler. Toplu sözleşme görüşmeleri başladığından beri yaklaşık iki milyon metal işçisi uyarı grevlerine gitti. Toplu sözleşme kapsamına giren bütün bölgelerde bütün metal işçilerinin katılacağı süresiz bir grev kaçınılmazdır. Gerçek ücretlerimizi güvenceye alan bir toplu sözleşmeyi kapitalistlere imzalatacak tek güç, süresiz grevdir!

Çeşitli bölgelerde yapılan 60'-dan fazla toplu sözleşme görüşmesine ve metal işçilerinin şimdiye kadar görülmemiş protesto grevlerine ve yürüyüşlerine karşın, kapitalist örgütleri, dün olduğu gibi, bugün de fiat artışlarını karşılamaktan çok uzak düşük bir ücret anlaşması sağlamak için diretiyorlar. Eğer, sendikalar, teslim olmak istemiyorlarsa, şimdi tekel zorbalarının anlıyacağı tek bir dilden konuşmak zorundadırlar. Süresiz ve geniş bir grev!

IGM ve DGB'nin bu toplu sözleşmelerdeki hedefi, şimdiye kadarki görüşmelerde kapitalistlerin vermeye hazır olduğu binde bir ücret zammı üzerine pazarlık yapmak olmamalı. Asıl hedef, en azından yüzde 5,5 olan artışlarını karşılayabilecek olan net ücret zammı almak olmalıdır. Net ücret zammı diyoruz, çünkü, yüzde 8 brüt ücret zammından kesintilerin yapılmasıyla geriden kalan miktar ancak yüzde 5,5 civarındadır.

IGM sendika ağaları Loderer ve Janssen, yüzde beş ücret zammının yeterli geldiğini söylemektedirler. Çünkü, onlar tabana "objektif olarak savunabilen" bir anlaşma sunmak istemektedirler(!) Yüzde beş, ücretlerin düşürülmesi demektir. Bu, işçilerin satılmasından başka bir şey değildir. Hatta, "Spiegel" dergisi bile yaptığı bir hesaplamada, gerçek ücretlerin korunması için en azından ücretlerin ve maaşların yüzde 7,6 yükseltilmesi gerektiğini söylemektedir.

Ve kapitalist ekonomi dergisi "Wirtschaftswoche", 20 Mart 1981 tarihli 13. sayısında şöyle yazmaktadır: "Beklenen en az yüzde 6 fiat artışı ve yüzde 1 civarında daha fazla sosyal kesintiler, yüzde 7'lik bir anlaşma getirse bile, bu bugünkü durumu korumak için yeterli değildir." Yani kapitalistlerin kendileri, yüzde 7'nin altındaki ücrte artışının gerçek ücretlerin düşürülmesi olduğunu söylemektedirler.

"Metall" dergisinin özel bir sayısında, içinde bulunduğumuz toplu sözleşmede gerçek ücretlerimize yapılan saldırılar kararlı bir sendikal mücadeleyle geri püskürtülmediği taktirde sermayenin, geleçek yıllarda ücretlerimizi ve maaşlarımızı acımasızca yağmalayacağı çok açık ve net bir biçimde söylenmektedir.

Eğer, şimdi gerçek ücretlerimizin düşürülmesini boş laflarla kabullenecek olursak, işverenlerin gelecek yılki talebi şu olacaktır: Ücretler dondurulmalıdır! Ve ondan bir sonraki yılda belkide ücretlerin doğrudan düşürülmesi, yani eksi (-) ücret zammını zorlamaya çalışacaklardır. Bugün biz emekçilere her taraftan boşyere vaazedilmiyor: Vazgeç, vazgeç ve bir daha vazgeç!

Derhal grev oylamasına gidilmelidir!

Süresiz grev örgütlenmelidir!

Genel oylama yapılmadan, toplu sözleşme imzalanmamalıdır!

Tüm sendikal taleplerimiz gerçekleşmelidir!

(„Jetzt Urabstimmung und Vollstreik!" RM/Nr. 17, S. 1)

Sigurd Debus açlık grevinde öldü

Grevdeki diğer RAF üyesi tutuklular ölümün pençesinde

HAMBURG. — Günlerden beri bir Hamburg hastanesinde kalbine ve akcigerine takılan makinalar ve suni beslemeyle "hayatta tutulan" RAF üyesi Sigurd Debus 16 Nisan günü. Sigurd Debus, insanlık dışı cezaevi koşullarını isteyen, politik tutukluları cezaevinin ıssız hüçrelerine kapatıp, ölüme terkeden politikacıların ve "adaletin" bir kurbanıdır ve onun ölümünden sorumlu olan bu politikacılardır.

Cezaevinin ıssız hücrelerine konulan hiç bir kimseyle görüştürülmeyen tutuklular, piskolojik ve fiziki olarak yavaş yavaş erimekte ve sonunda ölmektedirler. RAF (Kızıl Ordu Fraksiyonu) üyesi tutuklular, bundan bir kaç hafta önce başlattıkları açlık greviyle izole edilmiş tutukluluğu (hücre tutukluluğu) kaldırmayı ve yaşamlarını güvence altına almayı amaçlamaktadırlar.

Ama, politikacılar, bu gibi insanlık dışı ve adi tutukluluk koşullarını kaldırmaktan ve tutukluların yaşamasından yana değillerdir. Politikacılar için en iyi çözüm, bu tutukluların hepsinin ölümüdür.

Uluslararası Af Örgütü, Mart ayı ortalarında Adalet Bakanı Schmude'ye bir mektup göndererek, RAF üyesi tutukluların durumu hakkında bilgi istemişti. Ama, Schmude, Sigurd Debus'un ölümünden sonra ancak bu mektuba cevap verebilmişti. Ve bu cevap, bugüne kadar takınılan tavırların tekrarlanmasından başka bir şey olmadığı gibi, politik tutukluların insanlık dışı yaşam koşullarına karşı verdiği mücadeleyi kırmayı amaçlıyordu. Adalet Bakanı, bu açıklamasıyla tutukluların ölmesine bir defa daha yeşil ışık yakmış oluyor. İnsanların bile bile ölüme terkedilmesi, en adi işkencelerden bir olmalı!

Tutukluların cezaevlerindeki ıssız hücrelere kapatılmasına, yani izole edilmiş tutukluluğa karşı verilen mücadele, bir insanlık görevi olduğu gibi, aynı zamanda faşizme ve gericiliğe karşı verilen mücadelenin de bir parçasıdır. (Geniş haber 2. sayfada)

İzole edilmiş tutukluluk derhal kaldırılmalıdır!

Cezaevlerinde "son derece emniyetli hücreler" kaldırılmalıdır!

Diğer politik tutukluların hayatını kurtaralım!

(„Sigurd Debus ist tot" RM/Nr. 17, S. 1)

Türkiye'deki faşist cuntaya karşı

Avrupa Konseyi'ne yürüyüş!

Kısa bir zaman önce oluşturulan "Türkiye'ye Özgürlük' Komitesi, bütün anti-faşistleri askeri faşist rejime karşı önümüzdeki haftalarda yapılacak olan eylemlere katılmaya çağırıyor.

Planlanan ilk büyük eylem, Bonn'dan Strassburg'a yapılacak olan yürüyüştür. Strassburg'daki Avrupa Konseyi'nde 11 Mayıs günü Türkiye'de insan haklarının çiğnenmesi görüşülecek. "Roter Morgen", Bütün okurlarını bu yürüyüşlere ve bögesinde düzenlenen tek tek eylemlere katılmaya çağırıyor.

Büyük yürüyüşün Planı:

25.4. günü Köln-Neumarkt'ta saat 11.00'de yapılacak mitingden sonra Bonn'a yürünecek.

26.4. Bonn'da büyük bir toplantı yapılacak.

27.4. Wiesbaden'e varış, miting ve sergiler.

1.5. Yürüyüş konvoyu Frankfurt'taki 1 Mayıs yürüyüşüne katılacak.

2.5. Frankfurt'ta büyük bir toplantı yapılacak.

4.5. Manheim'de yapılacak mitingden sonra Kehl'e yürünecek.

8.5. Yürüyüşe Karlsruhe'de ara verilecek ve büyük bir toplantı yapılacak.

9.5.-15.5. Bu tarihler arasında Kehl'e yürünecek ve Almanya-Fransa sınırında çeşitli eylemler yapılacak.

Tek tek eylemlerin yapılacağı yer ve saatler yazı kurulumuz kapandığı sırada henüz kesinlik kazanmamıştı. İsteyen arkadaşlar Komiteye telefonla başvurup, gerekli bilgiyi alabilirler. Tel: 02166/47816 (Açık olduğu saatler: 16.00—19.00 arası)

(„Demonstration zum Europarat" RM/Nr. 17, S. 1)

El Salvador/Guatemala

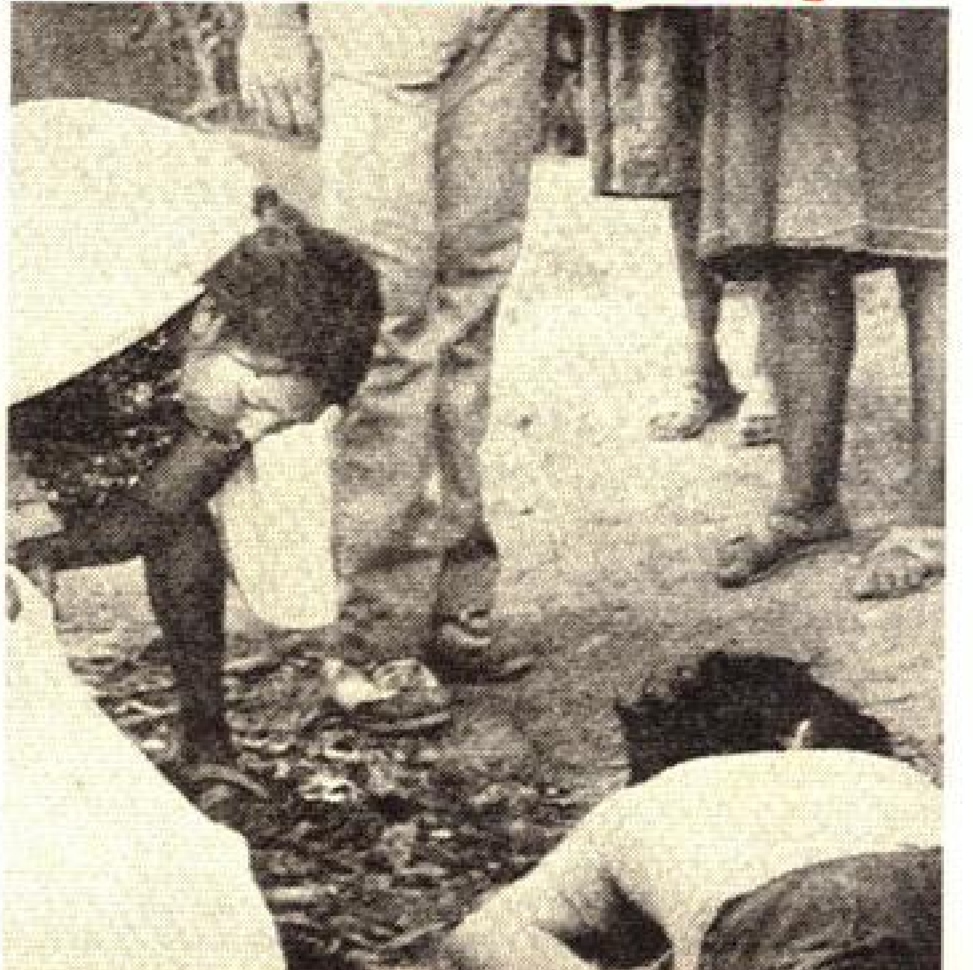
Vahşi katliamların ardı arkası kesilmiyor

GUATEMALA ŞEHRİ. — 23 köylü ve beş yaşındaki bir çocuk rejimin askerleri tarafından San Marin Jilotepegue köyüne yapılan bir baskında vahşi ve canavar bir şekilde katledildiler. Bu katliam, askerlerce ve silahlı sivil birliklerce son zamanlarda Guatemala köylülerine karşı gerçekleştirilen bir dizi vahşi terör eylemlerinin en barbarı ve en canisidir.

Bu terör eylemlerinin ve katliamların asıl amacı, Guatemala'da yoksul köylülerin toprak ağalarına karşı gelişen mücadelesini bastırmak ve sindirmektir. Yoksul köylüler, yaşamlarını devam ettirebilmek için sık sık toprak ağalarının topraklarını, özellikle de işletilmeyen toprakları işgal etmektedirler. Bugün Guatemala'da da devrimci mücadele gelişmekte ve bu mücadele, El Salvador'da olduğu gibi, Amerikan emperyalizmi tarafından desteklenen ve silahlandırılan oligarşinin yıkımını hedeflemektedir.

Amerikan silahlarının hangi amaçlar için kullanıldığı bundan iki hafta önce bir defa daha El Salvador'da görüldü. Gümrük polisi, başkentin yoksul bir mahallesinde akıl almaz bir katliam gerçekleştirdi. Gece yarısı yataklarından alınan onlarca savunmasız insan, sokağa sürüklenerek, orada barbar ve vahşi bir biçimde kurşuna dizildiler. Bir kaç dakikalık kısa bir zaman içinde sokaklar 30 insanın ölüsünden geçilmez olmuştu. Bunun yanı sıra, Amerikan emperyalizminin silah yardımları aralıksız hiç eksilmeden devam etmektedirler.

(„Soldaten richten Blutbad an" RM/Nr. 17, S. 1)



Bir anne, San Salvador'da katledilenlerin arasında çocuğunu arıyor.

Yılmaz Güney'le röportaj

**Yılmaz Güney, daha 1961 yıllarında "Üç yabancıyla eşitsizlikler" adlı yapıtının yayınlanması nedeniyle 18 ay hapis ve 6 ay sürgün cezasına çarptırılmıştı. 1972 yılında ise bazı "anarşist" öğrencileri barındırdığı gerekçesiyle bir kez daha mahkum olmuş, ancak uluslararası çapta yapılan bir kampanya, hapisten çıkmasını sağlamıştı. AncakGüney aynı yıl içerisinde, Endişe (Unruhe) adlı filmin çekimi bir provakasyona getirilerek, adam öldürme suçuyla karşı karşıya gelir ve yapılan duruşmalar sonunda 18 yıl hapse mahkum edilir Uzun süren tutukluluk durumu, Yılmaz Güney'in yaratıcılık gücünü asla zayıflatmamıştır ve bu durum "Sürü" adlı filmin senaryosundan da kolayca anlaşılmaktadır. Söz konusu olan film çok sayıda uluslararası ödül kazanmıştır.
Güney yapmıştır.**



Linkskurve: Daha ilk filmleriniz bile yasaklandı, diğerleri sansüre uğradı. Buna karşın Türkiye kamuoyuna ulaşabilmenin yollarını bulabildinizmi? Sansür ve devlet kontrolü, film çalışmalarınıza nasıl etkili oldu? Bir çok şeyi geçiştirmek zorunda kaldınız mı?

Güney: Çalışmalarımı, söylemek istediğim şeylerin birer hazırlığı olarak görüyorum... Ülkemde, maddi ve fikirsel anlamda sansür ve gericiliğin darbelerini en çok yiyen sanatçılardan biriyim. Kalbim, korku ve yılgınlık diye bir şey tanımıyor. Bir çok durumda zorunlu olarak uzlaşma yoluna gittim ve geri çekildim.

Benimle sansür arasındaki mücadeleyi hiç bir zaman bir sanatçıyla gerici bir kurum arasındaki bir mücadele olarak almadım. Bu mücadele benim için her zaman, gerici tabakalarla, ilerici, demokrat kamuoyu arasında verilen bir mücadeleydi. Çünkü, sansür ve gericilikle her zaman başım derde girdiğinde, ülkemin ilerici ve demokrat kamuoyu beni yalnız bırakmadı. Halkımın kalpten ve sıcacık desteğini her zaman hissettim. Direncimi artıran ve gücümü yükselten gerçek kaynak, halkımın bana verdiği güçtü. "Sansür" denen belanın burnunu benim ve arkadaşlarımın filmlerine her sokuşunda ve çalışmalarımızı engellemek isteyişinde, buna milyonlarca insandan yankı geldi.

Filmlerden bazıları, tamamen, bazıları da uzun bir süre sansür tarafından yasaklandı, bir çoğunun içeriği alındı ve budandıktan sonra serbest bırakıldı. Ancak, buna karşın, en ağır koşullar altında ve en zor dönemlerde bile, halka ulaşmanın yolları vardır. Bu gibi durumlarda en ufak olanaklardan bile yararlanmak gerekir. Zor dönemlerde halk, sanatçının dilinin **altında** yatan şeyi anlamak için kendini zorluyor. Sanatçının dili başka bir şey


Yılmaz Güney

söylese bile, gözlerinin ne dediğini anlıyor. Tüm halk anlatılanları anlıyor ve kavrıyor, hatta ve hatta bunlar, masal diliyle anlatılsa bile. İşte bu nedenle, uzun seneler süren hapishane yaşantıma karşın halkımla aramdaki sıcak diyalog kesintisiz olarak süre gelmiştir.

Mart 72'den beri hapishanedeyim. Bir çok zorlukları yendim. 10 yıldan beri sansür, gerici ve korkak sinamacılar, Yeşilçam sermayesi (Türk film mafyası), gerici ve faşist çevreler elele vererek ve işbirliği yaparak baskı yaptılar. Örneğin değerleri tüm dünya sanat cevreleri tarafından kabul edilmiş olan "Sürü" ve "Düşman" filmleri, henüz halkıma tam anlamıyla ulaşmış değildir. O zamanlar, filimlerimi oynatan sinemalar tehdit edilmekte, karşı çıkanların sinemalarına da bomba atılmakta, ateşe verilmekteydi. Tüm bunlar ,sivil faşist terörün uyguladığı şiddetti. Sürü filmi şimdi de, sıkıyönetim komutanlığı tarafından yasaklanmıştır. Bir çok uğraşılar sonucu filmin mahkeme kararıyla oynatılmasını sağlayabildik. Sürü'nün yasaklanmış olması koşulları altında, Düşman'ın da en kısa zamanda yasaklanacağını sanıyorum. Bunlar, yeni rejimin sanat karşısında nasıl bir tavır alacağının belirtileridir.

Şimdiye kadar yapmaya uğraştığım tüm çalışmalarım, resmi veya gayri resmi bir çok denetimden geçmiştir. Bizi sürekli korkutmaya , korkuyu kapı tokmağımız haline getirmeye çalıştılar. Yeteneklerimi, normal koşullar altında gösterme olanaklarına da sahip oldum Ancak ben değerli taş işleyen bir kuyumcuyum, ancak tenekeyle çalışma, tenekeden bir şeyler yapmağa zorlanıyorum. Ülkem hiç bir zaman klasik burjuva demokrasisini yaşamamıştır. Bilincimizin oluşması sırasında bu oluşmayı yavaşlatıcı bir sürü tohum doldurulmuştur bilincimize. Bilincimizi yabancı otlardan temizlemek için uğraştığımız sıralar da olanaklarımız el verdiği ölçüde bir şeyler yapmaya çalıştık. Bir sanatçı olarak, burjuva anlamda bile özgür çalışma olanağına hiç bir zaman sahip olamadım. Söylemek, anlatmak istediğim bir çak şey var, ancak buna olanak verilmiyor. Resmi ideoloji, seni her an mengene altında tutuyor. Karşı gelindiğinde, hemen hainsin. Bu nedenledir ki, gerici-faşist çevrelerin gözünde "hain" durumuna geldik.

Gericilik, tüm dünyada saldırıya geçmiştir. Ve ben de şu an öyle bir kuşatma altındayım ki, karşı karşıya bulunduğum koşullar bana korku veriyor. Düşündüklerimin onda birini, ama yalnızca onda birini gerçekleştirebilseydim, diyorum kendi kendime, büyük bir şey başarmış olurdum. Yok olmamak için kulaklarımı açık tutmak için mücadele ediyorum. Ve ezilmemek için uğraşıyor, olanaklarımın elverdiği ölçüde bir şeyler yapmaya çalışıyorum. Yalnız değilim. Halkıma güveniyorum, demokrat dünya kamuoyuna güveniyorum ve kendime güveniyorum. En zor koşullar altında bile halka gitmenin yolları vardır.

(Devamı gelecek sayıda)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"'. . . . . sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30 DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... **İmza:** ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.

Polisin hareket planına göre

Paskalya bayramı kanlı geçecek

RAF'ın bir üyesi açlık grevinde öldü

Batı Almanya ve Batı Berlin'deki politikacılar, Paskalya (Ostern) bayramından kısa bir süre önce yaptığı açıklamalarda, açlık grevine giden bütün RAF'lı tutukluları (Kızıl Ordu Fraksuyonu) ölümle başbaşa bırakacaklarını açıktan açığa belirtiyorlardı. Açlık grevine giden RAF'lı tutuklulardan biri 16 Nisan günü bir Hamburg hasahanesinde öldü. Grevdeki tutukluların ölmesi sonucu meydana gelecek "taşkınlıklara" karşı koymak için bir çok şehirde polis harekete geçirildi.

Cezaevlerindeki RAF'lı tutuklulara diğer mahkumlardan tamamen farklı bir muamele yapılmaktadır. Ayrı ayrı hücrelere konulan RAF üyesi tutuklular, hücrelerde hiç bir ses işitmemekte ve hatta kendi konuştuklarını dahi duymamaktadırlar. Ayrıca, yakınları ve diğer ziyaretçilerle görüştürülmemektedirler. Kısacası, bu tutuklular insan yüzü görmemekte ve pratik olarak yaşamla ilişkileri kesilmiştir. Bu, adi ve insanlık dışı en vahşi bir işkence yöntemidir. RAF'lı tutuklular, bu insanlık dışı şartlara karşı bundan bir kaç hafta önce açlık grevine başlamışlardı. Talepleri, diğer tutuklularla aynı muamele görmeleri, 10-15 kişilik gruplar halinde bir araya getirilmeleri — bu talebini şimdi sekiz kişiye indirdiler — ve yakınlarıyla görüştürülmeleridir. Hükümet, RAF'lı tutukluların bu taleplerini kesinlikle kabul etmemekte ve onları ölüme terketmektedir. Hatta, Uluslararası Af Örgütü merkezinden İçişleri Bakanlığı'na yapılan bir başvuruya dahi, bakan izinde olduğundan dolayı cevap verilmedi.

Devlet, sadece cezaevindeki tutukluların ölmesini değil, aynı zamanda kanlı sokak çatışmalarınıda istemektedir. O, yeni bir "terörist" histerisi alevlendirmek istemekte ve bunun için ülkemizdeki en gerici güçleri harekete geçirmektedir. Doğrusu, yeniden "terörist avı" maskesi altında, iç savaş provaları yapılmak istenmektedir.

Tabii ki, bu arada "Bild" gazetesi de boş durmamakta ve kışkırtmalarını giderek artırmaktadır. "Bild"in bir makalesinde yeni teröristler belirtilmekte ve "anti-faşist gruplar" RAF'ın legal kolu olarak gösterilmektedir. "Onların hedefi: Komünist bir devlet" (Bild).

Gericilik, komünistleri ve anti-faşistleri iftiralarla halkın gözünden düşürebilmek için yeni bir araç bulduğunu ummaktadır. Çeşitli önlemlerle Batı Alman devleti giderek sağa kaydırılmakta ve bu şekilde gelecekteki kitle mücadeleleri bastırılmak istenmektedir. Bütün demokratlar ve anti-faşistler, bu önlenlere ve buna bağlı demagojik kışkırtmalara karşı kararlı bir mücadele vermek zorundadırlar.

Parlamentoda yer alan tüm burjuva partiler, "ortak tehlikeyi önlemede" yani anti-faşistlere karşı saldırıda birleşmektedirler. Batı Berlin'de bir senato sözcüsünün yaptığı açıklamada, Vogel (SPD) ve Weizsäcker'in paskalya bayramında meydana gelebilecek olaylarda görüş birliğinde olduklarını söylemektedirler: "Buna bağlı olarak per çok şehirde, bu şehirlerin hangi parti tarafından yönetildiği gözönüne alınmadan, taşkınlıkların meydana gelebileceğinden şüphe edilmektedir. Tabii ki, burada "Anayasa Koruma Örgütü" ve "Kriminal Polis" ajanlarının provakasyonlara gideceği de hesaplanmalıdır.

(„Blutige Ostertage" — gekürzt-RM/Nr. 17, S. 2)

Türkiye halkıyla daşanışma, etkisini gösteriyor

Avrupa Parlamentosu Ankara'ya ultimatom verdi

Ortak Pazar'a (AET) üye bir çok ülkede Türkiye'deki faşist rejime karşı sürdürülmekte olan protestoların baskısı sonucu Avrupa Parlamentosu, geçen hafta cuntaya bir ultimatom verdi. Avrupa Parlamentosunda kabul edilen bu karar, en geç iki ay içinde "demokratik kuruluşların ve pratiklerin" gerçekleştirilmesini ileri sürmektedir. Bu gerçekleşmediği taktirde, "Türkiye ile AET arasındaki bağlantılar derhal yürürlükten kaldırılacaktır."

Bu karar tasarısı ve kararın gerçekleşmesi için verilen ultimatom, Avrupa Parlamentosu'nda 45'e karşın 51 oyla kabul edildi. Özellikle hirisytiyan-demokrat partilerin parlamenterleri, bu kararın çıkmasını engellemek için yoğun bir çaba gösterdiler. Faşist cuntaya verilen bu ultimatomun Avrupa Parlamentosu'nda onaylanması, Türkiye'de işkence tezgahlarına çekilen baskı altına alınan demokratlarla ve anti-faşistlerle yurtdışında sürdürülen dayanışmanın bir başarısı olarak değerlendirilmelidir. Ama, bu karardan büyük umutlar beklemek te bir hayal olur. Çünkü, Ankara'daki Ortak Pazar temsilciliği kararı aldıktan hemen sonra yaptığı bir açıklamada, bunun AET Komisyonu ve AET Bakanlar Kurulu için bağlayıcı olmadığını söylüyordu. Ve bu söylenenler gerçekten de doğrudur.

Avrupa Parlamentosu sadece bir tartışma organıdır. Bu parlamentonun AET icra organlarına (örneğin AET Komisyonu ve Bakanlar Kuruluna) emir verme yetkisi yoktur. AET icra organlarının, verilen ultimatom hakkında ne düşündükleri, Ankara'daki AET temsilciliği tarafından açıklığa kavuşturulmuştu: "Türkiye'de yönetici durumda olan şahsiyetleri", özellikle faşist cuntanın başı Evren'in kendisi, bu kararı bir "şamar" olarak değerlendirmektedir. Ve bir faşist terör rejiminin başı için bir şamar — sadece bir moral bozukluğu olsa bile — AET icra organlarınının gözünde afedilmez bir hakarettir.

Askeri faşist cuntanın başbakanı Ulusu'nun, bu kararın lehinde oy veren parlamenterleri "teröristlerin" veya "canilerin" paralı askerleri olarak göstermesi, AET patronları tarafından bir hakaret olarak ele alınmaktadır.

Bu gelişmeler meydana geldiği sırada Bonn'da da birşeyler kımıldanmaya başlamadı. Hükümeti oluşturan koalisyon partileri, "Türkiye-Yardımı"-nın devam ettirilmesi için bazı koşulların cunta tarafından yerine getirilmesini istemektedirler. İleri sürülen koşullar şunlar: Askeriyönetim, en geç 1982 yılına kadar "demokrasiye geri dönüş" için zaman planlaması yapmalıdır, insan haklarını korumalıdır, insanların 90 gün süreyle hiç bir gerekçe gösterilmeden tutuklu kalmasını getiren keyfi yasayı kaldırmalıdır. Ekonomik yardım en geniş halk tabakalarının yararına kullanılmalı ve Türkiye'de gelişmekte olan bölgeler arasında eşit olarak dağıtılmalıdır. Askeri yardımlar sadece NATO görevlerinin yerine getirilmesi için kullanılmalıdır.

Açıkça görüldüğü gibi, bunlar bütünüyle soyut koşullardır ve ezilen Türkiye halkına en ufak bir yarar getiremezler. Bu gün Türkiye halkının en acil ve somut talepleri; işkenceye derhal son verilmesi, idam cezasının kaldırılması, politik tutukluların serbest bırakılması, sendikaların ve diğer demokratik ve politik örgütlerin legalleştirilmesi, grev yasağının kaldırılması ve gasbedilen demokratik hakların geri verilmesi gibi taleplerdir. Federal Hükümet'i oluşturan partiler, Türkiye halkının bu en acil taleplerinden birini dahi dillerine almamaktadırlar. Onların yaptığı, gerçekleri ters yüz etmek ve asıl yüzlerini demokrat kamuoyunda saklamak için bazı demagojik sözler etmektir.

Bonn Hükümeti, bir taraftan Türkiye'deki faşist askeriyeyi gırtlağına kadar silahlandırırken, diğer taraftan da askeri faşist aygıtın NATO'dan aldığı emirler çerçevesinde haraket etmesini istemektedir. Genel olarak ele aldığımızda, Bonn Hükümeti'nin bu atağı, "Türkiye-Yardımı"na karşı yükselen protestoları yatıştırmayı hedeflemekte ve Türkiye'de estirilen faşist terörde Batı Alman Devleti'nin suç ortağı olduğu gerçeğini gizlemeye çalışmaktadır.

Askeri faşist rejime yapılan "Türkiye-Yardımı"na derhal ve bütünüyle son verilmesi için mücadele daha da yükseltilmek zorundadır. 100 000 demokratın faşist cunta tarafından demir parmaklıklar arkasına sürüldüğü, yüzlercesinin hakkında ölüm cezasının istendiği veya verildiği insanların işkence tezgahlarında en vahşi ve adi işkence yöntemleriyle katledildiği bir ülke olan Türkiyedeki sınıf kardeşlerimizle dayanışmayı daha da güçlendirmek, dün olduğu gibi, bugün de acil bir görevdir. "Türkiye'ye Özgürlük" Komitesinin oluşturulması, bu dayanışmanın gelişip, güçlenmesinde önemli ve gerekli bir adımdır. "Roter Morgen", bütün okurlarını bu komitenin eylemlerini desteklemeye çağırıyor!

(„Türkei-Solidarität zeigt Erfolge" RM/Nr. 17, S. 3)



Hoesch Merkez yönetimini işgal eden grevci işçiler.

"Rohwedder, biz geliyoruz..."

8500 çelik işçisi grev ve gösteri yürüyüşü yaptı

Çeliş işçilerinin Hoesch Merkizini işgal etmeleri üzerine yönetim kurulu polis çağırdı

"Detlev, biz geliyoruz, saklanma, seni nerede olsan buluruz.." Grevdeki binlerce çelik işçisi, geçtiğimiz hafta Perşembe günü Hoesch Yönetim Kurulunun bulunduğu idare binasına doğru yürürlerken işte böyle bağırıyorlardı. Yukarıdaki sözlerle kastettikleri de, Dortmund'taki Hoesch Werke AG'nin yönetim Kurulu Başkanı Detlev Rohwedder idi. Hoesch işçileri, her üç işletmede de işi bırakarak "çelik fabrikası şimdi yapılmalıdır" ve "işten atılmalara son" taleplerini haykırdılar. Ve Hoesch patronlarının yeni "rasyonalizasyon planı"nı protesto ettiler, bu arada da Union işletmesindeki idare binasını da saatlerde işgal ettiler.

Güçlü protesto eyleminin nedeni: Rohweder, idare kurulundaki işçi temsilcilerini, yeni hazırlamış olduğu "rasyonalizasyon planı"na ikna etmek ve onaylarını alabilmek amacıyla, idare kurulunu Perşembe günü toplantıya çağırmıştı. Bu onun ikinci deneyimi olacaktı. Yinetim kurulu tarafından hazırlanmış olan söz konusu taslak, 2 Nisan'da, çalışanların protestosu sonucu idare kurulundaki işçi temsilcileri tarafından reddedilmişti. O tarihte işçiler, idare kurulununun toplantı yaptığı salona bir tabutla girerek, yönetim kurulu planının "toprağa verilmesi"ni talep etmişler, gerekçe olarak ta söz konusu planın çelik işletmelerini ortadan kaldıracağını ve Hoesch işletmelerinin aşamalı olarak demonte edilmesine yol açacağını getirmişlerdi.



Hoesch RGO işci temsilcileri Hartmut ve Nobert (sağda pankartı tutan ve yanındaki), grev ve işgal eyleminde önemli bir rol oynadılar.

Herkim ki yönetime katılma ilkesine güvenirse ...

Ancak, her iki taraftan eşit sayıda kişinin katılımıyla oluşmuş olan idare kurulundaki işçi temsilcileri, tamamen işçiden yana olan ve konzerin planlamış bulunduğu rasyonalizasyona kesinlikle karşı olan kimseler değiller. Belli koşullar altında kitlesel işten çıkarmaları ve ham çelik kapasitesinin düşürülmesini desteklemeye ve "bir tek işletmede yoğunlaşmaya", yani Union ve Phönix işletmelerinin kapatılmasını onaylamaya hazırdırlar. Bu kişiler, kısmen devreden çıkarılmış olan Siemens-Martin fırınlarının yerini tutmak üzere yeni bir çelik işletmesinin derhal yapımına başlanmasını içeren "çelik işletmesi şimdi yapılmalıdır!" talebini sessiz sedasız bir kalemde silip attılar. Ancak çalışanlar açısından, "çelik işletmesi şimdi yapılmalıdır" talebine sıkı sıkı sarılmak, tüm işten çıkarmaları uzlaşmasız olarak reddetmek ve her üç işletmenin de çalışmaya devam etmesi için ve her türlü devreden çıkarmalara karşı mücadele etmek, vageçilmez bir zorunluluktur.

Union ve Westfalenhütte çalışanları, sabah sekiz sıralarında işi bıraktılar. Phönix işletmesindeki protesto grevi, yaklaşık bir saat daha geç başlatıldı. Union'lu işçi arkadaşlar bir gösteri kolu oluşturarak, idare kurulu toplantısının yapılacağı, Rheinischen Strasse'deki idare binasına doğru yürüyüşe geçtiler. Ellerinde, "Çelik işletmesi şimdi yapılmalı, işten çıkarmalara son verilmelidir!" pankartları taşıyorlardı. Takriben 1000 kişiyle Rheinische Strasse'yi bloke ederek trafiği durdurdular.

Aynı zamanda en büyük işletme olan Westfalenhütte'den 6000 kişi güçlü bir gösteri yürüyüşüyle şehir merkezine ve oradan da Union işletmesine doğru yola çıktılar. Yürüyüş sırasında sık sık oturma grevleri yaparak, önemli kavşaklarda trafiği durdurdular. Yine aynı sırada 1500 kadar kişi de Phönix işletmesinden hareketle Dortmund/Hörde semtinin içinden geçerek ayrı bir gösteri yaptılar ve aynı şekilde, önemli kavşaklarda trafiği kestiler.

Şef katına doğru yürüyüş

Westfalenhütte'den arkadaşların oluşturdukları gösteri kolunun Rheinische Strasse üzerinden idare binasına gelişi, eşsiz devrimci bir tablo oluşturuyordu.

Ve gösteri kolunun başı, idare binası önünde toplanmış olan Union işçileriyle buluştuğunda, bir saniye bile geçirmeden tüm kitle, büyük çamdan giriş kapılarına doğru yürüyüşe geçti. Tüm çelik işçileri hep birden sahanlığı geçerek, kalın yer halılarının üstünden, idare kurulunun toplantı yapmaktı oldğu salona girdiler. Koro, kulakları yırtarcasına melodik bir şekilde bağırıyordu: "Detlev, geliyoruz. bir yere saklanma, seni buluruz."

Ancak Detlev ve adamları hemencecik, çaktırmadan aşağıya kaçarak, yüksek Şef katındaki IGM yöneticilerine ve işyeri temsilcisi şeflerine sığınmışlardı. Şef katındaki çelik işçileri, toplantı salonunun önündeki, Rheinischer Strasse'ye bakan balkonu işgal ederek, sloganlarını asmışlardı.

"Rohwedder çekil git, başka çaren yok!"

Ardından idare binasının önünde bir miting yapıldı. Bu arada Rohwedder kendini toparlamış olacak ki, o da bir konuşma yaptı. Ancak başlamış olduğu konuşmasında hiç bir cümlesini tamamlıyamıyordu. Tüm sözleri, ıslıklarla ve protesto sloganlarına karışıyordu. "Çelik işletmesi şimdi yapılmalıdır" ve "Rohwedder çekil git başka çaren yok!" sloganları, habire suratına çarpıp duruyordu. Tüm bunlar karşısında Hoesch patronu, konuşmasını kesmek zorunda kaldı.

Daha sonra işyeri temsilciliği başkanı Schrade de söz aldı. Tabii konuşması, arkadaşlardan eylemlerine son verme ve işbaşı yapmalarını isteme yönünde gelişti. Bazı aktif arkadaşlar, bu teslimiyet manevrasını engelleme girişiminde bulundular. "Biz burada kalacağız" sloganları ortalığı çınlatıyordu. Ancak Schrade gene de karışıklık ve çaresizlik tohumları ekmeyi başardı. Once, bin kişilik kitle yalpalamalar oldu, daha sonra ilk grevciler geri dönmeye başladılar ve geri dönenlerin sayısı gittikçe artmaya başladı.

"Biz burada kalacağız"

Ancak, daha tüm işçiler salonu terketmemişlerdi ki, Westfalenhütte'de işyeri temsilcisi olan Hans Riegas söz aldı. Riegas, SPD üyesidir ve 35 saatlik çalışma haftası mücadeleleri sırasında göstermiş olduğu aktiflikleriyle tanınmaktadır. Konuşmasında "Ben burada kalıyorum" diyerek, idare kurulundaki "arkadaşlar"a döndü ve sözlerine şöyle devam etti: "Kendiliğimden gitmeyeceğim, beni ancak buradan attırabilirsiniz. Her şey sizin istediğiniz gibi olmayacaktır. Benim ve arkadaşlarımın geleceği ve çalışma yerleri hakkında artık kesin bir bilgi verilmesini istiyorum. Geleceğimiz hakkında aileme ne diyeceğim?!" Bu sözlerden sonra, daha henüz gitmemiş olan tüm arkadaşlar Hans Riegas'ı desteklediler. Orada, aralarında Union'lu RGO işyeri temsilcilerin de bulunduğu 100 kişi kalmıştı. İçlerinden biri, "ev işgalcierinin yaptıklarını biz de yapabiliriz" diye bağırınca, müthiş bir alkış tufanı koptu.

Ancak Rohwedder buna, polis çağırmakla karşılık verdi. Polis arabaları, binanın önüne geldiler. İdare kurulu ikinci başkanı ve IG Metall yönetim kurulu üyesi Hans Preiss, durumu yatıştırmaya çalıştı. Onun bu girişimi üzerine polis arabaları tekrar çekildiler.

Preiss ayrıca, işçilerin seçecekleri bir delegasyonla, idare kurulundaki "İşçi temsilcisi" üyeler arasında bir görüşme yapılabilmesi için arabuluculuk yaptı. Seçilen delegasyonda, RGO işyeri temsilcileri Hartmut Siemon ve Norbert Bömer'de vardı. Yapılan uzun tartışmalardan sonra delegasyon, bir uzlaşma çaresiyle geri döndü: Buna göre, Federal ve Eyalet hükümetlerinin, Dortmund şehrinin IG Metall sendikasının ve işçilerin temsilcilerinden oluşan bir çalışma kurulu kurulacaktır. Bu kurul, yönetim kurulu planına alternatif bir çare bulacak ve böylece adı geçen işçi talepleri (çelik kapasitesinin güvence altına alınması ve işten çıkarmalara son verilmesi) yerine getirilecektir. Ayrıca, işgal eylemine katılanlara karşı hiç bir idari işleme gidilmemesi konusunda da söz verilmiştir.

Arkadaşlar, bu kısmi başarıyla eylemlerine son verdiler. Daha sonra bildirildiğine göre, idare kurulunun çoğunluğu (yani işçi temsilcileriyle "tarafsız kişi") yönetim kurulu planını yeniden reddetmişlerdir.

(„Rohwedder, wir kommen..." RM/Nr. 16, S. 4)

HDW tershanesi/ Kiel

İşçi temsilciliğine RGO'dan beş arkadaş seçildi

RGO listesi oyların yüzde 20,5'ni aldı

KİEL. — RGO, çıkardığı ayrı bir listeyle Kiel'deki gemi tershanesi Howaldtswerke-Deutsche Werft'te (HDW) işçi temsilciliği seçimlerine katıldı. Ve 608 tershane işçisinin oylarını aldı — toplam oyların yüzde 20,5 — Bununla, RGO listesinde yer alan beş adayın hepsi de işçi temsilciliğine seçilmiş oldular.



HDW tershanesindeki üç RGO işçi temsilcisi, daha geçen yaz aylarında açık bir mektupla IG Metall şube yönetimine, işyeri sendika temsilciliği yönetimine ve IG metall işyeri sendika temsilciliği üyelerine başvurarak, adayların alfabetik sıraya göre içinde yer aldığı açık bir listeyle kişilik seçimlerinin yapılmasını önerdiler.

Ama, bu öneri, tershane işçilerinin büyük çoğunluğunun talebi olduğu halde, IG Metall'-in yetkili görevlileri tarafından reddedildi. "Biz kaotiklerle (serseri anlamında) aynı listede yer almayız" gibi küstahça laflarla kendilerine bahane teşkil etmişlerdi.

Sendika ağalarının bu şekilde tavır almalarının asıl nedeni daha sonradan kısa bir süre içinde açığa çıkmıştı: İşçi temsilciliğinde ayak ayak üstüne atıp, elini sıcak sudan soğuk suya batırmayan eski işçi temsilciliği kliği, koltuklarını garantiye almak istiyordu. Ve gerçek anlamda bir kişilik seçimi.

Keyfi bir biçimde oluşturulan IGM listesinde, işyeri sendika temsilciliği yönetimi ve diğer dokuz işyeri sendika temsilcisi de yer alıyordu. Zaten SPD işyeri grubu, çok önceden işçi temsilciliğine aday olarak gösterilen 45 kişinin listede ne şekilde sıralacağını kapalı kapılar arkasında tespit etmişti. Sonuç: Bir tek kişi dışında, IGM listesinden işçi temsilciliğine seçilenlerin hepsi eski işçi temsilcileri idi.

DKP işyeri grubu, bütünün demokratik olarak nitelendirdiği bu adi oyunda en öne çıkmıştı. Onun amacı, bu hizmetin karşılığı olarak listede bir kaç yağlı yere sahip olmasıydı. Ama, bu arzusu yerine getirilmedi ve listenin en arka sıralarındaki bir kaç yeri ancak alabildi.

IG Metall sendika ağaları, dağıttıkları bir dizi kışkırtıcı bildirilerle RGO'yu sahte, bölücü ve bunun gibi adi suçlamalarla karalamaya çalışarak, RGO listesinin işçi temsilciliği seçimlerine katılması için gerekli olan destekleme imzalarının toplanmasını engellemek istedi. Ama, boşuna.

Bundan üç yıl önceki işçi temsilciliği seçimlerinde, RGO yine çıkardığı ayrı bir listeyle katılmıştı. O zaman RGO sadece üç aday gösterebilmişti ve üçü de seçilmişti. RGO listesi, oyların yüzde 17,5'ni almıştı.

RGO listesinin bu işçi temsilciliği seçiminde aldığı başarılı sonuç RGO işyeri grubunun işletmede verdiği mücadele sonucu güçlendiğini ve tersahane işçileri içinde etki alanını genişlettiğinin açık bir ifadesidir.

(„Fünf RGO-Kollegen ziehen in den Betriebsrat ein" RM/Nr. 16, S. 5)

Siemens Hausgeräte-Werk/ Berlin

İşçilerin coğunluğu RGO'yu seçti!

RGO listesi oyların yüzde 51,5'ni aldı

BATI BERLİN. — Devrimci Sendika Muhalefeti'nin işçi sınıfı hareketi içinde gerçek bir güç haline geldiği Batı Berlin'deki Siemens-Bosch fabrikasında yapılan işçi temsilciliği seçimlerinde bir defa daha ispatlanmış oldu. RGO listesi, bu fabrikada geçerli oyların yarısından fazlasını alarak, IG Metall listesini geride bıraktı.

RGO, diğer işletmelerde oldugu gibi, bu işletmede de demokratik olarak kişilik seçimlerinin yapılması için girişimlerde bulunmuştu. Ama, IG Metall sendika ağalarının kişilik seçimlerini engellemesi sonucu, işçi kesiminde işçi temsilciliği seçimlerine iki liste katılmıştı: Bu listelerden biri RGO'ya, diğeri ise IG Metall'e aitti. RGO listesi, geçerli oyların 763'nü alarak, toplam oyların yüzde 51,5'ne ulaştı. Bu oylarla RGO listesi sekiz işçi temsilcisi almaya hak kazanmıştı. Ama, listede yediden fazla aday yoktu. İşçi temsilcisi seçilen yedi adaydan ikisi, bu durumda fabrika personelinin üyesi değildirler. Daha doğrusu, IG Metall sendika ağalarından aldıkları destekle patronlar, geçen dönemde de işçi temsilcisi olan bu arkadaşları, işyeri yasasına aykırı hareket ettiklerinden dolayı, yani işçilerin çıkarlarını savunduklarından dolayı işten atılmışlardı. Bu arkadaşlar, iş mehkemesinde açtıkları dava henüz sonuçlanmadığından ötürü, işçi temsilciliği seçimlerine katılabilmişti.

Bu seçimlerde IG Metall listesi oyların yüzde 48, 5'ni, yani 719 oy aldı. IG Metall Listesi de, aldığı bu oylarla sekiz işçi temsilcisi almaya hak kazanmıştı. Ama, yukarıda belirttiğimiz durumlardan ötürü, RGO'nun beş işçi temsilciliğine karşın IG Metall listesinden bu durumda 111 aday işçi temsilcisi seçilmiş oldu. İşten atılmış iki RGO adayı, mahkemeyi kazandıkları taktirde işçi temsilcisi olarak yenide mücadeleye devam edecektir.

Bundan üç yıl önceki işçi temsilciliği seçimlerinde "Direnelim" adlı RGO'ya yakın bir liste, Siemens-Bosch'da oyların yüzde 30'nu almıştı.

(„Die Mehrheit wählt die RGO !" RM/Nr. 16, S. 5)